

# Riesaer Tageblatt

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa.  
Heftzettel Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskommissariate beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Poststempelkonto:  
Dresden 1580.  
Großoffizier:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 227.

Montag, 29. September 1930, abends.

83. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauflösung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Währung und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm Breite, 4 mm hohe Gründungszeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und tabellarische Säg 50%, Aufschlag, Feste Tafte. Bevölkerungsabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Aufstellungsort:** Riesa. **Achtzehnzig Unterhaltungsbeiträge**. **Erzähler an der Elbe**. — Im Halle höhere Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag:** Dangler & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. **Berantwortlich für Redaktion:** Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Prinz Leopold von Bayern †

München, 29. September.

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern ist gestorben im Alter von 84 Jahren in München verstorben. Der Prinz war am 2. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Prinzenregenten Luitpold geboren. 1915 trat er an die Spitze der neunten Armee, wurde 1916 Oberbefehlshaber Ost und hatte entscheidenden Anteil an den deutschen Siegen in Polen und Russland.

Prinz Leopold von Bayern wurde am 9. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Regenten Luitpold und seiner Gemahlin Augusta geboren. Als junger Artillerie-Offizier nahm er am Feldzug von 1866 teil. Im Kriege von 1870/71 zeichnete er sich als Batterieführer bei Sedan und bei Bapaume aus, wo er durch einen Prellschlag in die Hüfte verwundet wurde, die beiden im Feuer stehenden Brigaden zum Stehen gegen den übermächtigen Feind brachte und dadurch einen geordneten Rückzug ermöglichte. Für diese Tat wurde er in den Militär-Mar-Joseph-Orden aufgenommen. Gegen Kriegsende wurde er zum Oberleutnant im 1. Kurassier-Regiment in München, im späteren schweren Reiterregiment ernannt. Von 1887 bis 1892 war er Kommandanter General des 1. Bayerischen Armeecorps in München und von 1892 bis 1913 Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion, die die drei bayerischen und zwei preußischen Armeecorps umfasste. 1915 wurde er Generalfeldmarschall. Im Juni desselben Jahres wurde er zur Führung einer Armee gegen Russland berufen, mit der er Warsaw eroberte. Nachdem der weitere Vorstoß im September zum Stehen gekommen war, wurde er Oberbefehlshaber einer Reservegruppe und später an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten. Mit Hindenburg stellte er sich nach dem Zusammenbruch der neuen Reichsregierung zur Verfügung, um das Chaos zu verhindern. Seit dem Umsturz lebte der Prinz, der seit 1873 mit der verstorbenen Tochter des Kaisers Franz Joseph, Elisabeth, verheiratet war, in München. Der Ehe entstiegen vier Kinder: Prinz Georg, der als Oberst am Weltkrieg teilnahm und später zum Priester geweiht wurde, Prinz Konrad, Prinzessin Elisabeth, berühmte Gräfin von Seefeld auf Buddenheim und Prinzessin Augusta, die mit Erzherzog Joseph verheiratet ist.

In München. Zu dem Tode Prinz Leopolds von Bayern erfuhr die Telegraphen-Union ergänzend, daß der Prinz schon seit längerer Zeit leidend war. In den letzten Tagen trat eine Erkrankung hinzu, die sich zu einer Lungenerkrankung entwickelte und den Tod des Prinzen herbeiführte.

## Die Pläne der Regierung.

Neuwahlen in Österreich.

(Wien.) Die "Reichspost" deutet in einer Betrachtung über die gegenwärtige innerpolitische Lage die Möglichkeit an, daß die neue Regierung, die diese Woche ernannt werden soll, sich dem jetzigen Nationalrat gar nicht vorstellen wird, sondern das Parlament alsbald nach der Ernennung der Regierung aufgelöst werden würde. Die Reichspost schreibt darüber:

Nach Ablehnung der Großdeutschen ist nur eine Ministeriumsregierung möglich, auch wenn der Landtag sich am Dienstag für den Eintritt entscheiden sollte. In diesem Falle haben Christlichsoziale und Landbund 82 Stimmen gegen 88 Stimmen der Sozialdemokraten und Großdeutschen. Die Entwicklung führt also geradezu zwangsläufig zur Auflösung des Hauses und zur Ausschreibung von Neuwahlen, da die Regierung sich nicht der Willkür der Opposition aussetzen kann, in deren Macht es gelegen wäre, den Bundespräsidenten jederzeit nach den Bestimmungen der neuen Verfassung durch ein Misstrauensvotum gegen die Regierung zu deren Entlassung zu zwingen. Es ist selbstverständlich unerträglich, in einen solchen Zustand überhaupt einzutreten. Der Nationalrat kann vor Ablauf seiner normalen Gesetzgebungsperiode aufgelöst werden, entweder durch einen einfachen Mehrheitsbeschuß des Hauses oder durch Verfügung des Bundespräsidenten. In diesem zweiten Falle tritt die Auflösung sofort in Kraft. Bedenkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Verfassung der Regierung die Willkür, sich in einer bestimmten Frist dem Nationalrat vorzustellen, für den Fall vorsieht, daß sie in einer Zeit ernannt worden ist, in der der Nationalrat keine Tagung hält. Bekanntlich läuft aber eine außerordentliche Tagung des Nationalrates schon seit dem 25. September. Die Entscheidungen über die formalen Vorgänge werden in der ersten Hälfte der kommenden Woche fallen.

## 77 Kommunisten im Reichstag.

(Berlin.) Infolge des Ausgangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen hat sich die Zahl der gültigen Stimmen auf 24 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 76) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

## Abschluß der Rabinettberatungen.

500 Millionen RM. Überbrückungskredit nötig. — Erneute Abstriche vom Reichshaushalt.

Ab 1. April keine Statthalter mehr für Arbeitslosenversicherung.

Abbau der Wohnungswirtschaft erwogen.

Berlin, 29. September.

Die Beratungen des Reichskabinetts über ein Gesamtprogramm wurden am Sonnabend zu Ende geführt. Die mehrtägigen eingehenden Verhandlungen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Herausziehung des Reichskanzlerpräsidenten Dr. Voßkötter und des preußischen Finanzministers Dr. Höpke-Ulfhoff führten zu einem gemeinsamen Entschließung des Reichskabinetts. Auf Grund dieser Beschlüsse wurde über Sonntag die technische Zusammensetzung des aus zahlreichen Einzelproblemen bestehenden Gesamtprogramms festgelegt. Eine abschließende Kabinettssitzung zur Verabsiedlung der formulierten Vorschläge ist alsoan für heute nachmittag vorgesehen. Eine öffentliche Verlautbarung der Reichsregierung über das Gesamtprogramm erfolgt im Laufe des Dienstags.

## Die Pläne der Regierung.

Zu dem Programm der Reichsregierung, das in der Form von Vorlagen Mitte Oktober dem neuen Reichstag unterbreitet werden soll, teilt die "Börsische Zeitung" mit: Es läßt sich jetzt ungefähr übersehen, wie die Regierung Brüning die Schwierigkeiten zu meistern gedenkt, die sich aus der andauernden wirtschaftlichen Depression ergeben. Der Reichshaushalt für 1931 wird auf der Ausgabenseite erheblich niedrigere Zahlen aufweisen als der für 1930. Es sind nicht nur erneute Abstriche in Höhe von 160 Millionen Mark gemacht worden, es werden auch andere Ausgaben fortfallen, für die in diesem Jahre die Deckung ausgebracht werden mußten.

Vom Anfang des neuen Staatsjahres an, also am 1. April 1931, werden die Zuschüsse für Erwerbslosenversicherung völlig in Wegfall kommen, d. h. die Arbeitslosenversicherung wird ausschließlich aus den Beiträgen, die sie von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhält, bestritten werden müssen. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer sprunghaften Erhöhung der Beiträge von 4% auf 6% vom Hundert, gegen die sich der Vorstand der Reichsversicherungsanstalt ausgesprochen hat, die aber trotzdem von der Regierung vorgenommen werden kann, weil sie der Zustimmung dieses Vorstandes nicht bedarf. Die Eliminierung der Zuschüsse aus dem Staat ist eine radikale Maßnahme, die die Ausstellung eines zuverlässigen Hauses nicht möglich wäre, wenn dieser Unsicherheitsfaktor bliebe.

Auch die Rentenfürsorge soll reformiert und mit der Sozialfürsorge zusammengegliedert werden.

Eine Steigerung der Einnahmen ist in keiner Form möglich, die Frage lautete also von vornherein, welche Ausgaben verringert werden können. Die Regierung steht in einer Kürzung der Beamtengehälter bei Wegfall des Rentenfonds, das bis zum 31. März 1931 bestreit war.

Aus den bisherigen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß als unterste Grenze ein Jahreseinkommen von etwa 2000 Mark vorgesehen ist, das von hier ab eine gestaffelte Kürzung von 6 bis 7% Prozent, bei den höchsten Gehältern etwas mehr, erfolgen soll.

Erparungsmöglichkeiten, die sich allerdings erst allmählich auswirken können, aber einige hundert Millionen ausmachen würden, ergeben sich auch aus der endlichen Durchführung der Pläne einer Einkommensbegrenzung, etwa in dem Sinne, daß bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze, die bei 8000 Mark liegen könnte, eine einheitliche Steuer erhoben wird, z. B. eine Landwirtschaftssteuer oder Gewerbebetriebssteuer unter Wegfall aller anderen Steuern, wie Einkommen-, Grundsteuer usw. Eine ungeheure Verwaltungskosten könnte dadurch überflüssig werden.

Um dem Plan, die Realitäten zu senken, wird offenbar festgehalten, weil ihre Höhe als produktionshemmend angesicht wird. Die Möglicheit würde sich ergeben, wenn aus der Haushaltsteuer rund 400 Millionen dazu verwendet werden, die damit allerdings ihrem eigentlichen Zweck, der Förderung des Wohnungsbaus, entzogen würden. Es scheint, daß gleichzeitig mit dieser Verwendung der Haushaltsteuer die Möglicheit eines völligen Abbau des Wohnungswirtschaftsinnerhalb eines fünfjährigen Plans verhindern wird.

## Gegen das Hörspiel „Der Minister ist ermordet“ haben amtliche Bedenken bestanden.

W. Berlin. Als vor drei Monaten zum ersten Male die Frage des Hörspiels "Der Minister ist ermordet" auftrat, wurde, wie wir hören, von dem Vertreter des Reichsministers des Innern in dem Überwachungsausschuß darum gebeten, daß dieses Hörspiel nicht vor den Wahlen durchgeführt werde. Das ist auch erfolgt worden. Als nun die

erwogen wird, so daß während der ersten Jahre allmählich die Wohnungswirtschaftsinnerhalb auch der kleineren Wohnungen aufgegeben wird, in den weiteren Jahren die Herstellung des Mietzinses immer mehr der freien Vereinbarung zwischen Mieter und Mieter überlassen wird und nach 5 Jahren nur noch ein gewisser Schutz für die Wohnungsfürdigung aufrechterhalten bleibt, bis das natürliche Verhältnis von Angebot und Nachfrage wiederhergestellt ist.

An den Beratungen des Reichskabinetts hat wie bekannt wird, Reichskanzlerpräsident Dr. Voßkötter teilgenommen. Dabei scheint ein Überbrückungskredit eine wichtige Rolle gespielt zu haben, den das Reich in Anspruch nehmen muß zur Deckung von 900 Mill., der erforderlich geworden ist durch den Steueraustritt von 600 Millionen und den Mehraufwand von 300 Millionen für die Arbeitslosenversicherung.

Wenn das Reich diesen Überbrückungskredit in den nächsten zwei Staatsjahren abtragen soll, dann dauert die Belastung fort, die sich aus der 1.leg. Schuld, dem Schuldenaufwandsfonds von 400 Millionen, in diesem Jahre ergab.

Am amtlichen Stelle war eine Bestätigung der Informationen, die die "Börsische Zeitung" über das Programm veröffentlichte, nicht zu erlangen. Man kann aber annehmen, daß eine Reihe von Einzelheiten zutrifft, d. h. Mitglieder des Kabinetts sich ja bereits im Sinne ähnlicher Maßnahmen vor der Entscheidung eingesprochen haben. Der Überbrückungskredit beträgt übrigens nicht 900 Millionen, wie man aus der "Börsischen Zeitung" vielleicht herauslesen könnte, sondern sehr viel weniger. Wenn das Blatt das Defizit der Arbeitslosenversicherung, das von Reichswegen zu decken ist, mit 300 Millionen angibt, so ist dazu zu bemerken, daß 100 Millionen davon aus der Krisenfürsorge herrühren. Im übrigen wird man gut tun, die offizielle Veröffentlichung des Regierungsprogramms abzuwarten, da sich erst dann ein abgerundeter Bild der Maßnahmen gewinnen läßt, mit denen die Reichsregierung die gegenwärtige Not bekämpfen will.

Für die parlamentarische Behandlung dieser umfassenden Gesetzeslage muß man beachten, daß zunächst lediglich die Zustimmung des Reichstages zum Überbrückungskredit notwendig sein wird, denn die Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung auf 6% bzw. v. d. m. aufgrund der noch bestehenden Notverordnung (die ja voraussichtlich nicht aufgehoben wird) ohne weiteres zulässig. Dazu bedarf es keiner parlamentarischen Abstimmung. Alle übrigen Maßnahmen (Beamtengehaltskürzung usw.) werden erst für den 1. April spruchfrei und erst im Laufe des Winters vor dem Reichstag zu bringen sein.

Jedenfalls ist hier keine Eile geboten, und es wird sich in der nächsten Zeit lediglich darum handeln, die Zustimmung des Reichstages zur Kreditaufnahme zu erlangen. Man glaubt, daß diese Maßnahme keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten wird, weil alle Parteien, zum großen Teile auch die Opposition, die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme einsehen dürften. Dadurch würde die Reichsregierung natürlich eine gewisse Erleichterung erfahren, zum mindesten für die bevorstehenden Monate bis zum Jahresende, wenn erst dann beginnt die Reichstagsarbeit am neuen Staat, mit dem die Vorschläge über Beamtengehaltskürzung, Kürzung des Finanzausgleichs usw. verbunden sein werden.

Nach den Äußerungen Hitlers in der "Reichspresse" ist in einem gewissen Grade damit zu rechnen, daß die Nationalsozialisten nicht die Abstimmung geben, gemeinsam Obstruktionen mit den Kommunisten einzuleiten. Infolgedessen wird die Entscheidung darüber, ob mit oder ohne Reichstag regiert werden kann und ob eventuell diktatorische Maßnahmen notwendig sind, möglicherweise noch nicht unmittelbar nach Beginn der Reichstagsession erforderlich sein, sondern man wird damit noch einige Zeit warten können, da immerhin Aussicht besteht, daß der Reichstag, wenn er den Überbrückungskredit genehmigt hat, seine Zustimmung zu einer langfristigen Vertragung geben wird. In dieser Zeit mühten sich interparteiliche Verhandlungen mit den Parteiführern über das Regierungsprogramm in Verbindung mit dem neuen Staat stattfinden.

Programmleitung der Funkstunde das Hörspiel wieder auf die Tagesordnung drohte, und von dem Vertreter des Reichsministers des Innern in dem Überwachungsausschuß wiederum die schwersten Bedenken dagegen vorgebracht wurden. Trotzdem ist jetzt dieses Hörspiel vorgestellt worden. Der Reichsinnenminister bedauert diesen Fehler außerordentlich. Er hat der Programmleitung der Funkstunde sein Bedauern mitgeteilt und Vorwürfe getroffen, daß solche Vorführungen in Zukunft unterbleiben. Es wird auch eine Prüfung darüber vorgenommen werden, welche Maßnahmen der Minister selbst in dieser Richtung er采elen kann.

# Goldenes Jubiläum des Männergesangvereins Gröba, verbunden mit Fahnenweihe.

Nach vielen Wochen erster Arbeit, welche die Vorberichtigungen des goldenen Jubiläums erforderten, war es dem Männergesangverein Gröba nunmehr vergönnt, sein 50-jähriges Bestehen, verbunden mit der Weihe seiner neubeschafften Fahne, zu feiern. Es waren kostliche Festtage, deren sich nicht nur die Angehörigen des 50 Jahre alten Vereins, sondern wohl alle, denen es vergönnt war, an der Feier teilzunehmen, jederzeit gern erinnern werden. Die Vereinsleitung und alle ihre Freunde werden in dem würdigen Verlauf des Festes den schönsten Lohn erblieben für ihre reiche Tätigkeit, die sie um das Wohlgehen der Jubiläumsfeier entfaltet haben. Erfreulicherweise nahm auch die Einwohnerchaft Gröbas regen Anteil an der Festfeier, die besonders auch durch reiche Häuserbeleuchtung zum Ausdruck gebracht wurde. Fahnen und Fähnchen, Girlanden und sonstiger Ortschmuck verliehen den Straßen ein festliches Gepräge und befunden somit, daß sich die Gröbauer Bewohnerchaft mit dem Jubilar-Vereine verbunden fühlt und die Freude unseres herrlichen deutschen Viedes würdig ist. Aber auch das Wetter, das beßrlich in den letzten Tagen vorher sich als wenig hoffnungsvoll gestaltete, war dem Fest ein günstig gestimmt. Strahlender Sonnenschein grüßte verhüllungslos den Sonntagmorgen, um während des ganzen Tages als Belehrer der Jubiläumsfeier zu warten und das Wohlgehen zu begünstigen.

Ein stimmungsvoller

## Begrüßungabend

im Saale des Gasthauses zum Adler, dem langjährigen Heim des Männergesangvereins Gröba, leitete am Sonnabend die festlichen Veranstaltungen ein. Die göttliche Stätte war feindlos vollergerichtet worden. Zahlreiche Blumensträuße zierten die Tafeln, Erzeugnisse gärtnerischer Hände schmückten die Bühne, buntfarbige Fähnchen und sinnige Sängersprüche bildeten den übrigen Schmuck des Saales, in welchem außerdem die beiden Fahnen des Männergesangvereins Kreischa und Dubin mit Hain durch eine große Anzahl Sängerbüder verziert waren. Es braucht kaum betont zu werden, daß es dort, wo sich deutsche Sänger zu gemeinsamer Freiheit zusammenfinden, an Unterhaltung nicht mangelt. Worte und Lied vereinigten sich zu bester Harmonie und ließen die Stunden nur allzu rasch verrauschen. Mit einem harmonischen „Grüß Gott“ eröffnete die Sängerschaft des Jubilar-Vereins die Festveranstaltung, worauf der gemeinsame Gesang des 1. Verses des Bundesliedes folgte. Im Verlaufe des Abends wurde von den Sängern der einzelnen Vereine so manch schönes Lied aus dem reichen deutschen Vied vorgebracht. Starke Beifall dankte den wackeren Sängern und ihren Viedermästern. In zünftigen Ansprachen wurden herzliche Glückwünsche dargebracht und die Sängerbüderliche Verbundenheit, sowie das deutsche Vied verherrlicht und die Liebe zum Vaterlande erneut betont. Als Vertreter der Ortsgruppe Riesa vom Sängerbund Weißner Band sprach als Vertreter der Ortsgruppenhenden Herr Oberpostsekretär Helbach, als Vertreter der Führerhchaft des Sängerbundes Weißner Band Herr Staatsrat Schönbaum. Beide Redner widmeten dem Jubilar-Vereine Worte innigen Dankes und hoher Anerkennung. Mit dieser festlichen Veranstaltung war auch ein Akt der Ehrung verbunden. In Anbetracht des Freundschaftsverhältnisses, durch welches der M.G.B. Gröba mit den beiden M.G.B. Bad Kreischa und Dubin seit Jahren verbündet ist, hatte der festgebende Verein beschlossen, die beiden Vorsitzenden genannter Vereine, die Herren Paul Störl und Johannes Magister, zu seinen Ehrenmitgliedern zu ernennen. Mit herzlichen Worten des Vorsitzenden Herrn Geißler, der in seiner Ansprache an gemeinsam verlebte schöne Stunden erinnerte, wurde den beiden Sängerbüdern je eine Ehrenurkunde ausgeschändigt. Die beiden neuen Ehrenmitglieder dankten für die ihnen gewordene Ehrung, die sie als Ausdruck der gegenseitigen freundshaftlichen Beziehungen von Verein zu Verein gern entgegennahmen. Des weiteren nahm der Vereinsvorsitzende Gelegenheit, den als Ehrenräte anwesenden ehemaligen Viedermästern und den Ehrenmitgliedern des M.G.B. Gröba besondere Gruß und Dank auszurufen. Die Reihe der Ansprachen beschloß der in Sängerkreisen wohlbekannte und geschätzte Herr Paul Lieb-Dreschen, der in humorvoller Rede die Entwicklung des Gröbauer Männergesangvereins darlegte und im besonderen auch der anwesenden Damen gedachte. — Die Mitternacht war bereits angebrochen, als der leise harmonische Sängergesang den Abend beschloß. Ein großer Teil der Freitteilnehmer besuchte anschließend truppweise die bis 8 Uhr geöffneten Lokale, um die noch zur Verfügung stehende Zeit in ungezwungener fröhlicher Unterhaltung auszunutzen.

## Der Festionntag

rief bereits früh 9 Uhr die Gröbauer und die Dubiner Sängerbüder zu gemeinsamer Probe mit dem Orchester nach dem Gasthof Große.

Von 10.30 bis 11.30 Uhr konzertierte der Trompetenchor des Reiter-Regiments 12, Dresden, auf dem Friedrich-Ebert-Platz. Das Konzert, begünstigt von prächtigstem Herbstwetter, hatte eine zahlreiche Öffentlichkeit angelockt.

Mittags 1 Uhr stellten die Vereine und sonstigen Beteiligten im Ortsteil Neugröba zum

## Festzug,

der sich alßald in Bewegung setzte. Unter schneidiger Marschmusik der obengenannten Kapelle und einiger Spielmannsjäger passierte der imposante Zug, in welchem das Bundesbanner des Sängerbundes Weißner Band und etwa 15 Vereinfahnen mitgeführt wurden, die schön geschmückten, von zahlreichen Schaukünsten umstümpten Straßen. Außer den verschiedensten diesigen und auswürtigen Gesangvereinen nahmen mehrere andere Ortsvereine und eine staatliche Gruppe Festjungfrauen, die zu weiblichen umstümpten Fahnen trugen, an dem Umzuge teil. Besonderes Interesse nahm ein wirkungsvoll ausgestatteter Kraft-Festwagen, das deutsche Vied verherrlichend, in Anspruch. In weiteren Festwagen hatten die Herren der Vereinsleitung und die Ehrenmitglieder mit den Leitern des Vereins Platz genommen. Nach etwa einstündigem Marsch löste sich der Zug am Gasthof Große auf.

Im Saale des Gasthauses, der ebenfalls in Festeschnuck versteckt, fand anschließend

## Festkonzert und Weihe der Fahne

statt. Mit dieser Veranstaltung, die unter sehr starker Beteiligung vonstaaten ging, erreichte die Jubiläumsfeier ihren Höhepunkt. An der Ehrentafel hatte auch hier eine Anzahl Ehrengäste, mit Ihnen Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider und der Vorsitzende des Sängerbundes Weißner Band Herr Prokurist Adelhelm, Platz.

Der 1. Vorsitzende des Jubilar-Vereins, Herr Geißler, begrüßte die Anwesenden, nachdem die Fahnen

in feierlichem Zuge in den Saal getragen worden waren, mit einer folgender Ansprache: „Im Jubelton schwang unsre Seele! Der M.G.B. Gröba feiert heute ein Fest, das ihm durchschauen läßt auf eine Lebenszeit von 50 Jahren. In goldenen Zeiten steht diese Zahl heute vor unterm Auge. Fünfzig Jahre sind vertrauscht mit frohen und ernsten Tagen, mit Stunden edler Sängergebetserung, aber auch mit Stunden der Wehmuth und der Trauer. Erfüllt von heiliger Begeisterung haben einst Männer den Grundstein gelegt für unsern Verein und haben dann in mühvoller Aufopferung und selbstloser Hingabe Stein um Stein gesetzt, um unsern Verein aufzubauen zu einer Stätte, in der das deutsche Vied als heiliges Volksgebot gesühlt und gesiegt wird. Als einziger heute noch unter uns weilender Zeuge des Gründungstages, aber nicht mehr Mitglied unseres Vereins, ehren wir am heutigen Tage den Schuhmachermeister Herrn Schmid, hier. — Allen denen aber, die noch im Silberhaar unter uns weilen, reichen wir zur Jubiläumsfeier die Hand innig und warm aus vollem Herzen als Lohn für Ihre große Treue! — Dunkle Tage sind es, in denen wir leben, zumvoll und leidenschaftlich, tagtäglich schlagen harde Hammerschläge an unser Herz, das oft nur noch zucken kann, wo es einst gesiebt hat. Wir leben in Zeiten deutscher Not, sonnenarm und freudeneck. Und in dieser Zeit feiern wir heute unser Fest trotz aller Not. Wir feiern es im festen Vertrauen auf eine Zukunft, in der deutsches Wesen wieder lebendig wird, denn der deutsche Sänger hat es ja zur Aufgabe gemacht, nach seinem Teile mitzuwirken. Mit seinem Liede will er goldene Brücken bauen, Brücken in die Vergangenheit mit all der Kraft und der Einigkeit, die uns einst groß gemacht. Brücken aber auch in die Zukunft, in der die alten Lieder von neuem heil empfohlen sollen, geschildert an heiligen Bränden! — So will der M.G.B. Gröba mit all seinem Schaffen und Werken mit feinem Blick der Zukunft entgegensehen. In heiliger Stunde wollen wir uns heute versammeln, um als Ordnung unseres Jubelfestes die Weihe einer Fahne vorausnehmen. Heilig und froh gestimmt Herzen sind jetzt mit uns vereint, um mit Zeuge zu sein des denkwürdigen Augenblickes. — Mit großer und herzlicher Freude begrüßte ich im Namen des M.G.B. Gröba alle, die zum heutigen Tage zu uns gekommen sind. Uebervoll ist mein Herz, wenn ich Ihnen allen, allen ein aufrichtiges „Herzlich Willkommen!“ zurufe.“

Nach Abschluß von hier und auswärts war mit den Sängern der Brudervereine und den Angehörigen sonstiger Ortsvereine der Einladung gefolgt. Besondere Freude wurde dem M.G.B. Gröba dadurch zuteil, daß die beiden befreundeten Männergesangvereine Kreischa und Dubin mit Hain durch eine große Anzahl Sängerbüdern verziert waren. Es braucht kaum betont zu werden, daß es dort, wo sich deutsche Sänger zu gemeinsamer Freiheit zusammenfinden, an Unterhaltung nicht mangelt. Worte und Lied vereinigten sich zu bester Harmonie und ließen die Stunden nur allzu rasch verrauschen. Mit einem harmonischen „Grüß Gott“ eröffnete die Sängerschaft des Jubilar-Vereins die Festveranstaltung, worauf der gemeinsame Gesang des 1. Verses des Bundesliedes folgte. Im Verlaufe des Abends wurde von den Sängern der einzelnen Vereine so manch schönes Lied aus dem reichen deutschen Vied vorgebracht. Starke Beifall dankte den wackeren Sängern und ihren Viedermästern. In zünftigen Ansprachen wurden herzliche Glückwünsche dargebracht und die Sängerbüderliche Verbundenheit, sowie das deutsche Vied verherrlicht und die Liebe zum Vaterlande erneut betont. Als Vertreter der Ortsgruppe Riesa vom Sängerbund Weißner Band sprach als Vertreter der Ortsgruppenhenden Herr Oberpostsekretär Helbach, als Vertreter der Führerhchaft des Sängerbundes Weißner Band Herr Staatsrat Schönbaum. Beide Redner widmeten dem Jubilar-Vereine Worte innigen Dankes und hoher Anerkennung. Mit dieser festlichen Veranstaltung war auch ein Akt der Ehrung verbunden. In Anbetracht des Freundschaftsverhältnisses, durch welches der M.G.B. Gröba mit den beiden M.G.B. Bad Kreischa und Dubin seit Jahren verbündet ist, hatte der festgebende Verein beschlossen, die beiden Vorsitzenden genannter Vereine, die Herren Paul Störl und Johannes Magister, zu seinen Ehrenmitgliedern zu ernennen. Mit herzlichen Worten des Vorsitzenden Herrn Geißler, der in seiner Ansprache an gemeinsam verlebte schöne Stunden erinnerte, wurde den beiden Sängerbüdern je eine Ehrenurkunde ausgeschändigt. Die beiden neuen Ehrenmitglieder dankten für die ihnen gewordene Ehrung, die sie als Ausdruck der gegenseitigen freundhaftlichen Beziehungen von Verein zu Verein gern entgegennahmen. Des weiteren nahm der Vereinsvorsitzende Gelegenheit, den als Ehrenräte anwesenden ehemaligen Viedermästern und den Ehrenmitgliedern des M.G.B. Gröba besondere Gruß und Dank auszurufen. Die Reihe der Ansprachen beschloß der in Sängerkreisen wohlbekannte und geschätzte Herr Paul Lieb-Dreschen, der in humorvoller Rede die Entwicklung des Gröbauer Männergesangvereins darlegte und im besonderen auch der anwesenden Damen gedachte. — Die Mitternacht war bereits angebrochen, als der leise harmonische Sängergesang den Abend beschloß. Ein großer Teil der Freitteilnehmer besuchte anschließend truppweise die bis 8 Uhr geöffneten Lokale, um die noch zur Verfügung stehende Zeit in ungezwungener fröhlicher Unterhaltung auszunutzen.

Nach Verklingen des „Festgesanges an die Künster“ ergriff Herr Bundesvorsitzender Adelhelm das Wort zur Festrede.

Er führte u. a. folgendes aus:

Der Wahrheit, dem Edlen, der Freiheit, dem Vied Weihen deutsche Sänger begeisternd Herz und Gemüt!

So in Treuen grüßt Gott und Vaterland, unsere holden Frauen und verehrten Sängerkreise, meine lieben Sängerbüdner, im besonderen unseren jubilierenden M.G.B. Gröba, den wir um das stolze Ereignis als Herz drücken möchten vor Jubel und Freud. Und wahrlich, es ist des höchsten Jubels wert, wenn ein M.G.B. sein goldenes Jubiläum feiert. Den bedeutungsvollen Festtag wollen wir freudig feiern in innerlicher Verbundenheit, schlicht, aber tiefgefühl, wie es unter Sängern Brauch ist. Wer das tiefe Wesen des deutschen Liedes erkannt und wer es liebt, lieben muß mit allen Hörern, dem ist es Andacht und Sehnen, Freud und Wider, die meinen goldenen Jubiläum. 50 Jahre bist du ein starker, verlässlicher und bewährter Baumeister edler deutscher Volkskultur. Als einen mächtigen Edelstein an unserem Bundesbau muß ich dich preisen. Ein Menschenalter hast du überdauert in dem schönen volkstümlichen Dienst und hast dir dadurch ein solches Denkmal errichtet in unserer großen deutschen Sängergeschichte. Jungfrischen Herzen, feurig pulsenden Blutes, in Jungübermut begeht du Kämpfe deinen goldenen Geburtstag und hast dir durch rechte Viss und Viehe am edlen deutschen Liede, durch Freud und Leid, über Tiefen und Höhen den Sängerkreis erhalten. Wie soll ich den Gegensatz klären, in dem Alter noch vom Lenz zu reden? Nach der kühlen Lebenstracht geht da doch der Sommer vorüber, es beginnt zu herbstn. Kühnherwürdig mag dies wohl auftreten, nicht aber im Sängerkreis.

In einer Zeit, die vielerlei materielle Güter und den Eigennutz höher schätzt als geistige, feierliche und gemütsreiche und die, ach, so arm an Opferfreude ist, bist du, lieber Jubilar, treu unserm hohen Ideale gewesen und du wirst dir auch weiter treu bleiben, um unbeirrt deine begeisternde Schar durch die heilige Kunst zu hohem Menschentum zu führen. Du wirst die Deinen immer aus der lärmbenden Welt in die friedlichere und schöneren schauen lassen.

Eine höhere Boddung ist eurem Sängerkreis gegeben. Zu jedes ist euer schöner Thor nach innen und auch gewachsen, er steht als stämmiger Baum, knospenreich und fruchttragend im großen, stets grünenden und mächtig rauschenden deutschen Sängerkreis.

Dankbar und ergriffen muß ich dirüber grüßen an den verehrten Sängern und den liebsten Alten, die das schöne Werk erschaffen. Ich rühme aber auch die braven und ganzen Männer und Brüder, welche heute noch fröhlich und eifrig wirken, damit dies Kleinst besteht. An solchen Dehnen möcht ich hängen, damit das schöne Werk nie untergeht. Einen Blick in euren alten Friedhof könnten getan und das wahre Bild für eine glückliche Zukunft stellt endlich auf. Noch ist es mit Herzengedanken, Wefempfindungen Dank abzurufen an die Männer, die euch wohl geführt haben und welche sozial, opferfreudig, selbstlos und feierlich waren und wo es auch immer war, eurem Verein und unserer Sache gedient und ihr ein großes Stück Kraft von ihrem Leben gebracht haben. In größter Verständigung kündete ich deren Namen laut: Gräbler, Wülfken, Förster, Niedel, Möbius, Geißler, Reggert, Ritter.

Weine lieben Sängerbüdner und Sängerkreund! Der Jubiläum ist uns heilig, ehren wir diese glänzenden Sängerbüdner und prächtigen Menschen durch Erbden von den Blättern als Zeichen unserer großen Liebe, nimmer verlegenden Dankes und unverbrüchlicher Treue. Die treuen Reden haben es wahrhaftig verdient.

Nun habe ich noch eines schönen Amtes zu warten, für den M.G.B. als Führer seines Gaues Weißner Band die herzlichen Glückwünsche zu überbringen und die volle Anerkennung auszupredigen für eure Hochtat. Die Sätze aller Sängerbüdner sind mit Stolzgefühl auf euch gerichtet. Siebzehn bändige ich auch in dieser hohen Feststunde die Erinnerung unsres großen Gefüges aus.

Dem deutschen Vied, dem wahren Wort, der Einigkeit sei M.G.B. Gröba der treue Gott.

Grüne und blüte bewundern fort

Tatenzustand und wirkensreich in die Eisezeit.

Das deutsche Vied hat die Brücke geschlagen für die, die eines Sinnes sind. Es ist uns der Träger des Rücken, und des Gemeinschaftsgedankens, der über Sprachen und Stämme sich hinwegsetzt und als einziges Band Altbayerns umschlingt. Sie helfen mit dem deutschen Vied und der deutschen Art den Weg bauen zur ersehnen deutschen Einheit, die nur noch Deutsche kennt. Wie deutscher Sänger sind im Vied, im Herzen und im Geiste eins.

Nunmehr vollzog Herr Adelhelm die

## Weihe der Fahne.

Der Gloden Geläut ruft. Zur Andacht trete feierlich in den Sängerdom. Der heilige Gral verglüht. Die Orgelweise brausend tönt:

Es ist das Lied mein Gotteshaus,

In dem ich thätig bete,

Zu dem ich, mit reinem Sinn

Vor meinem Schöpfer trete.

Aus voller Brust ein Lied, ein Sang,

Das ist ein schöner Kirchengang.

So falle denn, du Hölle. Heilige Sängersahne zeige dich in jungfräulicher Schön, dein Thor, im Bardenalter, wird durch dich jung, wird neu, und es drängt ihn mächtig, mit dir stolzen Zeichen neuen Sängerkreisen entgegenzugehen. Unter Anrufung unsres höchsten Gottes weise ich dich feierlich als hochheiles Chr. und Wahrschrein deutscher Sänger. Redm' Gott, dich, in seine starke Hand, er segne, dem deutschen Vied, wie es dein sinntiger Wahlspruch kündet:

Deutsches Vied, ich rein und heil,

Und zur Freude, Gott zur Chr.

Deine Bestimmung, deine Macht wird wahr treffend gegeben. Gott zum Preise, euch zur Freude sind nur Biederet und heil gut genug. Das ist ein rechtes Sängerklobnis.

Ein schönes Gut habt ihr euch gegeben, ein Treussymbol nach deutscher Art, ein schönes Zeichen von Vied und Treu, eine feierliche Wohnung zum festen Einstehen und Ausharren für das herrliche deutsche Vied, den edlen Männergesang, in Freud und Leid, in Fried, beim Streit. Es rufe und ermahne die Sänger und Chöre, die noch absitzen stehen. In allem verhelfe es zum schönen Sängersiege.

Mit all den herlichen Wünschen und Begehrungen sei euch das Sängerkreiszeichen angetragen. Und ihr, seine getreuen Reden, laucht in Jubel und Lust, in der Harmonie der Töne:

Deutsches Vied, ich rein und heil,

Und zur Freude, Gott zur Chr.

Die Sänger des M.G.B. Gröba grüßten ihr unmeßliches kostbares Vereinsymbol mit dem Vied und dem Weibsel von Georg Striegler, worauf die Übergabe der Fahne an den Fahnenträger und dessen Verpflichtung und der beiden Fahnenbegleiter erfolgte.

Sodann gab Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider in einer kurzen Ansprache seiner Freunde Ausdruck, an dem Ehrentag des Männergesangvereins Gröba mit teilnehmen zu können. Ein halbes Jahrhundert habe der Verein das deutsche Vied gepflegt und somit wertvolle Dienste am Boike geleistet. Es sei ihm deshalb eine Ehrenplakette, dem Männergesangverein Gröba dafür zu danken und diesen Dank gleichzeitig auch im Auftrage des Rates der Stadt zum Ausdruck zu bringen. Mit diesem Dank verband er die herzliche Glückwünsche für die Zukunft. Um die geweihte Fahne möchte sich eine immer größere Zahl Sänger scharen, aber der Verein solle nicht nur an Mitgliedern zunehmen, sondern auch fernherhin eine gute Pflegestelle des deutschen Viedes bleiben. Zum Schlusß sorgte Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider die Anwesenden auf, ein sinnerles Wählen, Blühen und Gedeihen des Männergesangvereins Gröba ein dreifaches Hoch auszubringen.

Uldamm wurde der

gesellenen und verstorbenen Sängerbüdner

ehrend gedacht. Die Versammlten erhoben sich von den Plätzen. In zarten Klängen erklang der Gesang: „Stumm schlägt der Sänger“, während der Vereinsvorsitzende den Beimgegangenen den folgenden Ratschluß widmete: „In weisemlicher Stunde laßt uns nun des Herzens Heiligtum betreten. Leise wollen wir legen Hand in Hand und stumm das Haupt senken, um in treuem Gedanken heute in ernster Feierstunde innig-thil zu beten für unsre Helden dort im Sternenland! Und zu beten für unsre Sieben, die nun längst von uns gegangen. Verklärt schauen wir heute ihr Bild, das es uns sage: Habt Dank, tausend Dank. Ihr Leuten, für Euer Wirken, wie werden Eurer nimmer vergessen!“

Threnen.

Als letztes Zeichen der Dankbarkeit und der Treue wurde den Sängerbüdner Karl Böck und Paul Gelsbäcker das Bundesherrenzeichen für 50jährige Sängerkarriere, sowie dem Sängerbüdner Julius Goldner, Max Henke, Emil Neubert und Karl Behrend für 50jährige Vereinszugehörigkeit das Vereins-

ohrenzeichen mit Sil

zahlreichen Ehrenungen dankte, bildeten den Abschluss eines treibenden Wohl- und Ehrenabends. Einheitlichkeit wurde das Konzert zu Ende geführt.

### Die gelunglichen Darbietungen

des festgebundenen Vereins standen auf sehr hochstilicher Höhe. Mit bemerkenswerter Gewissenhaftigkeit hatte der verdienstvolle Chormeister Herr Schatz Hans Meyer sein Chorwerk ausgewählt, die nicht nur dem Heiligen eine besondere künstlerische Weise gaben, sondern auch den Verein vor nicht alltägliche Aufgaben stellten. Nebenall trat die vollkommene Sicherheit und Reinheit des Unionismus in Erachtung. Wendelsjohns "Gefährten an die Künster", Strieglers "Weißelstern" und Javan Schneiders "Deutscheonne", die leichter von Männergesangverein Groß mit Sein gemeinsam gehörten, erlangten in prächtigen Steigerungen und Läufen oft fürwürdigen Beifall aus. Ein "Sahnenpunkt", Komposition des Vereinsleitermeisters Rechberg, gefiel in seiner harmonischen Konstruktion. Der Trompetchor des Reiterregiments 12 unter Leitung des Herrn Obermusikmeisters Gräfe leitete das Konzert mit einer Parade aus den "Meisterstücken" von Richard Wagner Rührungssoll ein und begleitete den "Rekursang an die Künster" und die "Deutscheonne" flang hin.

Der Männergesangverein Groß darf mit seinem Konzert einen außerordentlichen Erfolg seiner Tätigkeit auf dem Gebiete des Volkskunst des Männergesangs hütten. Er kann stolz sein auf seine Leistung und seine Leistungen. Möchte er in den Hähnen, die er höher in Treue gegen sich selbst und in Treue zum großen Deutschen Sängerbund wandelt, weiter vorwärts und aufwärts treten!

Den Abschluss der Jubiläumsfeier bildete der Saal im Gasthof Groß und im Gasthaus zum Adler.

Mit diesem Feste hat der Männergesangverein Groß erneut das Zeugnis abgelegt von seiner Bedeutigkeit und Kraft. Möge er unter der Leitung seines bewährten Männer weiter blühen als treuer Hüter des deutschen Niederschlags.

Wenn auch die Welt dir alles nimm,  
Ein kleiner Hut, deutsches Herz;  
Denn deutsches Blut so wunderlich;  
Mit seinem Klang sich' sonnenwärts!

## Dertliches und Sächsisches.

Riesa, den 29. September 1930.

\* Bettenvorberufe für den 30. September.  
(Mittelstelle von der Sächs. Landesversicherung zu Dresden.) Weit schwache Winde am Okt die Nord, nur vereinzelt verstärkte Bewölkung. Neigung zu Nebelbildung, nach sehr feiner Nacht, tagsüber mögliche Erdbeben.

\* Daten für den 30. September 1930.  
Sonnenaufgang 5.58 Uhr. Sonnenuntergang 17.42 Uhr.  
Mondaufgang 15.30 Uhr. Monduntergang 22.28 Uhr.  
1857: Der Dichter Hermann Sudermann in Magdeburg geboren (gestorben 1928).

1863: Der Admiral Reinhold Scheer in Obernitz geboren (gestorben 1928).

\* Veränderung des Privatkontos. Der Privatkonto ist für beide Sichten um je 1%, auf 3% erhöht worden.

\* Letzter Verkehrsunfall. Heute mittag in der 12. Stunde ereignete sich an der schon mehr als berüchtigten Ecke Bautzner-Hauptstraße wieder ein Verkehrsunfall, der glücklicherweise noch glimpflich abgelaufen ist. Zu dieser Zeit waren einige Polizeibeamte mit dem probeweißen Aufstellen von drei Verkehrszeichen an dieser geschilderten Kreuzung beschäftigt. Ein Motorradfahrer, der von der Hauptstraße und ein Radfahrer, der die Bautzner Straße herabfuhr, wurden dadurch abgelenkt und beobachteten diese Vorgänge, anstatt auf Seitenstreifen zu achten. Die beiden Fahrräder prallten zusammen. Der Zusammenstoß war jedoch gering, da beide langsam fuhren. Das Bordereau des Fahrzeugs wurde dabei demoliert. Personen fanden aber nicht zu Schaden. Die Polizei und eine größere Zahl Schaulustiger waren Zeuge dieses Unfalls.

\* Verkehrsneuerung. Heute mittag wurden an der Ecke Haupt- und Bautzner Straße von Polizeibeamten provisoriisch drei Verkehrszeichen in weiß-roter Farbe, die das verbotswidrige Schneiden der dortigen Kurven verhindern sollen, aufgestellt.

\* Alarmübung der Freiwilligen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz in Riesa und Strehla. Eine am Sonnabend von genannten Sanitätskolonnen durchgeführte größere Übung lag folgende Annahme zu Grunde: Zwischen Riesa und dem im Vorberge gehörenden Gut Groß ist ein Autobus in den Straßengraben gestürzt und umgedrückt. Den Schwer- und Leichtverletzten ist die Ortspolizei zu leisten. Die Kolonne Riesa wurde um 18.45 Uhr alarmiert. 5 Minuten später waren die ersten Kolonnenmitglieder am Werkstattleiter. Nach Bekanntgabe des Übungskontaktes rückten 19.05 Uhr zehn Radfahrer und vier Mann auf Motorräder mit zusammenlegbaren Tragen, Verbandszeug und Belastungsgerecht zur Unfallstelle ab. 19.30 Uhr folgte der Rest der Mannschaft in einem schnell herbeigeholten Auto. Die Radfahrer stellten die Verwundeten dar und hatten die Unfallstelle mit Fackeln beleuchtet. 19.12 Uhr wurde die Kolonne Strehla alarmiert, von der die ersten Mitglieder 19.15 Uhr am Stellplatz eintrafen. Diese Kolonne rückte 19.30 Uhr zur Unfallstelle ab. Als Verbandsring für die Alarmübung war die Polizeistreife zum Gut Groß bestimmt worden. Die Übung sollte hauptsächlich zeigen, ob die Alarmeinrichtungen und das Belastungsgerecht der beiden Kolonnen allen Anforderungen genügen und ob die Kolonnen jederzeit alarmbereit sind. Wenn man die kurzen Seiten von 5 und 2 Minuten zwischen erfolgtem Alarm und Eintreffen der ersten Kolonnenmitglieder am Stellplatz bedenkt, kann man die Übung als gelungen betrachten. Beide haben beide Sanitätskolonnen nicht die erforderlichen Weißmittel zur Verfügung, um sich besseres Belastungsgerecht zu schaffen. 20.10 Uhr war die Übung beendet. Die Übung hat aber auch gezeigt, welche Anfälle manchmal eintreten können. Am letzten Abend von Bireck in Richtung Riesa war ein Radfahrer mit einem Motorradfahren zusammengekommen, jedoch die Kolonne Strehla an der Unfallstelle 5 Mann aus Riesa Hilfe auszuholen suchte.

\* Die Spielmannssage der Turnvereine Groß und Altmittener Turnverein Riesa bildeten am 28. Sept. im Hotel "Wettiner Hof" ihr 5. Sitzungsjahr ab. Der Frau- und Vereinsvorsitzende Richard Rieß, Groß, begrüßte die zahlreich erschienenen Turner, Turnierinnen und Gäste, insbesondere den 1. Vorsitzenden des Turnvereins Strehla, zu seiner Linken, Ehrenmitglied Ernst Wachig, sowie den genannten Turnwart des Turnvereins Groß. Das gute Nein ist ein Beweis weich großes Interesse erzielich gewesen für die Weiterentwicklung des Spielmannssanges betrachtet. Ein wohliges Liederstück "Ballermanns Wohnen", gespielt von Mitgliedern des Altmittener Turnvereins Riesa, erzielte reichen Beifall. Turnverein Rießmann, Strehla, der Vereinspräsident, brachte noch einige sehr gute Beiträge zu Werde, worin ihm ebenfalls Beifall gesetzt wurde. Hierauf folgte ein zusätzlicher Beifall an, der allen Aussteller noch ein paar frohe Stunden vermittelte.

\* "Der blonde Engel" — Deutschlands erster Tonfilm — wird im "Capitol" vorgeführt. Der "Vofa-Musiger" schreibt: Aläßische Filmtraumäde. Doch nie bis dahin haben Solistinnen und Darsteller ihr Werk so ins Rendite erweitert, so ins rein ästhetische geheigt und so ins Soziale vertieft und verwurzelt ... die besten der bisherigen Filmtunen wieder überboten ... Josef v. Sternberg, der Regisseur, und Emil Jennings haben in einem bisschen wie erreichten Maße den Film zum Kunstmuseum gemacht und Weg gewiesen weit hinein in das Neuland des Kinofilms ... Originalität, Erfrischung ... die erste Filmtraumäde machen und keinen Stil.

\* Zur Bandesmeldeordnung. Um den religiösen Riten möglichst Nutzen zu sparen, hatte das Ministerium des Innern förmlich verfügt, daß vorhandene Gremienmeldeblätter noch bis zum 1. Juli 1931 aufgebracht werden dürfen. Aus demselben Grunde hat es jetzt weiter angeordnet, daß auch die vorhandenen Gremien- und Krankenblätter noch bis zu diesem Zeitpunkts fortgeführt werden können. Ferner hat es nachgelassen, daß in den neuen Gremien- und Krankenblättern auch Spalten für geschäftliche Zwecke angelegt werden.

\* Die Gewerbezämmern gegen Einschränkungen des Handelsverkaufs. Um den religiösen Riten möglichst Nutzen zu sparen, hatte das Ministerium des Innern förmlich verfügt, daß vorhandene Gremienmeldeblätter noch bis zum 1. Juli 1931 aufgebracht werden dürfen. Aus demselben Grunde hat es jetzt weiter angeordnet, daß auch die vorhandenen Gremien- und Krankenblätter noch bis zu diesem Zeitpunkts fortgeführt werden können. Ferner hat es nachgelassen, daß in den neuen Gremien- und Krankenblättern auch Spalten für geschäftliche Zwecke angelegt werden.

\* Die Gewerbezämmern gegen Einschränkungen des Handelsverkaufs.

\* Aussahlung von Frankreichouthaben

et cetera. Kriegsgefangener. Einer Mitteilung der Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener aufzufinden werden auf Grund einer Entscheidung des Reichsfinanzministers

die seit einigen Jahren in den Händen des Reichsfinanzministers befindlichen Outhaben ehemaliger Kriegsgefangener aus französischer Kriegsgefangenschaft nunmehr zur Aussahlung gelangen, insoweit sie den Betrag von Mf. 10.— übersteigen. Eines besonderen Antrages zwecks Aussahlung bedarf es im Einzelfalle nicht. Die Aussahlung erfolgt vielmehr von Amts wegen ohne besonderen Antrag durch die Reichsverwaltung für Reichsausgaben, in deren Händen sich die Güter der Auslandsberechtigten befinden. Die Aussahlung wird erstaunlichsgemäß eine Reihe von Monaten dauern. Eine Überprüfung der in Frage kommenden Dienststellen mit Einzelanträgen kann nur eine Verzögerung und Erhöhung der Aussahlung zur Folge haben. Um Irrtümer vorzudeuten, sei nochmals darauf hingewiesen, daß es sich nicht um militärischen Sold, sondern die meist geringfügigen ArbeitsguVababeträge handelt, die beim Umtausch der Kriegsgefangenen aus Frankreich enthalten und durch die Inflation des französischen Franken entwertet wurden.

\* Urlaubsanspruch und Betriebsstilllegung. Arbeiter, die als Steinbrucharbeiter seit Jahren bei der Leipzigser Firma Dauz & Tollert tätig gewesen waren, verlangten nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis Vergütung für die im Jahre 1928 und 1929 nicht gewährten Urlaubstage. Die beklagte Firma machte auffällig, die Kläger hätten die Urlaubstage im Jahre 1928 nicht voll geleistet, weil der Betrieb länger als zwei Monate stillgelegen habe. Das Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Leipzig gaben der Klage Rett. Das Landesarbeitsgericht hält sich auf Ab. 1 des § 10 des Tarifvertrages für die Deutsche Blaustoff- und Schotterindustrie, wo es heißt: "Bei allen Urlaubsansprüchen werden Ausfälle infolge Krankheit sowie die auf Anordnung der Betriebsleitung nicht geleisteten Schichten angerechnet". Gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichtes legte die beklagte Firma Revision ein. Die Revision führt aus, auf den Fall der Betriebsstilllegung beziehe sich nicht Ab. 1, sondern die Bestimmung des Ab. 2 § 10 des Tarifvertrages: "Betriebsstilllegung und Betriebsseinfriedungen werden für den Anspruch auf Ferien nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen, wenn der Arbeitgeber innerhalb eines Monats nach Anforderung in den Betrieb zurückkehrt". Daraus ergibt sich, daß eine Stilllegung für mehr als einen Monat für den Ferienanspruch als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen sei. — Das Reichsgericht bestätigt, am 5. November die Entscheidung zu verklagen.

\* Zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Zur Frage sofortiger Neuregelung der Arbeiterfürsorge und Arbeitslosenversicherung, die auf der Tagung des deutschen Städtebundes am Freitag behandelt wurde, nahm am Sonnabend der Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge in einer der Reichsregierung unterbreiteten Eingabe Stellung. Als dringendste Aufgabe einer Reform sieht der Vorstand die Neuregelung der Fürsorge für Wohnungslosenverbündete an, deren Belastung in der gemeindlichen Fürsorge auf der gegenwärtigen Grundlage eine ernste Bedrohung der finanziellen Kräfte der Fürsorgeverbände bedeutet. Ein Auslandserwerb durch den Gemeinden würde nicht nur die Wohnungslosenverbündete selbst in ihrer Existenz bedrohen, sondern auch die mehr als 2,5 Millionen betragenden übrigen Gruppen von Fürsorgeempfängern. Sie würde außerdem die unbedingt notwendige, vorrangige Jugend- und Gesundheitsfürsorge unmöglich machen. Die geistige und bürgerliche Ausdehnung der Arbeiterfürsorge, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hat, muß unverzüglich gemäß den klaren Bestimmungen von § 101 des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes wieder hergestellt werden. Um den wirklich bedürftigen Arbeitslosen eine ausreichende Fürsorge zu sichern, hält der Vorstand eine Neuerung der Herausbildungen und Methoden für die Bedeutung der Bedürftigkeit für unerlässlich und eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Wohnungslosenverbündeten für das geeignete Mittel. Der Vorstand hält den Zeitpunkt für gekommen, zu prüfen, ob nicht für die Dauer der gegenwärtigen Krise ein anderes System der Fürsorge für Arbeitslose gewählt werden muß, bei dem die bisherige Dreiteilung der Gruppen beibehalten wird und die arbeitswilligen, arbeitswilligen und aus objektiven Gründen arbeitslos gewordenen Personen eine ausreichende Hilfe finden. Es wird namentlich zu erwägen sein, ob nicht in Anlehnung an die Reichsverordnung über die Arbeitslosenfürsorge von 1924 die Gewährung der Unterstützung vom Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden soll. Um übereinstimmende Fortschritte und Verbesserungen, die das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz im Vergleich zur Reichsverordnung über Arbeitslosenfürsorge enthält, in die neu zu regelnde Arbeitslosenfürsorge übernommen werden.

\* Riesa: Referent für Handelschulweisen. Die durch den Tod des Oberregierungsrats Bischl frei gewordene Stelle eines Gewerbeaufsichts- und Ministerialreferenten für das jährliche Handelschulweisen ist für die Zeit vom 1. Oktober bis 30. Sept. ab dem Gewerbeaufsichtsrat Prof. Dr. Schubert unter Ernennung zum Oberregierungsrat übertragen worden.

\* Gegen die Kapitalflucht. Der Abgeschnitt Bischl (Bd. 1) hat im Sandtag einen Antrag eingebracht, der die Regierung erachtet, mit allen Mitteln auf die Reichsregierung einzufeuern, um den Umgang der Emigration deutschen Kapitals ins Ausland festzustellen und gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die heimlichen Unterlagen züchterisch ein Ende zu setzen. In der Begründung heißt es, es unterliege seinem Zweck mehr, daß große Summen deutscher Volkswirtschaften im Ausland unterdrückt seien, teils um sie der inländischen Steuerpolitik zu entziehen, teils aus Durchsetzung einer

wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland. Diese Kapitalflucht helle sich, ganz gleich aus welchen Gründen sie erfolge, als eine vaterlandseindige Handlungswelle dar.

\* 10. 10. 40 Jahre Volkschor. Sein 40-jähriges Vereinsjubiläum feierte am Freitag im Schönenhaus der Kleinen Volkschor.

\* Klein 10. 10. 40 Jahre Volkschor. Immer wieder das Spiel mit Streichbällen... Dieser Tag brannte hier ein Streichbällen des Frieden und Frieden... Weit ab. Der Brand wurde durch den 6-jährigen Sohn des Geschäftsführers verursacht, der mit Streichbällen aufspielte. Nur beim Umstand, daß der Helm vorwärts geworfen wurde, wurde der Kleine 50 Meter von den Gebäuden entfernt war, ist es zu danken, daß diese vom Feuer verschont geblieben sind.

\* Klein 10. 10. 40 Jahre Volkschor. Großer Unfall. Dieser Tag wurde aus jugendlichem Neubeginn auf die Straße in Schönenhaus, ungefähr der Döbelner zu sehen. Wie wir hören, hatte dieser Betrieb in den letzten auf der Fabrik nach Moskau seine besondere Bedeutung. Die neue Zigarettenfabrik, die Kreuter-Zigarettenfabrik (K. m. d. S. Döbeln), haben eine Abmachung mit dem Zeppelin getroffen, daß er zu einer Beschleunigung dieser Fabrik in Döbeln kommt wird. Hierfür war der 2. Nov. vorgesehen. Infolge der nun kommenden Monate der Herbst- und Winterferne, ist eine solche Bandung in diesem Jahre nicht mehr möglich, weil Döbeln keinen eigenen Flugplatz besitzt. Am Freitag aber kann der Zeppelin, mit den nötigen Hilfsmitteln, eine Bandung in Döbeln vornehmen. Diese ist mit den Kreuter-Zigarettenwerken verabredet und der genaue Termin wird später bekanntgegeben. Döbeln dürfte wohl die erste Stadt ohne eigenen Flugplatz sein, die so die Sensation einer Zeppelinlandung erleben wird.

\* Dresden. Was am Sonnabend und Sonntag in Dresden passierte. Am Sonnabend früh kurz vor 7 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Rückenbrand auf der Silbermannstraße und kurz vor 1 Uhr mittags nach der Zwickerstraße gerufen, wo in einem Abstellraum Feuer ausgebrochen war. In beiden Räumen konnte die Feuer rasch besiegt werden. — Gegen 9.15 Uhr vormittags lief auf der Löbtauer Straße ein Personenauto beim Uebereilen eines Parkstrafwagens mit einem Feuerlöscher zusammen. Der Kutscher wurde vom Auto geflüchtet und mußte schwer verletzt ins Friedrichstädtler Krankenhaus gebracht werden. — Feuer in der vierten Stunde hat sich ein Haussmädchen namens Johanna Siegel in seltsamer Weise auf der Silbermannstraße in die Elbe gestürzt. Das Mädchen wurde von Straßenpflanzen gerettet und der Heil- und Pflegeanstalt übergeben. — Gegen 10 Uhr vormittags kam ein Motorradfahrer, der angefahren war, zum Sturz und erlitt erhebliche Verletzungen, die keine Überführung in die Poliklinik erfordern. — Gegen 11 Uhr geriet in einer Metallfabrik an der Heidelschanze ein Arbeiter in eine Maschine. Mit erheblichen Verletzungen brachte man ihn ins Friedrichstädtler Krankenhaus. — Gegen 5 Uhr nachmittags wurde an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 5jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 7.11 Uhr kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße der 1. Vorsitzende der Feuerwehr und Feuer- und Wasserstraße der Feuerwehr Walter Jähn mit seinem Feuertraktor gegen den Unfall einen Straßenbahngesetz und wurde schwer verletzt und bewußtlos ins Friedrichstädtler Krankenhaus gebracht. — Gegen 8 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 9 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 10 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 11 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 12 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 13 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 14 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 15 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 16 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 17 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 18 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 19 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 20 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 21 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 22 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 23 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 24 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 25 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 26 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 27 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 28 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 29 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 30 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 31 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt einen Oberschenkelbruch und wurde ins Johannistädter Krankenhaus gebracht. — Gegen 32 Uhr nachmittags kam an der Ode Siegel- und Gerichtsstraße ein 10jähriges Mädchen von



## 9. Christlicher Landeselterntag.

Der Kleine Katechismus

als Grundlage des Religionsunterrichtes.

**S**widau. Der 9. Landeselterntag des Landesverbandes der christlichen Elternverbände Sachsen, der am Sonnabend und Sonntag in Swidau stattfand, bot ein geschlossenes Bild der christlichen Elternarbeit.

In der Delegiertenversammlung wurde der erste Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Hering-Dresden, und der zweite Vorsitzende, Mede-Meihen, einstimmig wiedergewählt. Der Landesverband konnte in den letzten einwöchigen Jahren 33 neue Vereine aufnehmen. Die Delegiertenversammlung behandelte eine Reihe schulpolitischer und organisatorischer Fragen. Von besonderer Bedeutung sind Anträge, die Widerstand erheben gegen den fortwährenden Wechsel in der Führung der Lehrbücher an den Volksschulen und das Volksbildungministerium um Unterbindung solcher Wechsel erlitten, und die ferner richten gegen das Herausziehen von Kindern und Jugendlichen aus politischen Kündigungsklausuren, vornemlich zu Strohenumläufen. Mit den Lehrern und Lehrerorganisationen, wie z. B. dem Neuen Sächsischen Lehrerverein, die für die ev.-luth. Bekennnisschule eintreten, will der Landesverband wegen gemeinsamer Arbeit in christlichen Eltern- und Lehrerfragen in Verbindung treten.

Am Sonnabend abend folgte ein stark besuchter Grauburgischer Heimatabend, der die Eigenart und Gläubigkeit der Schlesier in Wort und Bild charakterisierte.

Im Festsaal in der Marienkirche am Sonntag hielt Oberkirchenrat D. Müller in eindringlichen Worten den Eltern die Verantwortung für ihre Kinder vor Augen.

Am Festtag am Sonntagnachmittag kündigte Belehrungsrat Weinhold vom Volksbildungministerium als Vertreter der sächsischen Regierung eine demokratisch durchführende Regelung im Religionsunterricht an. Der Redner wies darauf hin, daß die durch die Ablehnung des Reichschulgesetzes entstandene Lücke ausgefüllt werden sollte. Auf Grund von Vorladungen der Vereinigung der christlichen Lehrer- und Elternvereine sowie des Landeskonsistoriums habe das Volksbildungministerium den Memoriestoff für den Religionsunterricht festgelegt. Das Volksbildungministerium sei zu dem Ergebnis gekommen, daß der Kleine Katechismus, neu bearbeitet, in den Volksschulen verbleiben solle. Eine entsprechende Verordnung habe der Volksbildungminister bereits unterschrieben. Sie werde am 2. Oktober dem sächsischen Volke bekanntgegeben werden. Dieser Memoriestoff bildet die Grundlage für den Unterricht derjenigen Kinder, die am Religionsunterricht teilnehmen. Das Volksbildungministerium werde jederzeit Sorge dafür tragen, daß der Religionsunterricht, wo er erteilt wird, keinerlei Störung erlebe. — Die Ausführungen Reg.-Rat Weinholds wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Den Festvortrag hielt der Vorsitzende des Landesverbandes, Oberlandesgerichtsrat Dr. Hering. Er sprach über die Wiedererrichtung der evangelischen Bekennnisschule in Sachsen. Die christlichen Eltern hatten sich zusammengetan, nicht um Unfrieden und Unruhe hervorzurufen, sondern aus Gewissenhaft. Sie würden ihrer Pflicht bewußt bleiben und alle lebendigen Kräfte einleben, bis der Sieg erklungen sei, und die evangelische Schule zurückgegeben werde.

Den Schluss der Festversammlung bildete die Bekanntgabe einer großen Anzahl von Begrüßungstelegrammen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Führerpersönlichkeiten, darunter ein Brief des Reichskanzlers a. D. Dr. Marx und des thüringischen Kultusministers Dr. Fried. — Die lebhafte Versammlung am Nachmittag brachte einen Vortrag von Pastor a. D. Kestel-Godesberg über die christliche Familie als Grundlage aller sittlichen Lebensgemeinschaft.

Eine herliche, echt kindertümliche Freude bot der Landeselterntag den Kindern durch einen Kinderschuhmacher im Rahmen des Festspiels "Hänsel und Gretel" stand. Schon lange vor Beginn des Festspiels war der weite Raum von einer großen Kinderkarneval besetzt. Es war für die Kleinen entschieden das größte Erlebnis im Rahmen dieser großen Tagung. Man muß in die erwartungsvollen und über begnügten Kinderaugen geschaut haben, um zu verstehen, welche Welt von Seligkeit in diesem bezaubernden Märchenspiel vor den Kleinen und Kleinsten aufzutragen. Nicht nur das Spiel selbst, sondern auch die Reigen und Tänze (einstudiert von Frau Moosdorf) und die Kinderchor (einstudiert von Herrn Kantor Wagner) fanden den ungezügelten Beifall junger Jugend.

So nahm der Landeselterntag 1930 in Swidau einen schönen und erfolgreichen Verlauf, der bestimmt reichen Segen für die Zukunft verspricht. Keine gute Saat wurde wieder ausgetragen in die Herzen der christlichen Eltern unseres Sachsenlandes. Wölfe der strahlende Sonnenchein des getrigen Festsonntags ein verheißungsvolles Omen sein für die weitere erfolgreiche Entwicklung des Landesverbandes der christlichen Elternvereine Sachsen!

Im Schlusswort ermahnte Direktor Geißler-Dresden zu weiterer treuer Mitarbeit.

## Schärfster Einspruch der Angestellten gegen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

\* Berlin. Der geschäftsführende Vorstand des Reichsbundes Deutscher Angestellten-Vereinverbände bot in seiner Sitzung vom 27. September gegen die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 6,5 v. H. folgende Entschließung:

„Die von der Regierung angekündigte Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um weitere 2 auf 6,5 v. H. hat unter der gesamten Angestelltenchaft heftige Empörung ausgelöst. Bei den Wahlen am 14. September haben gerade die Angestellten der Regierung Brünning eine deutliche Abstimmung erbracht. Sie haben es satt, daß immer tiefer in soziale Not hineinbringen zu lassen, nur weil die Regierung der heutigen Wirtschaftskrise hilflos gegenübersteht und, um die untragbaren Young-Milliarden weiterzubauen zu können, immer neue Steuern und Kosten der Wirtschaft und der Arbeitnehmerseite auferlegt. Das Ende dieses Weges muß der völlige Zusammenbruch sein. Die Angestellten fordern deshalb den sofortigen Rücktritt der Regierung Brünning, deren hochtönende „Sanierungsprogramme“ sich immer auf neue nur als plumpes Anlieben der Steuer- und sonstigen Balkenbrüche erweisen, der mit der Rechtsregierung entsprechend dem Wahlausfall! Gegen Marxismus und mitteiparteiliche Unfähigkeit! Wir fordern, daß endlich ein gründlicher Kurswechsel eintrete!“

## Zusage des Preußischen Städteages in Dresden.

**S**dresden. Auf der am Sonnabend hier abgehaltenen Hauptversammlung des Preußischen Städteages hielt Oberbürgermeister Brauer-Altona einen groß angelegten

### Bericht über den kommunalen Kredit.

Heute, so führte er aus, wohnten 65 Prozent der deutschen Bevölkerung in der Stadt. So sei das Schicksal der deutschen Stadt gerade das Schicksal Deutschlands geworden. Gleichzeitig sei die Stadt aber auch einer der wichtigsten Träger der Wirtschaft. Die städtischen Aufträge bestellten sich auf rund fünf Milliarden jährlich. Dieser Bedeutung der Städte und ihrem gewaltigen Aufgabenkreis entspreche jedoch keineswegs ihre finanzielle Stellung. Als die kastrichtige schwache Gruppe könne die Gemeinden gegenüber Reich und Ländern zu kurz. Während der Anteil des Reiches und der Länder am deutschen Gesamtfinanzaufkommen von 1918 bis 1928 gesunken sei, sei der Gemeindeanteil von 27,2 auf 20,2 Prozent gesunken. Die Verdrängung der Gemeinden aus ihrem finanziellen Systeme lenken müssen, auf Realsteuern, Werksteuern, kurzfristige Kredite und Anteilen.

Jahr Jahre lang, so fuhr der Redner fort, haben die Gemeinden alle Anstrengungen auszuhalten müssen. Rücklagen und Erneuerungsfonds sind während der Inflation geschmolzen. Der inländische Kapitalmarkt ist verarmt.

Der kommunale Auslandsanteile reichten die Wirtschaft vor Steuer- und Taxierböhmen. Während die Beratungsstelle für Auslandskredite über gegenüber anderen öffentlichen Anleihen wenig Jurisdiktion übt, bereitete sie den kommunalen Auslandsanleihen Schwierigkeiten, weil sie angeblich nur zum geringen Teil produktiven Zwecken dienten und nur selten Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals durch unmittelbare Erzeugung von Werten gewährleisten. Diese Auffassung des Begriffes „Produktiv“ ist falsch. Die sozialen Ausgaben sind vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus weit produktiver als die Errichtung von Kinos usw. Auch das Schulwesen ist produktiv. Die Schule ist eine Quelle unserer wirtschaftlichen Kraft. Entsprechend ihrer einheitlichen Einführung lehnte die Beratungsstelle für Auslandskredite in den Jahren 1918 bis 1929 nur 2% Prozent der landwirtschaftlichen, 8 Prozent der kastrichtigen und 12 Prozent der Anleihen für industrielle Unternehmungen ab, dagegen 54 Prozent der kommunalen Anleihen. Die Tätigkeit der Beratungsstelle war nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses ein Fehler. Sie führte zu einer unrealistischen Bedürfnisförderung durch zu teure und kurzfristige Kredite. Die Ablehnung zahlreicher Kommunalanleihen legte vielfach die gemeindliche Auftragserstellung still und verstärkte die Wirtschaftskrise. An die Stelle der Anleihen traten erhöhte Realsteuern und erhöhte Werksteuern.

Rum legte man vor einigen Wochen den Entwurf neuer Richtlinien für das Schulwesen der Gemeinden vor, der auf eine völlige Entmündigung der finanziellen Selbstverwaltung hinausläuft. Man plant, für die Inlandsanleihen und kurzfristige Kredite der Gemeinden eine umfassende Zwangswirtschaft einzuführen. Eine Begründung für dieses Ausnahmegesetz gegen die Gemeinden ist nicht ersichtlich. Die geplanten Richtlinien würden der Beginn einer Großkommunalisierung sein.

Zusammenfassend verlangte Oberbürgermeister Brauer die Aufhebung der bisherigen Beratungsstelle für Auslandskredite und die Gleichberechtigung der kommunalen Wirtschaft mit ihren privaten Konkurrenten. Die Städte empfehlen eine selbstverantwortliche Anleiheverprüfung durch ihre Kreditausschüsse. Die Kommunen haben durch starke Selbstbeschränkung und durch ihr Umwidlungaprogramm ihr ernstes Streben gezeigt, ihre Finanzen auf-

eine gesunde und feste Grundlage zu stellen. Aus der Initiative der kommunalen Selbstverwaltung sind die Kreditausschüsse entstanden, die sich bestens bewährt haben. Ein Ausbau dieser Anleihenkontrolle der kommunalen Selbstverwaltung, die vorhandene Kommunalauflösung der Länder und eine freiwillige, von nationaler Disziplin geprägte Zusammenarbeit des Reiches, der Länder und Gemeinden werden weit stärkere Erfolge auf dem Gebiete des Kommunalkredits erzielen als äußerer Zwang.

Die Aussprache über das Referat von Oberbürgermeister Brauer-Altona wurde durch den Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Behr eröffnet, der unter Hinweis auf einen Auftrag des Geschäftsinhabers der Berliner Handelsgesellschaft H. Fürstenberg den Standpunkt der Privatwirtschaft im Hinblick auf das kommunale Kreditproblem darlegte. Dr. Behr erklärte, es müsse ohne weiteres angegeben werden, daß in der Kommunalverwaltung auch an weisbar lichbarer Stelle schwere Fehler vorgekommen seien; in der Schaffung von Neuauflagen müßten sich die Gemeinden mehr Jurisdiktion als bisher aufrütteln. Die Kommunen dürften in der Kreditaufnahme durch staatliche Kontrolle nicht schlechter gehalten werden, als die Privatwirtschaft.

Oberbürgermeister Dr. Bandmann-Frankfurt a. M. ging auf die Tendenz des neuen Entwurfs für die Tätigkeit der kommunalen Beratungsstelle ein und erklärte, daß die kurzfristige Verpflichtung der deutschen Städte gerade dadurch beeinträchtigt worden sei, daß ihnen der ausländische Kapitalmarkt verschmiert wurde. Die neuen Richtlinien stellen einen Verlust an einer weiteren Anwendung der gemeindlichen Finanzabsicherung dar.

Zum Referat Brauer legte der Vorstand des Preußischen Städteages eine

### Gutschließung

vor, in der es heißt: Die Finanzpräfektur nimmt Anleihen für lebenswichtige Aufgaben, die aus ordentlichen Mitteln nicht bestritten werden können, und die der Zukunft zugute kommen, entgegen von jeder den Grundlagen einer geordneten Finanzpolitik. Bei der auf dem Inlandsmarkt obwaltenden Kapitalknappheit und dem Misverhältnis zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage haben die Gemeinden zur Deckung ihres dringendsten Kreditbedarfs auch den Auslandsmarkt in Anspruch nehmen müssen. Die Preisfestsetzung des Reichs und der Reichsstadt hat den Gemeinden die Befriedigung ihrer legitimen Kreditbedürfnisse erhöht und verteuert, und damit zu ihrem Teil das Anwachsen der überhohen kurzfristigen Verpflichtung verursacht.

Die Städte müssen verlangen, daß Reich und Land den Lebensbedürfnissen der normalen Wirtschaft und der Bedeutung der großen Aufgaben der Städte für das Volksgesamtheit auch auf dem Gebiet der Kreditwirtschaft Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die kommunale Wirtschaft darf auch auf diesem Gebiet keine Zurückhaltung gegenüber der privaten Wirtschaft erfahren. Die Fortführung der Beratungsstelle für Auslandskredite noch dazu in ihrer bisherigen Form und Zusammensetzung ist deshalb abzulehnen, vor allem aber ist die geplante Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auf Inlandsanleihen und auf Anleihen der Verborgungsanstalt mit überflüssig schärfsten zu bekämpfen.

Zu dieser Entschließung batte die deutsch-nationale Gruppe einen Zusatz beantragt, daß für langfristige Auslandsanleihen der Einfluß des Reichsfinanzministers und des Reichsbankpräsidenten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Aufsichtsbehörden und den kommunalen Kreditausschüssen bestehen bleibt und gewahrt bleibt sein müsse. Dieser Zusatz aber wurde mit Stimmemehrheit abgelehnt.

Nachdem die Entschließung des Vorstandes angenommen worden war, schloß Dr. Brauer die Tagung.

## Das Sächsische Gaststättengewerbe vor wichtigen Entscheidungen.

Die Sächsische Regierung hat bekanntlich trotz ablehnenden Standpunktes des Zwischenausschusses des Landtages durch Notverordnung die Gemeinden zur Erhöhung der Gemeindebeiträge und Einführung der Gemeindegegenstände schwer verurteilt.

Vom Sächsischen Gastwirtszverband ist nachgewiesen worden, daß nach der letzten Reichsbüchererhöhung am 1. Mai in den Gaststätten ein Konsumrückgang von mindestens 20 Prozent, teilweise sogar von 50 Prozent eingetreten ist. Die Steuereingänge aus der Reichsbüchererhöhung sind trotz einer abgesenkten Erhöhung der Biersteuer nur um 1,6 Prozent gestiegen. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, daß jede weitere Belastung zu weiterem Konsumrückgang führen muss und daß trotz weiterer Erhöhung der Steuern erhöhte Steuereingänge nicht zu erwarten sind. Die Steuerkraft ist eben in jeder Beziehung völlig erlahmt. Dagegen steht fest, daß mit der Einführung der Gemeindegegenstände und der Erhöhung der Gemeindebeiträge die Existenzgrundlage einer großen Anzahl von Betrieben untergraben wird und zahlreiche Arbeitnehmer des Gaststättengewerbes der Arbeitslosigkeit anheimfallen würden. Die Einführung dieser Steuern würde deshalb den Sozialstaat weiter mehr belasten, als sie Einnahmen bringen würde.

Früher hat das Gaststättengewerbe im Freistaat Sachsen noch über 60.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Es hat alles versucht, trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten, Entlassungen zu vermeiden. Da mit jeder neuen Belastung die Betriebe unrentabler werden, ist die Einführung der Gemeindegegenstände und Erhöhung der Gemeindebeiträge mit schwerwiegenden Entwicklungen im lädtischen Gaststättengewerbe zu rechnen. Eine Anzahl großer Betriebe in Leipzig hat in den letzten Tagen bereits die Räumung ihres Arbeitnehmers ausgeschlossen.

Da es nun trotz aller Warnungen und Vorstellungen der Berufsorganisationen doch zur Einführung der Gemeindegegenstände und Erhöhung der Gemeindebeiträge gekommen ist, so muß nach Meinung des Sächsischen Gastwirtszverbandes angesichts der Unmöglichkeit dieser neuen Sonderbelastung und vor allem angesichts der allgemein herrschenden Erhöhung über diese Pläne die Verantwortung für zu erwartende Folgen denjenigen Kreisen überlassen werden, die all diese Warnungen in den Wind geschlagen haben.

### Revision im Wessel-Prozeß

Berlin, 29. September.

Die Verurteilten im Wessel-Prozeß, Ali Höhler und Geßner, haben durch ihre Verteidiger gegen das Urteil des Schwurgerichts Revision beim Reichsgericht eingereicht.

## Abschiedsfeier für Botschafter Dr. Schämer.

**L**ondon. Die Liebe und Verehrung, die sich der von London in wenigen Tagen scheidende deutsche Botschafter und Frau Schämer in über zehnjähriger Tätigkeit als Vertreter des Deutschen Reiches in England unter den Deutschen Botschaftern erworben haben, kam in spontaner Weise bei einem Abschiedsempfang zum Ausdruck, den der Deutsche Verein London im Hotel de l'Europe zu Ehren des Botschafterpaars gab. Hunderte von Mitgliedern der deutschen Kolonie hatten sich eingefunden, um dem Botschafter und Frau Schämer ihre Wünsche mit auf den Weg zu geben. Von der Deutschen Botschaft waren anwesend Graf Bernstorff, Gesandtschaftsrat Hüter, Gesandtschaftsrat Feine und Gattin, sowie Herr von Scherpenberg.

Der Vorsitzende des Vereins Max Lindlar gab in warmen Worten dem Vater der Mitglieder des Botschafts und die Gleichberechtigung der kommunalen Wirtschaft mit ihren privaten Konkurrenten. Die Städte empfehlen eine selbstverantwortliche Anleiheverprüfung durch ihre Kreditausschüsse. Die Kommunen haben durch starke Selbstbeschränkung und durch ihr Umwidlungaprogramm ihr ernstes Streben gezeigt, ihre Finanzen auf-

In seiner Antwortrede stellte Botschafter Dr. Schämer die augenblickliche Lage der Lage gegenüber, in der er sich nach Friedensschluß befand. Über die Wendung freudend, die in der Stellung Deutschlands in der Welt eingetreten ist, gebaute er in bewegten Worten des Mannes, dessen Todestag sich in wenigen Tagen jährt, und der seine Kraft, seine Gesundheit und sein Leben seinem Ziel, der Befreiung Deutschlands von fremder Besetzung, geopfert hat — Stresemanns, des großen Patrioten, des großen Staatsmannes Dr. Schämer betonte, daß es vor allem die von Dr. Stresemann verfolgte Politik sei, die Deutschlands Stimme im Rat der Völker wieder Geltung verschafft habe zum Ruhm Deutschlands und des deutschen Volkes. Zum Schluss bat der Botschafter, daß ihm stets entgegengebrachte Vertrauen auch auf seinen Nachfolger zu übertragen.

Als der Botschafter und Frau Schämer den Saal verließen, wurden ihnen von den Anwesenden herzliche Wünsche zugesetzt. Damit schloß die Feier, die in ihrer vornehmen Schlichtheit dem ganzen Leben des scheidenden Botschafterpaars entsprach.

## Hilfer über seine Bielle.

Ein Artikel in der Beauftragten.

**Wem vor?** Die Sonntagsblätter des Heimatvereins berüchtigen in sehr großer Aufmachung einen Artikel Hitlers, der mit den Worten beginnt: „Was die Welt nicht darüber: Entweder wird Deutschland wieder eine freie Nation, oder es verweilt an der Zukunft und wird in die lastende Arme des Bolschewismus getrieben. Das ist keine Drohung, keine Drohung, sondern eine Feststellung von Tatsachen.“ Die Verantwortung hierfür, so heißt es weiter, liegt bei den Staaten, die Deutschland unmöglich Friedensbedingungen und unstrichbare Fakten aufzunehmen hätten. Das Ergebnis der Reichstagswahl sei ein Signal für die wahrende Entwicklung der deutschen Seele. Deutschland befindet sich in einem Sicherheitszustand, und das Sicher werde am Anfang stehen. Der Verfasser Hitler habe eine plume und unverdächtige Operation an einem Patienten dar, der überholte zusammengefallen worden sei und nunmehr die nötigsten Symptome einer Blutvergiftung zeige. Der Patient könne nur gerettet werden, wenn die Wunden wieder geöffnet und die eigentlichen Krankheitserreger entfernt würden. Das Volk habe den Menschen an Verbrechen und das Menschen zu den alten politischen Führern der Parteien verloren. Die Nationalsozialisten forderten die Revision des Verfassers Vertrages und des Panzerplanes, die Rückgabe des polnischen Korridors und die Besetzung des Siegesfeldes. Wenn Deutschland leiden müsse, dann sei es schon besser, daß es Leid auf sich nehme, indem es rein falle. Die Qualen unter dem Ha erstreichen sich auf Generationen. Das Leid unter einem Reim würde sicherlich länger sein. Hitler hält weiter an, daß die Nationalsozialisten in den nächsten Monaten 70 000 Versammlungen einberufen würden, da sie über keine ausreichenden Presseorgane verfügen. Die Republikaner versichern jetzt, daß keinerlei Gefühl der Volksverbündung zu unterdrücken, aber der Schlag, den sie bei den Wahlen erlitten hätten, sei nichts gegen den Schlag, den sie noch erleben würden. Hitler gibt der Überzeugung Ausdruck, daß spätestens in einhalb Jahren Neuwahlen stattfinden würden. Er erwartet dann einen weiteren ungeheuerlichen Stimmengewinn der Nationalsozialisten, sodaß sie nicht gewalttame Maßnahmen zu ergreifen brauchten, um die Kontrolle über die Regierung zu erringen. Andere melden Gewalt anzuwenden, um und an der Regierungsumwandlung zu verhindern. Wir denken an keinen Putsch. Die Wahl hat uns den Weg zur Macht gewiesen.“

Hilfer wandte sich dann weiter gegen den Wormser, Weiß und Stein des Reiches zu sein. Der Nationalsozialismus habe nichts mit dem Marxismus zu tun, da er den Wert der Einzelpersönlichkeit anerkenne. Abschließend weiß Hitler darum hin, daß Europa sich jetzt in der schwersten Krise seiner Geschichte befindet.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Ihr führt Deutschland nicht zugrunde richten oder tödlichenketten und gleichzeitig glauben, daß das kürzige Europa unvergänglich bleibt. Mein Vertrauen zum deutschen Volke ist unabdingbar, seine Freiheit mein Ziel.“

## Bedingungen der Deutschen Volkspartei.

**zu Berlin.** Wir hatten Gelegenheit einem wahrscheinlichen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei die Frage vorzulegen, unter welchen Bedingungen, seiner Meinung nach, die Volkspartei eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten oder mit den Nationalsozialisten eingehen würde. Der Befragte erklärte, die Haltung der Volkspartei nach links oder rechts sei sehr leicht zu kennzeichnen. Sie würde den Sozialdemokraten die Frage vorlegen, ob sie die alten Ratsverordnungen der Regierung anerkennen und auf jeden Einbruch verzichten. Räume eine Sitzung, könnte die Volkspartei über die neuen Ausgaben mit den Sozialdemokraten verhandeln, hätte eine Ablehnung oder können Einwendungen, so wäre jede weitere Verhandlung ausgeschlossen. Die gleiche Frage würde die Volkspartei an die Nationalsozialisten stellen. Von ihrer Verantwortung hängt es ab, ob die Volkspartei die Mehrheit links oder rechts nehmen werde. Besonders wollen aber die Sozialdemokraten wesentliche Änderungen der Ratsverordnungen, besonders was die Einführung der Arbeitslosenversicherung angeht. Sie können demnach nicht ohne weiteres die Volkspartei fragen, ob sie die nationalsozialistischen Wahlen nicht die klare erforderliche Entscheidung treffen können, deshalb erscheint es fast ausgeschlossen, daß durch diese Taktik eine Mehrheitsbildung gefährdet werden kann.

zu beachten ist nun, daß die Deutsche Volkspartei sich geschlossen hinter die Ratsverordnungen stellt, doch sie aber sich noch keineswegs auf das neue Regierungsbrotogramm festgelegt hat. Dieses muß sie erst prüfen. Es kann aber gesagt werden, daß sie bemüht sein will, die Regierung zu stützen und verhindern möchte, daß in den Koalitionsverhandlungen die von der Regierung gebauten Richtlinien verschoben werden.

## Bericht des früheren Reichskanzlers Müller in Zürich.

**Zürich.** Der frühere Reichskanzler Hermann Müller sprach gestern im großen Saal der Tonhalle auf Einladung des Zeitungsfeindes Höttingen über das Thema: „Deutsch-französische Annäherung als Garantie des europäischen Friedens“. Der Saal war voll besetzt. Unter den Anwesenden bemerkte man den deutschen Gesandten Müller, Generalkonsul Heilbronn, Vertreter der Kantonsregierung und der katholischen Behörden. Der Redner gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage in Europa und sah in der Annäherung der beiden großen Nachbarländer, Deutschland und Frankreich, ein Ziel, das nicht nur den Interessen dieser beiden Länder, sondern ganz Europa dienen werde. Er bezeichnete als Voraussetzung für jede fruchtbare Zusammenarbeit die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Seefahrt. Eine wirtschaftliche Einigung Europas erscheine aber nur dann durchführbar, wenn auch der Willen zur politischen Verständigung da ist. Der Redner bestätigte sich dann mit der These einer etwaigen europäischen Sektion im Widerstand. Zu den Ausgaben dieser Sektion würde u. a. die Vorbereitung des Unionsstaates Deutscher Reichs zu Deutschland gehören. Eine solche Sektion müsse den Weg zur praktischen Arbeit finden. Nichts habe dem Widerstand mehr gehabt, als daß er in lebenswichtigen Fragen nicht über das Diktatoren hinausgetreten sei. Zum Schlusse wandte sich der Redner dem Wahlergebnis in Deutschland zu und betonte mit Nachdruck, daß eine Verständigungspolitik heute ebenso notwendig sei wie vorher. Notwendig sei aber auch ein Verständnis des Auslandes für die Lage und die Bedürfnisse Deutschlands. — Der Vortrag wurde mit grohem Beifall aufgenommen.

## Demokratischer Parteivorstand und Staatspartei.

**vda. Berlin.** Der Demokratische Parteivorstand steht am Sonnabend abend im Demokratischen Clubhaus in Berlin eine Sitzung ab, in der folgendes beschlossen wurde:

1. Der Parteivorstand wünscht die beschleunigte Fortsetzung der Verhandlungen wegen Konstituierung des Staatspartei, damit der Verteilung der Deutschen Demokratischen Partei möglichst bald zur Erfüllung herangezogen werden kann.
2. Der Parteivorstand empfiehlt den Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, durch reine Notarbeit schon vor Ablauf des Verteilungstermines der Deutschen Staatspartei in den Wahlkreisverbänden und in den örtlichen Organisationen bei deren Aufbau dafür zu sorgen, daß die armen demokratischen Grundideen zur vollen Geltung kommen.“

## Der Reichswehr-Hochbetragsprozeß.

**Leipzig.** (Funkspurk.) Vor der heutigen Fortsetzung mit der Beweisaufnahme gibt der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Voigtlaender, folgende Erklärung ab: Es orden mit aus Wohlwollenstreitigkeiten teils mit, teils ohne Namensnennung förmlich ein Dokument Briefe an, in denen in mehr oder weniger leidenschaftlicher Weise zu Gunsten oder Ungunsten der Angeklagten Stellung genommen und verucht wird, auf das Gericht einzzuwirken. Die einen Briefschreiber erklären, die drei Angeklagten mitsamt selbstverständlich freigesprochen, die anderen, sie müßten verurteilt werden und die Richter sollten sie doch nicht dummen lassen. Eine Anschrift steht auf sogar genötigt, — an der Spitze steht ein Hakenkreuzzeichen — zu erklären, ich sei offiziell ein Jude gewesen und es sei daher meine Ehre, obwohl dem Vorwurf widerzuwirken und in die Hände Adolf Hitler zu geben. Uebergegen davon, daß ich weder Jude noch gewesen bin, ist dieser Briefschreiber doch wohl kaum ernst zu nehmen. Alle diese Anschriften prallen an und Richter selbstverständlich ab. Unsere arbeitsreichen Tage und Wochen werden, da die Anschriften doch wenigstens gelesen werden müssen, nur noch arbeitsreicher. Sie dementieren aber, wie völlig subjektiv gefühlsmäßig und leidenschaftlich ein großer Teil des Publikums Stellung nimmt, übrigens eine Erziehung, die bei der Verhandlung ausschlaggebender Straftaten häufiger zu beobachten ist. Wie ich schon an dieser Stelle hervorgehoben habe, bin ich, sowohl meine Herren Richterkollegen, in völlig überparteilicher Weise gewillt, in diesem Prozeß das Recht zu finden, niemanden zu Sieben und niemanden zu Ende. Wir werden das tun, was nach § 261 der Strafprozeßordnung vorgeschrieben ist. Diese Vorschrift bestimmt, daß das Gericht nur aus dem Urteilgriff der Hauptverhandlung noch seiner freien Überzeugung zu entscheiden hat. Ich ersuche also das Publikum, derartige Anschriften an mich zu unterlassen, da sie zwecklos sind.

Darauf wird die weitere Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Im Hochbetragsprozeß gegen die Reichswehrhoffnungs wird Beauftragter Erich Fuersten vom Artillerie-Regt. Nr. 8 in Steitzen als leichter Zeuge vernommen. Der Zeuge bestätigt, daß er Sudin seit 1928 kennt. Im November 1929 habe er von ihm einen Brief erhalten, in dem der Wunsch nach einem Zusammentreffen in Berlin ausgesprochen war. Ich dachte mir, so bestand Fuersten, es würde sich um eine persönliche Angelegenheit handeln und sagte deshalb zu. Sudin bestellte mich in das Weinlokal Rheingold, wo Sudin dann zusammen mit Oberleutnant Höhner erschien. Sudin fragte bei dieser Zusammenkunft, ob ihm darauf an den Gott der Wehrhaftigkeit und der vaterländischen Gefinnung wieder wohlgarufen. Es wurde dann weiter gefragt von den Parteien und da war es klar, daß uns die Parteien am nächsten ständen, die vaterländisch gestellt seien. Wie haben es dann auch für notwendig gehalten, uns über diese Parteien gefährlich zu informieren. So kamen wir auch auf die RSDAP zu sprechen. Wir waren uns darüber einig, daß diese Partei es ist, die uns gefinnungsmäßig am nächsten steht. Da aber ihre Sicht durch die gesetzte Presse nicht offiziell klar wurden, so auch davon geforcht worden, daß wir uns persönlich bei Nationalsozialisten informieren wollten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nicht davon gesprochen worden sei, daß es im Laufe der nächsten Jahre an Gewalttaten kommen könnte, erklärte der Zeuge, ja wohl. Sudin bat dann gefragt, daß es nicht dazu kommen dürfe, daß durch die Reichswehr einmal die nationale Bewegung im Reim erstickt werde.

Fuersten erklärt dann weiter, daß er im Hause eines Konfliktes im Inneren einen ihm erzielten Befehl folge leisten und auch schließen würde, weist aber wieder, wie viele seiner Kameraden vorher schon, auf den Gewissenskonflikt hin, was zu tun sei, wenn die Reichswehr eventuell auch gegen die nationalen Verbände eingesetzt würde. Im übrigen habe Sudin außerdem bestanden, es wäre verfehlt, irgendwelche Parteipolitik in die Mannschaften hineinzutragen.

Vorsitzender: Sie sollen dann von Sudin auch aufgefordert werden, daß weitere Offiziere zu werben.

Zeuge: Jawohl.

Vorsitzender: Endlich soll Sudin Sie gebeten haben, im Hause gewissermaßen Auseinandersetzung zwischen Regierung und den Nationalsozialisten dahin zu wirken, nicht gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen.

Zeuge: Es ist über diese Möglichkeit gesprochen worden, aber nur, daß bei einem Einzug der Reichswehr durch die Regierung die Nationalsozialisten nicht angründe gehen. Das muß aber darauf hinweisen, daß dies lediglich geprägteweise erörtert wurde. Dabei ist auch die Siede davon gewesen, daß ein solcher Einzug in absehbarer Zeit wohl nicht erfolgen würde.

Weiter bestätigt Beauftragter Fuersten, Sudin habe nicht gesagt, daß er selbst Besiedlungen zur RSDAP unterhalte, vielmehr nur, daß er einige Nationalsozialisten kenne. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Sudin dem Zeugen geraten habe, seine Mitgliedschaft der Partei zu werden, antwortet Beauftragter Fuersten mit einem klaren Nein. Interesse erregten die weiteren Aussagen Fuerstens, aus denen hervorgeht, daß er sich nach der Adresse Sudins verzetteln soll an seinen Kommandeur gewandt und sich mit ihm aufgeschlossen habe. Nach kurzer Bedenkzeit habe ihm sein Vorgesetzter erklärt, daß er die Sache für unverantwortlich ansiehe und nicht für ernst und gefährlich für die Zukunft halte. Weiter habe er ihm mitgeteilt, daß damit die Angelegenheit zwischen ihnen erledigt sei. Für alle Fälle möge er jedoch einen diebstahlsgeschützten Vermerk aufnehmen, falls der Name des Beauftragten von anderer Seite genannt werde.

Ein längeres Kreuzverhör knüpft sich an über die Frage, was bei der Unterscheidung über die Stellung der Reichswehr gegenüber den nationalen Verbänden im Hause eines Palastes gesprochen worden sei. Fuersten führt dazu aus, es wurde von den Möglichkeiten gesprochen, die sich in der Zukunft ergeben könnten und daß es nicht dazu kommen dürfe, daß die nationale Bewegung durch die Reichswehr erstickt würde.

## Zum Leipziger Prozeß.

Zur Aussage des Staatssekretärs Zweigert.

vda. Berlin. Gegenüber der Behauptung eines Berliner Blattes, wonach Reichsjustizminister Dr. Greif mit Rücksichtslosigkeit gedroht haben soll, falls der Staatssekretär Zweigert als Zeuge im Offiziersprozeß vor dem Reichsgericht über die von dem Minister konzedierte Erklärung din auszugeben und weiteres belastendes Material über Hitler und den Nationalsozialismus dem Reichsgericht vorlegen würde, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß im Reichsgericht über diese Thematik kein Wort ge-

sprochen worden sei; und für den Staats... .... Zuletzt wird erklärt, daß dieser für alles, was er vor Gericht als Aussage auslässt, von seiner Seite irgend welche Unfraktionen entgegenzustellen könne, er sei in dieser Beziehung nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Für die Aussage genehmigung in seiner Eigenschaft als Staatssekretär sei nur der Reichsinnenminister Dr. Wirth zuständig, der ihm die Auslagenenabschaffung in vollem Maße ohne jede Einschränkung erteilt habe; die volle Verantwortung für das, was er im Rechtsrat gesagt habe, trage er selbst.

Gerner wird erklärt: der Reichsjustizminister hat auf jeder Einflussnahme auf den Prozeß des Offiziers vor dem Reichsgericht enthalten. Er hat lediglich auf Ansuchen des Reichsministers des Innern den Oberstaatsanwalt angewiesen, eine Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert beantragen zu lassen. Eine Anwendung in Bezug auf ihre Tätigkeit in diesem Prozeß hat die Staatsanwaltschaft nicht erhalten.

## Berufungsverhandlung gegen Oberbürgermeister Böh.

**Berlin.** (Funkspurk.) Vor der heutigen Fortsetzung mit der Beweisaufnahme gibt der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Dr. Voigtlaender, folgende Erklärung ab: Es ordnen mit aus Wohlwollenstreitigkeiten teils mit, teils ohne Namensnennung förmlich ein Dokument Briefe an, in denen in mehr oder weniger leidenschaftlicher Weise zu Gunsten oder Ungunsten der Angeklagten Stellung genommen und verucht wird, auf das Gericht einzzuwirken. Die einen Briefschreiber erklären, die drei Angeklagten mitsamt selbstverständlich freigesprochen, die anderen, sie müßten verurteilt werden und die Richter sollten sie doch nicht dummen lassen. Eine Anschrift steht auf sogar genötigt, — an der Spitze steht ein Hakenkreuzzeichen — zu erklären, ich sei offiziell ein Jude gewesen und es sei daher meine Ehre, obwohl dem Vorwurf widerzuwirken und in die Hände Adolf Hitler zu geben. Uebergegen davon, daß ich weder Jude noch gewesen bin, ist dieser Briefschreiber doch wohl kaum ernst zu nehmen. Alle diese Anschriften prallen an und Richter selbstverständlich ab. Unsere arbeitsreichen Tage und Wochen werden, da die Anschriften doch wenigstens gelesen werden müssen, nur noch arbeitsreicher. Sie dementieren aber, wie völlig subjektiv gefühlsmäßig und leidenschaftlich ein großer Teil des Publikums Stellung nimmt, übrigens eine Erziehung, die bei der Verhandlung ausschlaggebender Straftaten häufiger zu beobachten ist. Wie ich schon an dieser Stelle hervorgehoben habe, bin ich, sowohl meine Herren Richterkollegen, in völlig überparteilicher Weise gewillt, in diesem Prozeß das Recht zu finden, niemanden zu Sieben und niemanden zu Ende. Wir werden das tun, was nach § 261 der Strafprozeßordnung vorgeschrieben ist. Diese Vorschrift bestimmt, daß das Gericht nur aus dem Urteilgriff der Hauptverhandlung noch seiner freien Überzeugung zu entscheiden hat. Ich ersuche also das Publikum, derartige Anschriften an mich zu unterlassen, da sie zwecklos sind.

Darauf wird die weitere Zeugenvernehmung fortgesetzt.

Im Hochbetragsprozeß gegen die Reichswehrhoffnungs wird Beauftragter Erich Fuersten vom Artillerie-Regt. Nr. 8 in Steitzen als leichter Zeuge vernommen. Der Zeuge bestätigt, daß er Sudin seit 1928 kennt. Im November 1929 habe er von ihm einen Brief erhalten, in dem der Wunsch nach einem Zusammentreffen in Berlin ausgesprochen war. Ich dachte mir, so bestand Fuersten, es würde sich um eine persönliche Angelegenheit handeln und sagte deshalb zu. Sudin bestellte mich in das Weinlokal Rheingold, wo Sudin dann zusammen mit Oberleutnant Höhner erschien. Sudin fragte bei dieser Zusammenkunft, ob ihm darauf an den Gott der Wehrhaftigkeit und der vaterländischen Gefinnung wieder wohlgarufen. Es wurde dann weiter gefragt von den Parteien und da war es klar, daß uns die Parteien am nächsten ständen, die vaterländisch gestellt seien. Wie haben es dann auch für notwendig gehalten, uns über diese Parteien gefährlich zu informieren. So kamen wir auch auf die RSDAP zu sprechen. Wir waren uns darüber einig, daß diese Partei es ist, die uns gefinnungsmäßig am nächsten steht. Da aber ihre Sicht durch die gesetzte Presse nicht offiziell klar wurden, so auch davon geforcht worden, daß wir uns persönlich bei Nationalsozialisten informieren wollten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob nicht davon gesprochen worden sei, daß es im Laufe der nächsten Jahre an Gewalttaten kommen könnte, erklärte der Zeuge, ja wohl. Sudin bat dann gefragt, daß es nicht dazu kommen dürfe, daß durch die Reichswehr einmal die nationale Bewegung im Reim erstickt werde.

Zu gleicher Zeit meldet die polnische Presse wiederum aus verschiedenen Orten Brandstiftungen und Verhaftungen. Die Minderheitenpresse stellt fest, daß die Schließung der Minderheitsschulen dem Grundsatz des Minderheitenschulwesens widersetzt. In Stanislaw wurden im Zusammenhang mit der Liquidierung der Waffenverbände 18 Personen verhaftet. In Warschau erklärte, habe ihm der verstorbenen Oberstaatsanwalt Schalbach wenige Tage vor seinem Tode gesagt, er müsse eine vor dem Untersuchungsrichter gemachte Aussage richtig stellen; denn es sei nicht richtig, daß er Böh von gewissen städtischen Geschäften mit dem Okzidentenfreund gegeben habe. Er habe nur gelegentlich eines Privatgesprächs dem Oberbürgermeister gegenüber eine Aussage gemacht.

**Neue Ukrainer-Verhaftungen in Polen.**  
Ein Bombenanschlag.  
**Warschau.** (Funkspurk.) Die Voge in Okzidenten hat sich weiterhin angezeigt. In Tarnow, in der Nähe von Lemberg, wurde auf einen katholischen Friedhof, der sich neben der Kirche befindet, ein Bombe versteckt. Ein unbekannter Täter warf eine Granate in den Friedhof, die explodierte und 18 Personen verwundete. 2 Verdächtige wurden verhaftet. In Stanislaw wurden im Zusammenhang mit der Liquidierung der Waffenverbände 18 Personen verhaftet, darunter 2 Richter des polnischen Gerichts, zu deren Verhaftung die Erlaubnis des Appellationsgerichts in Lemberg eingeholt werden mußte, ferner ein Rechtsanwalt, ein Apotheker und einige Lehrerinnen.

Das Schulkuratorium in Lemberg hat die Schließung aller ukrainischen Gymnasien in Tarnopol und Nowotarsk angeordnet. Das Kuratorium beruft sich hierbei auf die Verordnung des Kultusministers vom 24. d. M. — Der polnischen Telegraphenagentur gab, die Schließung aller derzeitigen ukrainischen Schulen an, deren Söhlinge legendär in Sabotageakten verwickelt sein sollen.

Zu gleicher Zeit meldet die polnische Presse wiederum aus verschiedenen Orten Brandstiftungen und Verhaftungen.

Die Minderheitenpresse stellt fest, daß die Schließung der Minderheitsschulen dem Grundsatz des Minderheitenschulwesens widersetzt und eine Verlegung der Minderheitenschulverträge darstellt, umso mehr, als die Verurteilung von Minderheitensprechern der Minderheitenvertreter der Minderheiten gewöhnlich auf Grund von Polizeiprotoollen und Aussagen von Beamten der polnischen Polizei vorgenommen werden.

## Der Bericht des Abrüstungsausschusses

Ges. 29. September.

Der Abrüstungsausschuß hat den der Völkerbundssammlung vorzulegenden Bericht über die Abrüstungsfrage genehmigt. In diesem Bericht ist die angenommene Abschließung enthalten. Außerdem wird der Inhalt der von Deutschland vorgestellten Entschließung in ihren wesentlichen Punkten wiederholt und entsprechend dem Besluß des Ausschusses der Wunsch ausgesprochen, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 einberufen werde. Der deutsche Vertreter stimmte dem Bericht zu, fügte aber an, daß die deutsche Delegation sich bei der Abstimmung hinsichtlich der Entschließung in der Völkerbundssammlung der Stimme enthalten werde, da ihr kein festes Datum für den Zusammenseitt der Abrüstungskonferenz gegeben werde.

## Kommunistische Kundgebung in Berlin

Berlin, 29. September.

Als Gegendumstration zu dem geplanten, inzwischen abgesagten nationalsozialistischen Aufmarsch in Potsdam veranstalteten die Kommunisten gestern nachmittag im Lustgarten e. e. 2 Kundgebung. Auf der Schloßfreiheit entstanden einige Reibereien mit der Polizei, die den Durchfahrtsweg für die Autobusse freihalten wollte. Um die Menge nicht übermäßig zu erregen, wurde die Schutzpolizei zurückgezogen, der ganze Verkehr umgeleitet und dadurch größere Zusammenstöße vermieden. Der Widerstand der Demonstranten ging in geschlossenen Säulen nach den einzelnen Stadtteilen zurück. Dabei ereigneten sich keine Zwischenfälle.

## Zur Verhaftung Korfants.

Warschau, 29. September.

Die Verhaftung Korfants, des Führers der Christlichen Demokraten und ihres Abgeordneten des Schlesischen Sejms, ist, wie verlautet, auf eine Anzeige der Aussichtsbehörde, die der Oberschlesischen Bank zurückzuführen. Die auf Grund dieser Anzeige von der Staatsanwaltschaft vorgenommene Untersuchung soll zu der Feststellung geführt haben, daß Korfant

# Turnen - Sport - Spiel - Wandern.

## Länderspiel Fußballspiel Deutschland-Ungarn 5:3 (0:3).

### Eine enorme Energieleistung der Deutschen in der 2. Halbzeit.

Schon am frühen Morgen stand Dresden völlig im Zeichen eines großen Lages, das Völkerturnier Deutschland-Ungarn. Eine wahre Völkerwanderung begann schon etliche Stunden vor dem Spielbeginn nach dem DFB-Sportplatz im Ostseebad, die erst kurz vor Spielbeginn nachließ. Rund 40000 Zuschauer umstanden das Spielfeld, dessen Seiten Warten mit den Nationalflaggen von Ungarn, Österreich und Deutschland zierten. Kurz nach 8 Uhr nachts betraten unter den Rängen ihrer Nationalmannschaften ihrer Verbündeten die Ungarn und Deutschen, vom Publikum frenetisch begrüßt, den Platz. Bald darauf erzielten auch der österreichische Schiedsrichter Anderson. Die Ungarn hatten Anfang und gleich leicht ein besseres Kampfteam. Die Zuschauer hielten die heimischen Spieler, denen durch Ludwig ein erfolgloser Durchbruch gelungen war, durch Zurufe an. Bald war auch R. Hofmann wieder vom gegnerischen Tor, doch sein Schuss wurde von dem vorsichtigen Ungar verteidigt. In den folgenden Minuten verlor dann der Kampf ausgleichsreicher, bis wiederlich Albrecht einen guten Angriff einleitete, der jedoch von der ungarischen Verteidigung in leichter Gefahr abgewehrt werden konnte. Durch das von Anfang an technisch vorzüglich aufgebauten Spiel der Ungarn, kamen sie auch bald zu einer Tore, die sehr gut deziert waren, aber von dem Frankfurter Kreis gehalten wurde. Allmählich machte sich dann auch die bessere Technik der Ungarn bemerkbar. Sie brachten mehr System in das Spiel, zunächst allerdings ohne Erfolg, denn was nicht von dem in bester Form befindlichen rechten Verteidiger Schäf getestet wurde, fand Stoss in Kreis seinen Beauftragter. Ungarn erwangt einen weiteren Ball, jedoch ohne Erfolg, übernahm aber schließlich das Kommando, das es auch bis zur Pause nicht mehr abgab. In der deutschen Elf konnte zunächst der linke Verteidiger Burkhart nicht gefasst, auch Ludwig und sein Rebenmann Bachner auf dem rechten Flügel waren nicht auf voller Höhe. Auch die vierte Tore der Ungarn brachte nichts ein, doch wurde das Spiel der Ungarn immer flüssiger und überlegener. Schließlich wanderte der Ball von Mann zu Mann und kam schließlich zum halbdreiten Tafaz 2, der in technisch vollendeter Weise die gegnerische Verteidigung umspielte, und in der 28. Minute präzise in die rechte Ecke zum 1:0 für Ungarn unantastbar einsandte. Der Treffer wirkte für die Deutschen sichtbar bestimzend. Ihr Spiel fiel ab, während die Gäste ihre Leistungen weiter steigerten. Sieben Minuten später war es wiederum der unvermeidliche ungarische Halbdreite Tafaz 2, der nach einem gut vorgetragenen Angriff des ungedeckten Mittelflimmers zum zweiten Mal den Ball in die Waffen lenkte. Der Versuch der Zuschauermenge, die deutschen Spieler durch Zurufe angutzen zu können, mislang. Trotz allen guten Willens der Deutschen kam ein einheitliches Spiel nicht zustande. Burkhart und Bachner hatten verschiedene schwache Momente. Auch Ludwig als Stürmer zeigte seine überragenden Leistungen. Dagegen gefielen die Bäuerlein, aus der nur Berger etwas abfiel, und vor allem der vorsichtige rechte Verteidiger Schäf, der seinen Rebenmann Burkhart um vieles übertraute. Ungarns prächtiges Flügelspiel führte in der 40. Minute abermals durch einen Kopfball Tafaz 2 zum dritten Erfolg. Die restlichen fünf Minuten bis zur Pause brachten noch einige Angriffe der Deutschen, die nunmehr auch einen Ball erzielten, der zwar gut getreten, aber von Bachner nicht ausgewertet werden konnte.

#### Die große Halbzeit.

Beim Stand von 3:0 für Ungarn ging es mit wenigen Ausichten für Deutschlands Vertreter in die Pause. Auch im Publikum gab man der deutschen Elf keine Chancen mehr. Es kam aber — wie so oft im Fußball — ganz anders. Die Deutschen wurden — vom ungeduldigen Publikum angefeuert — zusehends besser und beißende wäre R. Hofmann erfolgreich gewesen. Kurz darauf entstand vor dem ungarischen Tor eine kritische Situation, die nur der recht eingetretene Torhüter Ungar hätte fassen können. Gleich darauf ging ein schwerer Schuß von R. Hofmann über die Latte. Auch R. Hofmann, der besonders gut abgedeckt wurde, konnte aus bedrohter Stellung das Leder nur neben das Netz leiten. Die Deutschen beherrschten jetzt vollkommen das Spiel. Das Publikum ging mit ihnen. Wer nicht gänzlich zögerte, fand freilich Gnade bei den Zuschauern, und als sich Ludwig bei einem Zusammenspiel mit einem der Ungarn erheblich verlegte, und mehr oder weniger nur noch als Statist wirkte, wurde aus der Menge der Ruf nach dem Internationalen Saengerlaut. Nachdem der ungarische Mittelflimmer Turay sich bei einem Zusammenspiel mit Schäf verletzt hatte, verschwand er auf kurze Zeit vom Spielfeld. Fast gleichzeitig löste auch Ludwig aus, der geräume Zeit pausieren musste. Der wiederum energisch vom Publikum verlangte Eckenheim als Eratz für Ludwig fand aber beim Bundestrainer keine Beachtung. Nach einer erfolglos verlaufenen Aktion der Deutschen nahm R. Hofmann das Leder auf und in einem drückigen Alleingang brachte er unter tosendem Beifall der Menge Deutschlands Elf in der 68. Minute zum ersten Erfolg. Dies war das Zeichen für eine enorme Anspannung aller Kräfte der deutschen Völkermannschaft. Mit aller Energie wurde Angriff auf Angriff vorgetragen, und der verdiente Erfolg lag auch nicht lange auf sich warten. Ludwig, der wieder eingesetzten war, singt auf Einwachsen seinen Posten übernahm R. Hofmann, keineswegs zum Recht der deutschen Elf, die in der 68. Minute nach einer Kombination Bachner — R. Hofmann zum zweiten Treffer kam. Endloser Jubel der Zuschauer ging über den Platz und riss die deutschen Spieler mit sich. In der 72. Minute belohnte Ludwig auf Einwachsen einen guten Ball vorgelegt, den er aus der Luft aufnahm und zum Ausgleich verwandelte. Der Beifall kannte keine Grenzen mehr. Die Ungarn erschienen völlig erschöpft, und ein sauberer Angriff der Deutschen endete mit einem Kopfball Bachners im ungarischen Tor. 4:3 für Deutschland. Die Stimmung stieg ins Unermeßliche. Ungarns Spieler befreiten sich nun auch wieder auf ihre Pflichten und brachten nach wieder dem System in ihre Angst. Deutschland zog R. Hofmann in die Verteidigung zurück, um den Druckpunkt zu halten. Über nicht genug damit, in einem aufzugebenden Gebränge vor dem ungarischen Tor erzielte R. Hofmann, nachdem die Situation schon fast geklärt waren, den Ball und lenkte zum fünften Treffer für Deutschland ein. Der einspiende Beifall glich einem Orkan, der kein Ende nehmen wollte. Der Sieg der Deutschen stand nun fest, denn nur noch fünf Minuten Spielzeit sonnte keine wesentliche Veränderung mehr bringen. Ungarn bot zwar alles auf, um das Ergebnis für sich günstiger zu gestalten, jedoch unter einer gefährlichen Situation vor dem deutschen Tor gehoben bis zum Schlussspiel nichts mehr. Auf den Grünflächen

der begeisterten Sportanbänger verließ die deutsche Mannschaft unter nicht enden wollendem Beifall des Publikums den Platz.

#### Die Kritik.

Ein kleiner Raum sei auch noch der Kritik vorbehalten. Hier ist in erster Linie der vorzügliche Schiedsrichter Anderson-Rosenberger zu berücksichtigen, der das Spiel, abgesehen von einigen Kleinheiten, von Anfang bis zu Ende in der Hand hatte. Wenn mit zwei seiner Entscheidungen (Straffällig für Ungarn) das Publikum nicht ganz einverstanden war, so befand es sich eben im Irrtum. Das Eincreffen war durchaus richtig. — Nun zu den Ungarn. Sie konzentrierten durch ihr ständiges Zusammenstoßen und waren zumindest in der ersten Halbzeit ihrem Gegner weit überlegen. In ihrer Mannschaft gab es eigentlich keinen schwachen Punkt. Wenn nach der Pause an dem Rahmen eintrat, so lag es weniger an Ihnen, als an dem Siegerwillen des Wegners, der sich nicht beugen wollte. Ihr Spiel war im großen und ganzen einwandfrei, kleinere Ausnahmen sind eben unvermeidlich. — Ein ganz besonderes Lob verdient aber die deutsche Mannschaft, die von einem Siegerwillen beeinflusst war, den man nur höchst selten findet. Nicht ganz in den Rahmen der Geläufigkeit der Elf passte lediglich Burkhart, der in der ersten Halbzeit stark verlagerte, füllte aber schließlich auch mit fortwährend wurde, und als Verteidiger seinen Mann sollte. Nicht völlig befreit konnte auch Burkhart, dem als Stürmischer einige Fehler unterließen. Zum Schlussspiel war aber auch an ihm nichts mehr zu tadeln. Vorzüglich waren Beindorfer und Heidkamp in der Verteidigung, Beindorfer erreichte deren Rennen bei weitem nicht. Im Sturm waren die beiden Hofmanns auf dem linken Flügel ihren rechten Nachbarleuten Bachner und Albrecht an Technik und Routine etwas voran. Das Schlusspiel war bis auf den bereits erwähnten Burkhart ausgeszeichnet besetzt. Krebs im Tor entsprach allen Anforderungen.

Der Sieg der Deutschen war verdient, wenn dabei auch nicht verkannt werden soll, daß die technisch bessere Verteidigung auf Seiten der Ungarn lag. Der enorme Siegerwillen der deutschen Elf und der mit aller Energie durchgeführte, aufreisende Kampf ließ jedoch die gute Technik des Wegners etwas zurücktreten, sodass man darauf wohl von einem verdienten Sieg auch in der erreichten Höhe sprechen darf.

#### Der Sternlauf

### Zum Zwingerhof in Dresden als Auftakt zum Länderspiel Deutschland gegen Ungarn.

Als Auftakt zum Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Ungarn präsentierte der Gau Sachsen im VMBB einen äußerst wohlgelungenen Sternlauf nach Dresdens historischen Zwingerhof. In fünf Einzelstrecken unter Vorantrieb je einer Musikkapelle zogen die rund 5000 Teilnehmer im schwulen Sportdress in den Zwingerhof ein. Hierunter befanden sich auch eine Ansahl Jugendlicher der bislang Sportvereine, wo sie im Bereich aufmarschierten. Der Gauvorsteigender Hünger-Dresden entbot in einer feierlichen Ansprache dem Deutschen Fußball-Bund den Gruss des Gaues Sachsen im VMBB. Der 1. Vorsitzende des DFB, Linnemann sprach anschließend seinen Dank für den überaus freundlichen Empfang in Sachens Landeshauptstadt aus und gedachte im weiteren Verlauf seiner Rede ganz besonders der deutschen Jugend und deren Liebe zum Sport, der sich gerade der DFB, seine Unterverbände und Vereine nicht genug annehmen können, um auch für die Zukunft gerüstet zu sein. Nach einem Musikkortett der Steinswehrkapelle sang die schlichte Seier mit dem Deutschlandlied aus.

### 30. Tagung des Deutschen Fußball-Bundes in Dresden.

#### Der Empfang durch die Stadt.

Der Festtag am Vormittag im Deutschen Hygiene-Museum in Dresden des DFB, schloß sich 1 Uhr nachmittags ein Empfang durch den Rat der Stadt Dresden im Festsaal des Neuen Rathauses. In Vertretung des Oberbürgermeisters entbot Stadtbaurat Dr. Wolf den Gästen aus Ungarn und den deutschen Teilnehmern einen herzlichen Willkommenstrunk in der Oberstadt. Im Auftrage der Regierung hielt Konsul Voigt die ungarische Völkerfußballmannschaft und die Begleiter in Dresden willkommen. Unschließbar nahm der Vertreter des ungarischen Fußball-Bundes Tábor, zugleich im Namen der ungarischen Nationalmannschaft, Gelegenheit, den Dank für den herzlichen Empfang auszusprechen. Schließlich dankte auch der 1. Vorsitzende des DFB, Linnemann, dem Rat der Stadt für den feierlichen Empfang. Mit einem lauten Jubel und einer sich anschließenden Rundfahrt für die Gäste durch die Stadt schloß der Festakt ab.

#### Die Arbeitstagung

#### im Festsaal des Hygiene-Museums.

Völklich 1/4 Uhr nachmittags wurde am Sonnabend unter Beteiligung des 1. Vorsitzenden des DFB, Feliz Linnemann, Berlin, die eigentliche Arbeitstagung des Deutschen Fußball-Bundes mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Befreiung der Anwesenheitsliste. Entgegennahme der Berichte des Bundesvorstandes und der Ausschüsse. 2. Berichte der Kassenprüfer. 4. Entlastung des Vorstandes und der Ausschüsse. 5. Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse. 6. Aufstellung des Haushaltplanes. 7. Saisonaänderungen. 8. Allgemeine Anträge. 9. Ortswahl für den nächsten Bundesitag. 10. Verschiedenes.

Bundestag wurde die Anwesenheitsliste aufgestellt, nach der insgesamt 98 Stimmen vertreten waren. Davon entfielen auf Süddeutschland 31, auf Westdeutschland 27, auf Mitteldeutschland 27, auf Norddeutschland 9, auf den Brandenburgischen Verband 8, auf Südostdeutschland 6 und auf den Baltenvorstand 4 Stimmen. Bei der Entgegennahme der Berichte des Bundesvorstandes und der Ausschüsse, 2. Berichte der Kassenprüfer, 4. Entlastung des Vorstandes und der Ausschüsse, 5. Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse, 6. Aufstellung des Haushaltplanes, 7. Saisonaänderungen, 8. Allgemeine Anträge, 9. Ortswahl für den nächsten Bundesitag, 10. Verschiedenes.

Bundestag wurde die Anwesenheitsliste aufgestellt, nach der insgesamt 98 Stimmen vertreten waren. Davon entfielen auf Süddeutschland 31, auf Westdeutschland 27, auf Mitteldeutschland 27, auf Norddeutschland 9, auf den Brandenburgischen Verband 8, auf Südostdeutschland 6 und auf den Baltenvorstand 4 Stimmen. Bei der Entgegennahme der Berichte des Kassenprüfers, die gebracht vorlagen, entpans sich eine längere Diskussion und Kritik am Spieldienst und engeren Vorstand. Es folgte dann der Bericht der Kassenprüfer, der mit einem Saldo von 270.974,20 Mark abschloss. Der aufgestellte Haushaltplan wurde einstimmig genehmigt.

Eine vielseitige Debatte brachte der Punkt Saisonaänderungen. Zuerst wurde Westdeutschlands Antrag beinhaltet, der die Amateurtage und die Schaffung eines

Berufsspielerliga betraf, und den Rechtsanwalt Järla sehr eingehend begründete. Rechtsanwalt Schmidt (Bundesvorstand) schlug zur Klärung der Frage vor, diese unter Berücksichtigung folgender drei Gesichtspunkte zu behandeln, nämlich: 1. „Ist die Einführung eines Statutes für das Berufsspielertum überhaupt erforderlich?“ 2. „Besteht die Notwendigkeit, die Amateurtage zu bereinigen?“ 3. „Welche Maßnahmen in dieser Frage sind sonst noch erforderlich?“ Der Vorschlag wurde angenommen, und zunächst nahm Dr. Riebold (Norddeutschland) das Wort dazu und brachte zum Ausdruck, dass sein Verband die Anträge des VSB mit allem Nachdruck ablehne. Bräuer (Westdeutscher Verband) sprach sich in gleicher Weise aus und erklärte, dass der VSB sich lediglich dem VSB-Antrag auf Schaffung einer Kommission zur Überwachung des Amateurtages im DFB anstelle. — Kardinal (Süddeutschland) ging sehr eingehend auf die Amateurtage ein, unter Betonung, dass der SV schon seit langem gegen Überinterpretation der Amateurbestimmungen eingetreten sei. Seine Ausführungen gipfelten darin, dass auch der SV den Antrag des VSB auf Einführung des Berufsspielertums ablehne. Mit besonderem Nachdruck wies er darauf hin, dass der vorgeschlagene Weg keinesfalls geeignet sei, den Auswirkungen wirtschaftlich zu begegnen. Er stieg vor, die Spezialsäge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage anzupassen. Häßler (Mitteldeutschland) betonte, dass sein Verband gewillt sei, ernsthaft an der Bereinigung der Amateurtage mitzuwirken. Auch trat er dafür ein, dass in Rot geratenen Spielern unter Kontrolle des betreffenden Verbandes wirtschaftliche Hilfe erzielt werden dürfe, ohne dass diese zu Berufsspielern erklärt würden. Dr. Martin (Brandenburgische Verband) erklärte, dass die Vereine seines Verbandes ebenfalls die Anträge des VSB ablehnen, da diese nicht geeignet seien, die Zustände zu bereinigen. Rechtsanwalt Järla (Westdeutschland) trat mit einer stark satirischen Rede nochmals mit aller Schärfe für den Antrag des VSB ein. — Kurz nach 8 Uhr abends, nachdem eigentlich so gut wie keine Rücksicht erfolgt war, wurde ein Antrag auf Schaffung der Generaldebatte mit 71:27 Stimmen angenommen. Nunstorf stimmte man über den Vorschlag ab: „Besteht die Notwendigkeit, die Amateurtage zu bereinigen?“ Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zu Punkt 2 über die Schaffung eines Statutes für das Berufsspielertum wurde ein Geschäftsvorbericht Järla angenommen, darüber zu beraten, ob die Spezialfälle erheblich zu vermindern seien. Der Antrag wurde nun unter Verzug eines weiteren Antrages bei geschäftsführenden Vorständen, der dahingehend, die Spezialfälle der derzeitigen wirtschaftlichen Lage anzupassen, in langwieriger Ausführungen behandelt.

Schließlich stellte der Vorstand von sich aus fest, dass eine Einigung nicht mehr möglich war. Die Debatte wurde zwar fortgesetzt, doch machte sich die vorgerückte Stunde in einer allgemeinen Er müdigung bereits erheblich bemerkbar. Der Antrag des VSB verlor schließlich mit 57:31 Stimmen der Ablehnung. Dafür stimmten lediglich der westdeutsche und der Baltenvorstand. Jedoch auch der Antrag des geschäftsführenden Vorstandes wurde ebenfalls mit 58:40 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten Korb und Westdeutschland und der Baltenvorstand. Eine Resolution des VSB, repräsentative Spiele auf ein extragisches Maß herabzumindern, fand mit 46:39 Stimmen Annahme. Mitteldeutschland batte sich der Stimme enthalten. Ein neuer Antrag Westdeutschlands „Jede Verebung gegen die Amateurbestimmungen wird einer neu zu schaffenden, aus fünf Personen bestehenden Kontroll-Kommission zur Untersuchung und Aburteilung unterbreitet, sowie der Vorschlag, dass in jedem Falle das Bundesgericht zweite Instanz bleiben soll, wurde mit 40:58 Stimmen (Zweitvertretlichkeit erforderlich) abgelehnt. Nach abermaliger, fast endloser Debatte über die Einstellung der Amateurtage, fand ein Vorschlag des Vorsitzenden Linnemann, hingehend, dass sich die Vertreter der sieben Landesverbände zu einer internen Beratung über diese Frage zusammensetzen, Annahme. — Anschließend wurde die Tagung jedoch fortgesetzt. Die vom Bundesvorstand und geschäftsführenden Ausschuss eingebrachten Anträge auf kleinere, notwendige Saisonaänderungen redaktioneller Art, wurden ohne Aussprache angenommen. — Es folgte die Entlastung des Vorstandes, nach der Rechtsanwalt Järla im Namen aller Beteiligten dem Vorstand den verdienten Dank aussprach.

Die Neuwahlen brachten die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und sämtlicher Ausschüsse.

Die Wahl des nächsten Tagungsortes unterblieb, da der Bundesvorstand von sich aus den Ort der Tagung für 1931 selbst bestimmen will.

Kurz nach Mitternacht feierten die Vertreter der Landesverbände von ihrer inneren Tagung zurück. Rechtsanwalt Schmidt (Bundesvorstand) teilte mit, dass in der Sondertagung eine Einigung der Verbände über die Amateurtage erzielt worden sei. Man einigte sich auf eine Wänderung des § 74 der Saisonen (siehe Beilage Anträge), wonach bei allen Verbänden gegen die Amateurbestimmungen jedes Verbandsbericht als 1. Instanz einzureichen muss. 2. Instanz bleibt das Bundesgericht. Auf Antrag eines Landesverbandes kann jedoch auch das Bundesgericht als 1. Instanz angesehen werden. In diesem Falle verzerrt der geschäftsführende Vorstand die 2. Instanz — für die Spezialfälle § 66 der Saisonen (siehe Beilage Anträge) einigte man sich darin, dass die Höchstjahr des DFB, feinesfalls überschritten werden dürfen. Die Landesverbände sind jedoch von sich aus berechtigt, die Spezialfälle verabszuziehen. Darlehen, Geschenke usw. an Spieler dürfen nicht gewährt werden. Mit 66:28 Stimmen bei vier Enthaltungen wurde dieser Antrag angenommen. — Der Antrag, die Spielpausen auf jede Woche, beginnend am Sonntag nach dem DFB-Weltmeisterschaftsspiel, festzulegen, beschwore abermalig eine sehr lange Debatte herauf. Schließlich nahm man ihn aber noch einstimmig an. Guletz erklärte dann noch der westdeutsche Verband, dass er seinen Antrag auf sofortige Einführung eines Statutes für Berufsspieler unter Kontrolle des DFB zurückziehe. Damit entfielen auch sämtliche weiteren Anträge und kurz nach 1 Uhr morgens war der Vorstand in der Lage, die Tagung für geschlossen zu erklären, und allen Beteiligten den herzlichen Dank für ihre Mitarbeit und Ausdauer auszusprechen.

### Das große internationale Motorradrennen ... Berlin.

Die Motor-Rennen um den Großen Preis von Deutschland wurden an einem großen Publikumserfolg. Etwa 100000 Zuschauer umstanden die Rennstrecke. Im Rennen selbst gab es zahlreiche Defekte, von denen gerade die Favoriten betroffen wurden, so muhten u. a. Bullen, Baubotter und der weitauß schnelle Mann, Hanley (England) auf. Sein Sieger blieb mit einem Stundenschnitt von 141,2 km der in der größten Menge gekreiste Breitblauer Guibot auf BMW. In den nächst niedrigeren Kategorien lagen der Engländer Simcock auf Motocross, Kinde-Saam auf NSU und der Italiener Rosso auf Guzzi.

## 31. Kreisturntag der Sächs. Turnerföderation in Annaberg.

Die Kreisstadt Annaberg im Erzgebirge hatte den 31. Kreisturntag der Sachsenturner ausgerichtet. Die Stadt prangte im Praggensturm. Schon am Freitag fand sich der Kreisturnrat zu einleitenden Beratungen ein, denen ab am Sonnabend vor Tagungseröffnung Sitzeungen der Fachauschüsse anschlossen. Dr. Thiemer, der 1. Kreisvertreter, eröffnete die bedeutungsvolle Tagung unter besonderer Begrüßung der Vertreter der lädt. Ministerien, Regierungsrat Thiele, des Amtshauptmannschaft Annaberg und der Kreishauptmannschaft Chemnitz. Dr. Rau, sowie der 1. Vorsitzende der DL Staatsminister a. D. Dominicus nebst Vertretern der Stadt und der Tagespresse zu nennen sind. Der Kreisleitung wurde einstimmig durch Annahme der Rechte Entlastung erteilt. Mit großer Spannung wurden die Debatten über die Grobauträge verfolgt, die darin endeten, daß es von 238 Stimmberechtigten 219 für die Grobauträge ausprächen und somit die Anträge des ehemaligen 16. vogtl. Turnaus abgelehnt wurden.

Vor über 2000 Gästen gab ein Begrüßungssabend in der Festhalle dem ersten Tag der Beratungen einen würdigen Abschluß.

Am Sonntag vormittag wurden die Beratungen fortgesetzt. Eine rege Ausläuferei entpannte sich über das Finanzgebaren des Kreises. Die zahlreichen Vorschläge fanden durchweg Annahme. Unter der Verstärkung der Herabsetzung des Beitrags, wurde ein Abkommen im Haushaltplan notwendig, der dann angenommen wurde. Bei den Wahlen ergab sich die Wiederwahl des 1. Kreisvertreters Dr. Thiemer-Dresden, des Kreisoberturnwartes Schneiders-Leipzig, des Kreisrechtsbeirats Dr. Weiß-Dresden, des Kreisfranzenwartes Schröter-Bitterfeld, des Kreisturnwartes Blaubeuren-Dresden, des Kreisfeuerwartes Weinhuber-Dresden, des Kreisfeuerwartes Schubert-Leipzig, des Kreisfeuerwartes Winter-Leipzig. Das Kreisturnfest 1935 findet in Leipzig, der Kreisturntag 1931 in Meissen statt. Das Schlusswort hielt Staatsminister a. D. Dominicus.

## Fußball in Sachsen am Sonnabend.

### Ost Sachsen.

Brandenburg Dresden gegen Breiten Chemnitz 5:1 (1:0). Spielvereinigung Dresden geg. SG Groß-Rapina 3:2 (2:0). SG Ring-Greifenhain 0:2 Dresden gegen Radebeuler SG 2:6 (1:2).

### Mittel Sachsen.

Chemnitzer Ballspiel-Club gegen Guts Muts Dresden 1:4 (0:3).

Vor über 4000 Zuschauern begegneten sich am Sonnabend in Chemnitz auf dem EBC-Sportplatz beide Mannschaften in dem seit längerer Zeit abgeschlossenen Geißelkampfspiel. Der EBC hatte seine kräfte Gis zur Stelle, während Guts Muts auf Sackenbaum und Böhme verzichtet hatte. Die Dresdner nahmen das Spiel von Beginn an recht ernst und gewannen auch bald die Oberhand. Mit einem Vorsprung von 3:0 gingen sie in die Pause. Nach dem Seitenwechsel strengten sich die Chemnitzer enorm an, ohne daß es ihnen jedoch gelang, den Verlust aufzuholen. Bedingt durch den Treffer war ihnen verloren. Mit einem verdienten 4:1 Sieg konnte Guts Muts die Heimreise antreten.

## Richtmeister-Tagung in Hannover

am 20. und 21. September 1930.

Die Reichsfachgruppe der Richtmeister im Deutschen Werkmeisterverband Sie Düsseldorf hielt am 20. und 21. September 1930 in Hannover ihre diesjährige Reichs-Fachgruppe-Tagung ab, die sich eines sehr guten Besuches erfreute. Aus fast allen Orten des Reiches, an denen Richtmeisterlehrschule sind, waren Delegierte erschienen, um an den Beratungen teilzunehmen und wichtige Beschlüsse zu fassen. Geschäftsführer Hönninger, Düsseldorf, erstattete den Geschäftsbericht, auf welchem eindeutig das Einwachen der Mitgliedschaft in der Berichtszeit hervorging, außerdem aber auch den weiteren gefundene Stand der Bewegung überhaupt wie auch die Leistungen der Reichsfachgruppe im DFW erkennbar wurde. Über diese Themen äußerten die Delegierten ihre Bekleidung verbunden mit dem Wunsche auch in Zukunft die Belange der Richtmeister in bekannter und auerkannter starker Weise weiter zu vertreten.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahmen die Anträge ein, die gründlich und eingehend durchberaten wurden. Sie enthalten u. a. Forderungen der Richtmeister in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht, insonderheit wird die Einbeziehung in das Angestelltenverhältnis verlangt und zwar in vollkommenem Weise genöthigt den arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen. Besonders wurde darüber geführt, daß zahlreiche Firmen die rechtliche Stellung des Richtmeisters verfehlten und verlangt, daß der DFW mit seinen vorläufigen Einrichtungen hier unter Anwendung aller zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln auf Abänderung drängt.

Die nächste Reichs-Fachgruppen-Tagung findet in Sterkrade statt.

## Rundfunk-Programm.

Dienstag.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.30: Funk-Gymnastik. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Frühstückskonzert. — 10.00: Schulfunk. — 10.30: Die Dienststunde für den Kaufm. — 14.00: Radiospiel-Konzert. — 15.20: „Schein und Wirklichkeit auf der Bühne.“ — 15.40: „Individuallipologie im Rhythmus-Territorium.“ — 16.05: Programm der Mittwochen Abteilung. — 16.30: Cornell van Doestzer. — 17.30: Jugendstunde. „Die Waldbiographie beginnt.“ — 18.00: Bücherstunde. „Französische Neuerscheinungen.“ — 18.55: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. — 19.00: Unterhaltungsmusik. — 20.35: Uraufführung: „Die Geschichte vom Franz Biberkopf.“ Hörspiel nach dem Roman „Berlin Abendpost“ von Alfred Döblin. — 22.10: Politische Zeitungs-Jahnu. — Danach: Wetter, Tages- und Sportnachrichten.

8.45: Zeitungsfrage. — 8.30: Funk-Gymnastik. — 8.55: Wetterbericht. — 7.00: Frühstückskonzert. — 10.00: Schulfunk. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schulpflicht-Konzert. — 14.30: Kinderstunde. — 15.00: Gymnastik. — 15.30: Wetter- und Wörterbericht. — 16.00: Didaktischer Kurs. — 16.30: Übergabe des Nachmittagskonzertes Leipzig. — 17.30: Dienststunde für die Gesundheit. — 18.00: Große Nachrichten: Dörflein. — 18.30: Französisch für Anfänger. — 19.00: Deutsche Redefunk. — 19.30: Die deutsche und österreichische Berichtung. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Aus dem großen Saal der „Blinde“, Bremen: Konzert. — 22.10: Politische Zeitungs-Jahnu. — Danach: Wetter, Tages- und Sportnachrichten.

## Vermischtes.

**Gesamtall im Hunsrück.** Am Sonntag nochmals fiel in den Bergen des Hochwaldes vom Kreispostamt bis nach Hermeschütz der erste Schnee. Während er in den tiefen Lagen sofort schmolz, setzten die ausgedehnten Tannen- und Buchenwälder auf den Bergeshöhen gegen Abend ein fast winterliches Aussehen. Die Temperatur auf den Höhen über 800 Meter ist fast bis zum Gipfelpunkt gesunken.

**Gin ungelernter Buchhalter verhaftet.** Am Sonntag abend wurde in Wesseling ein Buchhalter der landwirtschaftlichen Bezugs- und Abnahmengesellschaft in Brühl, der sich seit mehreren Jahren große Unterschlägereien hat auszuhallen kommen lassen, festgenommen. Die Höhe der Unterschlägereien steht noch nicht fest. Der festgenommene gibt als veruntreute Summe 60 000 bis 60 000 Mark an.

**Der weitere Verhaftungen in der meißnischen Falschmünzeraffäre.** In der Angelegenheit in seinem Heimatdorf Plate bei Schwarzenbach verhafteten Falschmünzer Bruno Eggers, der mit sachmäßig eingerichteten Maschinen falsche Münzmarkenstücke herstellte, wurden drei weitere Personen verhaftet. Es sind dies der in Reckendorf-Schleife ansäßige Schlossermeister Karl Wenzler, seine Ehefrau und sein 20-jähriger Sohn. Eggers hatte im Hause der Familie Wenzler in Reckendorf-Schleife mit ihrer Hilfe lange Zeit seine Werkstatt betrieben. Die bisher in dieser Sache verhafteten sechs Personen wurden dem Untersuchungsfängnis in Schwerin zugeführt. Alles belastende Material wurde vom Landeskriminalamt Schwerin beschlagnahmt.

## Erhöhung des Weizenzolles

Berlin, 29. September.

Angesichts des ungewöhnlich starken Absinkens des Weizenpreises am Weltmarkt hat die Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung im Gesetz zum Schutz der Landwirtschaft vom 10. April 1930 den Zollzoll für Weizen von 15 RM auf 18,50 RM je Doppelzentner mit Wirkung vom 28. September erhöht. Die entsprechende Verordnung ist im Reichsanzeiger vom 27. September veröffentlicht.

## Billiges Fleisch für die Minderbemittelten

Berlin, 29. September.

Das zollfreie Geflügelkontingent ist bekanntlich am 1. Juli zur Geltung gekommen. Auf Rücksicht auf die starke Beliebtheit des Handels wurden auf Grund der im Gesetz vorgesehenen Übergangsfrist noch bis zum 30. September 12 500 Tonnen Geflügelzoll zur zollfreien Einsicht zugelassen. Entsprechend einer Erklärung, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei der Beratung des Gesetzes abgegeben hat, wird die Reichsregierung, nachdem sämili beteiligten Kreise gehört sind, vom 1. Oktober an folgende vorläufige Regelung in Kraft legen: Die Minderbemittelten in den Gemeinden, denen bisher zollfreies Geflügelzoll zugewiesen war, erhalten künftig Gutscheine zum verbilligten Bezug von Geflügelfleisch. Auflage der Gemeinden ist es, den Kreis der wirklich Minderbemittelten festzustellen. Die Verwendung soll 20 Pf. pro Pfund betragen. Die erforderlichen Geldbeträge werden den Gemeinden durch die Reichsregierung übermittelt.

## Handel und Fleischwirtschaft.

Weitere Heraufsetzung der Treibstoffpreise. Der weitere Rückgang der amerikanischen Exportpreise für Benzin und die Schwäche des Tankfrachtenmarktes haben die großen Betriebsstoffgesellschaften veranlaßt, mit Wirkung vom 29. September 1930 eine weitere Preiserhöhung für Benzin (mit Ausnahme von Berlin und Hamburg) um 1 bis 2 Pfennig einzutreten zu lassen. Gleichzeitig haben sich die Gesellschaften Benzol-Verband G.m.b.H. Bodum, Benzoleverbindung des Ostens G.m.b.H. Berlin, Deutsche Gasolin A.G. Berlin, Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, Hamburg, Rhenoia Oflag Mineralölwerke A.G. Hamburg, Oleg Deutsche Benzol- und Petroleum G.m.b.H. Berlin, Allgemeine Ölhandelsgesellschaft m.b.H. Hamburg, Reichsstraßenfond G.m.b.H. Berlin, entschlossen, aus der Betriebsstoffkonvention auszutreten, da der verstärkte Wettbewerb zu einer auf die Dauer unhaltbar gewordenen Durchdringung der Konventionsbestimmungen geführt habe.

	Wasserstände	28. 9. 30	29. 9. 30
Moldau:	Komotau	+ 24	+ 26
	Modran	- 60	- 60
Elbe:	Laun	- 28	- 32
	Hamburg	- 6	+ 10
	Brandenburg	+ 20	+ 18
	Wienitz	+ 46	+ 36
	Leitmeritz	+ 64	+ 62
	Lužig	- 8	+ 2
	Dresden	- 168	- 162
	Riesa	- 108	- 108

	Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, laut pro 100 kg in Reichsmark.
Reis, mährischer	222,00—225,00
per September	232,00
per Oktober	241,00—242,50
per Dezember	256,00—266,00
per März	270,00
Lendenz:	jezt
Mais, mährischer	149,00—150,00
per September	164,00
per Oktober	166,00—168,00
per Dezember	181,00—179,50
per März	194,00—192,50
Lendenz:	ruhig
Gerste/Brau	198—220
Butter- u. Industrie-Gerste	172—184
Wintergerste, neue	—
Lendenz:	ruhig
Hafer, mährischer, alt	147,00—158,00
do. neu	—

Die wiederum schwachen Auslandsmeldungen blieben an der heutigen Rohstoffbörsen ohne Einfluß. Aufgabe der überaus lebendigen Börse erfolgten Erhöhung des Weizenzolles hat sich das Inlandsangebot von Weizen zur Kauf- und Waggonsverladung stark verringert und es mußten für prompte Ware etwa 4 Mark höhere Preise als am Wochenende bewilligt werden. Um handelsrechtlichen Lieferungsmarkt betrugen die Weizensätze 2%, bis 5 Mark, wobei die größere Kaufaufträge momentan für die späteren Sichten z. B. auch die Preisrechnung vorlagen. Die Roagenerie-

## Marktberichte.

**Deutschlandische Warenbörsen im Grenzbereich.** Sonnabend, den 27. September 1930. Wetter: Regen. Stimmung: flau. Heute gezahlte Preise (für 50 kg in Reichsmark):

Waren	Werte	Werte	
(24 kg) 10,80—10,90	Wiesenweizen u. Roggen	0,90—1,00	
do. neu	7,20—7,40	Wiesenweizen, 60%	23,00
		Wiesenweizen, 60%	18,25
		Wiesengräser	6,40—6,60
		Wiesengräser	8,20
Hafer, alt	8,70—9,60	Wiesenflocken (Kunststoffm. 55. Rott.)	5,80—5,50
do. neu	7,20—7,70	Wiesenflocke (Kunststoffm. 55. Rott.)	5,20—5,40
Mais, Mais	13,50	Wiesenflocke, in Säcken	—
Mais, Paprika	14,50	in Säcken	in einzelnen Stk. 2,50—3,00
Haferflocke	14,60		
Wiesenbau, alt	2,70—3,20		
Getre, Haferstroh	0,90—1,00		

**Auf dem Grebenheimer Wochenmarkt.** Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Kepfi, 10—30 Pf., Süßkraut, 15—20 Pf., Preiselbeeren, 45 Pf., Bittere, 20 Pf., Birnen, 10 bis 25 Pf., Bohnen, grüne, 20 Pf., Butter, 50—55 Pf., Eier, 13 Pf., Käsebrot, p. P., 40 Pf., Schellfisch, o. Käse, 80—85 Pf., Schellfisch, 120 Pf., Blattwurst 80—140 Pf., Butterwurst 120—160 Pf., Grünlinge, grüne, 80 Pf., Kartoffel, 10 Pf., Rüben, 10 Pf., Karotten, 8—10 Pf., Kohlrabi, 20—40 Pf., Rotkraut, grünes, 8—10 Pf., dgl. holländ., 10 Pf., Weißkraut, grünes, 5—8 Pf., Weißkraut, 8—10 Pf., Meerrettich, 80 Pf., Blüten 10 Pf., Rüben 85 Pf., Blumenkohl, 45 Pf., Gemüse, 25—30 Pf., Sanddörrchen 25—30 Pf., Radis, 20 Pf., Radieschen 10 Pf., Rettiche, 15 Pf., Sellerie, Käse 10—15 Pf., Spinat, 15 Pf., Tomaten, 10—15 Pf., Weintrauben, 85 Pf., Spargel, 35—75 Pf., Grünkohl 10 Pf., Reh 40 Pf.

## Bericht über den Schlachtviehmarkt am 29. September 1930 zu Dresden.

	Schlachtviehgattung und Wertstufen	Stufen	Stufen
<b>Winder:</b> A. Löwen (Auftrieb 110 Stück):			
1. Vollf., ausgemästet, höchsten Schlachtw.	1. junge	55—62	109
2. sonstige vollfleischige			

## Die Staatliche Lehrschmiede zu Dresden. zu ihrem 150jährigen Bestehen.

Von Direktor Dr. med. vet. et. phil. W. Fischer.

Ab. Im 18. Jahrhundert fanden die Gründungen der Tierarzneischulen, zuerst in Bonn, dann in Altona und zuletzt in Deutschland statt; sie waren der Anfang der tierärztlichen Ausbildungsbauten.

Zu diese Anfängen waren Schmieden angegliedert, weil damals die Hufbeschlagslehre zu den Hauptfächern der Tierarzneiwissenschaft gehörte. In Sachsen hatte bereits seit 1774 der Chirurg Christoph Weber auf dem Seiterischen Grundstück am Stadtgraben, gegenüber dem Hospital St. Jacob, vor dem Wildbrüder Tore eine Tierarzneischule errichtet, die wirklich noch Prinzipalstätte war. Das heutige St. Jacobs-Hospital ist das jetzige Stadthaus am See 2, Ecke der Kämmenstraße. Das Webersche Grundstück lag also dort, wo gegenwärtig das Hauptgebäude, Ecke der Kämmenstraße und am See, steht.

Prüfungen von Hufschmieden haben unter Weber schon vor 1780 stattgefunden, wie die "Dresdener Werkwürdigkeiten vom Jahre 1775 und 1776" berichten.

Das Webersche Grundstück wurde mit sämtlichem Inventar vom Staat für 4500 Thlr. laut "Höchstes Recript vom 7. Oktober 1780" angekauft und somit ist der 7. Oktober der Gründungstag der vormaligen Tierarzneischule, damit aber auch der bereits von Weber eingeschaffneten Schul-Schmiede mit zwei besonderen und wohl apitierenden Anhöfen.

Die Rückfahrt auf die in diesem Jahre stattfindende Internationale Vogelene-Messe in Dresden begleitete die Staatliche Lehrschmiede, Birkstrasse 40, ihre 150-Jahrfeier im den Tagen vom 27. bis 29. September 1930.

Aus der Gründungszeit der Lehrschmiede ist zu erinnern, daß Weber, wie auch der erste Professor der damaligen Tierarzneischule, Rumpolt, in den von ihnen verfassten Abhandlungen über die Hufbeschlagslehre grundlegende Anfänge wiederbeschrieben, die gerade nach dem Weltkriege besondere Bedeutung erlangt haben, so z. B. die breite Auslage des Hufschmieds und die breite Draufsicht des Hufes.

Zu der Anfangszeit der damaligen Tierarzneischule war die Tätigkeit eine mehr empirische; erst mit ihrer Entwicklung unter die Direktion der chirurgisch-medizinischen Akademie im Jahre 1817 wurde die wissenschaftliche Seite mehr in den Vordergrund gestellt.

Venige Jahre später wurde die Tierarzneischule in das Bärtsche Vorwerk Nr. 154, am Eingang der äußeren Römischen Straße, vor dem Pirnaischen Tore rechter Hand (der heutigen Pillnitzer Straße) verlegt und die Schmiede wurde hierbei wesentlich besser eingerichtet, durch Beschaffung eines Raumes für eine große Beschlagsbrücke und anderer zum Beschlagen nötige Vorrichtungen. Auch für das Vorreiten und Rustern der Pferde war eine lange Bewegbahn mit dreilachtem Boden — Plaster, Raten und Sand — angelegt worden.

Man war allgemein im Lande auf eine Verbesserung des Hufbeschlagens eingestellt und die Bezirksärztekäte waren laut ihrer "Instruktion vom 20. Juli 1866" beauftragt, u. a. die Aufsicht über die Ausübung des Hufbeschlagens zu führen und etwaigen Überständen abzuheben; eine Maßnahme, die auch heutigen Tages noch besteht. Da auch in der Armee Klagen über den Hufbeschlag geführt wurden, befahlte das sächsische Kriegsministerium, erstmals im Jahre 1849, Militär-Hufschmiede an einem sechsmontigen Ausbildungs-Lehrgang zur Beschlagschule nach Dresden. Nunmehr durften nur noch Hufbeschlagsabgänger zum Studium der Tierheilkunde zugelassen werden und zwar nur solche, die die 1. und 2. Sennior bei der Hufbeschlagsprüfung erlangt hatten.

Die Errichtung von Provinziallehrschmieden in Leipzig, Bautzen (Dresden), Zwickau und Plauen unter Leitung von Bezirksärztekäten, zur Erhaltung der Dresdner Lehrschmiede, ist nach richtiger Erkenntnis der Sachlage seitens des Ministeriums des Innern nicht erfolgt. Dadurch ist der Hufbeschlag in Sachsen einheitlich geblieben und hat anderen Ländern zum Vorbild gedient.

Die im Jahre 1866 errichtete Kommission für das Veterinärwesen wurde nunmehr die unmittelbar vorgesetzte Dienststelle der damaligen Tierarzneischule und der mit ihr verbundenen Lehrschmiede.

Von grundlegender Bedeutung ist, daß seit 1866 an der Lehrschmiede ein viermonatiger Ausbildungsbereich für Hufschmiede eingerichtet wurde. Hieran ist bis auf den heutigen Tag festgehalten worden. Die im Lande Sachsen mit der viele Jahrzehnte bestehenden viermonatigen Ausbildungskräfte gemachten günstigen Erfahrungen waren mit bestimmend, daß bei der Neuregelung des Hufbeschlagswesens in der Nachkriegszeit eine Unterschreitung von ebenfalls vier Monaten in den vom Reichsministerium des Innern aufgestellten Mindestforderungen an der Ausbildung und Prüfung von Hufschmieden für das gesamte deutsche Reich festgelegt wurde.

Die mehrfach angelegte Verlegung und Erweiterung der damaligen Tierarzneischule und der Lehrschmiede wurde durch den Erwerb des auf der Pillnitzer Straße gelegenen Baumgartenschen Grundstückes zur Möglichkeit. Die Lehrschmiede wurde 1861 in der nordwestlichen Ecke mit 8 Feuerstellen errichtet; an der gleichen Stelle, wo sie heute noch steht.

Durch die seit dem Jahre 1866 eingeführten Vorrichtungen über die Prüfung von Hufschmieden war in Sachsen ein reicherlicher Bestand guter Hufschmiede geschaffen worden. Als nur die Gewerbeordnung vom 21. Juli 1869 in Kraft trat, wurde die Ausübung des Hufbeschlagens wieder freigegeben (Gewerbefreiheit); ein Besitzungszeugnis für den Betrieb im Hufbeschlagsgewerbe war nicht mehr erforderlich und die Schmiedeprüfungen hatten ganz aufgehört. Der Beschlag der Pferde wurde naturgemäß schlechter. Die vom Ministerium des Innern angerichteten freiwilligen Prüfungen im Hufbeschlag fanden sehr wenig Anklang. Erst die Einführung des § 80 der Gewerbeordnung im Jahre 1888 half zur Folge, daß in Sachsen der Hufbeschlag nach einer folgenlosen Pause von fast 16 Jahren wieder unter Prüfungswang gestellt wurde. In kurzer Zeit hob sich der Hufbeschlag in einer Weise in Sachsen, wie kein weiteres Land in Deutschland sich nachdrücken konnte. Die Räumlichkeiten der Lehrschmiede wurden vergrößert und wesentlich verbessert. Seit 1884 befinden nunmehr 12 Feuerherde mit 12 Ambößen.

Der damalige Vorstand der Lehrschmiede, Anton Lungwitz, hat dank seiner besonderen Veranlagung für die Hufbeschlagslehre es verstanden, daß Interesse und die Frequenz der Lehrschmiede von Jahr zu Jahr zu halten. Zahlreiche Anerkennungen sind ihm zuteil geworden. Es muß für den fast 80jähr. Meister des Hufbeschlagens ein erhebendes Gefühl sein, daß auf seinen Grundlagen weitergebaut worden ist. Auch unter seinem Neffen und Nachfolger, Prof. Dr. Max Lungwitz, hat die Lehrschmiede einen weiteren wissenschaftlichen Aufbau erhalten. Zahlreiche Schüler aus allen Gegenden Deutschlands und des Auslandes haben die Lehrschmiede zu Dresden besucht und ihre Ausbildung selbst genossen.

Mit der Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig im Jahre 1928 wurde die Lehrschmiede dem Wirtschaftsministerium unterstellt. Fast 148 Jahre ist die aus

kleinen Anfängen herangegangene Lehrschmiede mit der Tierärztlichen Hochschule verbunden gewesen und ihre vielseitigen Beziehungen und Unregungen haben auf die Entwicklung der Lehrschmiede wesentlich fördernd eingewirkt; anderseits sind aus der Lehrschmiede viele bahnbrechende Untersuchungen wissenschaftlicher und praktischer Art seitens ihrer Vorstände und wissenschaftlichen Mitarbeiter herausgegangen, deren Ergebnisse weit über Sachsen Grenzen hinaus im In- und Auslande auch heute noch von grundlegender Bedeutung sind. Außer den verschiedenen Vorständen und wissenschaftlichen Mitarbeitern ist eine große Reihe von Civil- und Militär-Vorständen an der Lehrschmiede tätig gewesen.

Die Staatliche Lehrschmiede im Gebäudekomplex der vorm. Tierärztlichen Hochschule, Birkstrasse 40 gelegen, befreit. Offiziersgesellen vom Civil — die Kommandierung von Militärhufschmieden hat laut Friedensvertrag vom Januar 1919 aufgehört — nach mindestens 8jähriger Tätigkeit im Hufbeschlag in viermonatigen Lehrgängen theoretisch und praktisch sowie auszubilden, daß sie das Zeugnis als geprüfter Hufschmied nach Ablegung der geschicklich vorgeschriebenen Prüfung erwerben können. Die Ausbildung erfordert sich auf alle Zweige des Huf- und Klauebeschlagens, der Huf- und Klauepflege. Die Prüfung findet durch den Prüfungsausschuß unter Vorsteher des Bauherrn statt. Schön frühzeitig ist eine Sammlung von Unterrichtsgegenständen, wertvolle Präparate, frischen Husen aller Art und Nationalbeschlägen begonnen und im Laufe der Jahre zu einem sehr reichhaltigen und vielleichtigen Museum ausgebaut worden, das in seiner Art wohl einzig dastehen dürfte.

Für die erfolgreiche und stielbewußte Führung des Staates und seiner verschiedenen Ministerien, denen die Lehrschmiede im Laufe der Zeit unterstellt war, sei auch dieser Stelle aufrichtig gedankt.

## Gerichtsraum.

Das Diebeslager im Österwalde

In der Nacht zum 14. August wurde in das Sport-Cafe Böhriker auf dem Weizen Hirsch und vier Rächte später in ein Konfettionsgeschäft in Freital ein schwerer Einbruch verübt. Die Einbrecher erbeuteten Lebens- und Genussmittel, Weine und Rauchwaren im Werte von etwa 400 RM sowie Herrenanzüge, Mantel, Strümpfe und Mützen, deren Wert der Bestohlene mit 7600 angab. Der Kriminalpolizei gelang es, bereits am 19. August einen der Täter in Dresden beim Verkauf des Raubes festzunehmen. Bei der Abfahrt mit einem Kraftwagen nach dem Versteck des Diebesgutes wurde er gefasst. Noch in der gleichen Nacht durchstreiften Dresdner und Freitaler Polizeibeamte die Umgebung von Freital und stießen schließlich auf einen Unbekannten, der sich bei der Verteidigung selbst verletzte. Begegnen gemeinschaftlich schweren Diebstahls unter Führung von Schuhwaffen hielten sich die beiden Einbrecher, der 24 Jahre alte Steinmacher Franz Wimmer aus Weidsberg (Oesterreich) und der 19 Jahre alte Sattlergehilfe Lorenz Brucker aus Lochen (Oesterreich) vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zu verantworten. Beide Angeklagten waren im vollen Umfang gefändig. Das Diebesgut war in einem Schleusenbau im Österwalde aufgefunden worden. Das Gericht billigte den Angeklagten, die wohl aus Rat auf die Bahn des Verbrechens getrieben worden waren, mitschuldige Umstände zu, und erkannte auf je zwei Jahre Gefängnis.

## Ein abseitlicher Nachort

Als am 1. April der Oberschweizer Hartung in die Dienste des Gutsbesitzers Kurt Rühle in Goppeln bei Dresden trat, bemerkte er bei Uebernahme des nicht unbedeutenden

und meine Pflicht tue! Tod und Teufel — kann jeder Bürgenhund dem Fürsten von Gevers-Stassen einfühlen was ihm beigeht. Egzellenz, die Majestät mag entscheiden. Den Schimpft lass ich, der Leutnant Graf vom Berge, nicht auf mir sitzen."

Baut und klar hatte Fritz gesprochen. Prinzessin Tilly hatte jedes Wort gehört und saß totenbleich auf dem Pferde.

Urtuhr unter den Offizieren.

Der General hieltte Fritz an und war seines Wortes fähig. Oberst Freiherr von Höhfeld sprang, bleich wie eine Wand, heran.

"Egzellenz . . ." rief er heror.

Da stand der Fürst die Sprache wieder.

"Ich lasse Sie vor ein Kriegsgericht stellen. Sie . . . Sie . . . Bauerndraf."

Das Wort schnitt wie ein Hieb durch die Luft.

Alle Herzen standen still.

Fritz stochte vor Wut.

Nur ein einziges Wort der Antwort fand er: "Lügenfürst!"

Oberst Höhfeld ritt heran.

"Ihren Degen, Leutnant vom Berge!"

"Bitte, Herr Oberst!"

"Sie sind mein Gefangener, Leutnant vom Berge."

Da gellte ein Schrei durch die Stille. Prinzessin Tilly hatte ihn ausgestoßen. Der Diener konnte die Zusammenbrechende gerade noch stützen. Doch der Rappe war durch den Schrei erschrocken und raste los im wilden Galopp. Halb ohnmächtig hing die Prinzessin im Sattel. Jeden Augenblick könnte sie herunterfallen und vom Pferde gleichfertig werden.

Alle schauten wie erstarri.

Fritz war der erste, der die Situation erfaßte und seinem Pferde die Sporen gab. In einigen Sägen hatte er das schweine Pferd erreicht, preßte dicht heran und gerade in dem Augenblick, da die Ohnmächtige herabglitt, sah er das Mädchen und ritt es zu sich auf den Sattel.

Ein vielstimmiger Beifallschrei erhob sich über den Kasernenhof.

Langsam trabte Fritz heran, in seinem Arme die ohnmächtige Prinzessin.

Der Fürst, totenbleich im Gesicht, war abgefallen und zusammen mit dem Obersten und dem herbeigeeilten Rittmeister Tergang nahm er die Ohnmächtige aus Fritz' Arme.

"Tilly!" stöhnte der Fürst und strich über die blässen Wangen.

Das ganze Regiment war durch diesen Vorfall, der sich in wenigen Sekunden abgespielt hatte, in Aufregung gekommen. Oberst Höhfeld, der im Augenblick nicht wußte, was er tun sollte, stand unschlüssig und wartete darauf, daß der Fürst durch ein paar Worte die Lage kläre. Oberst Höhfeld sah, daß der Chef des Regiments zu weit gegangen war und den Grafen vom Berge beleidigt hatte. Er fühlte auch, daß er im Begriff stand, eine Dummkopf zu begegnen, wenn man den Grafen vom Berge in Arrest oder gar auf den Spielberg legte.

Fürst von Gevers-Stassen war um sein Amt beschäftigt, das langsam wieder zu füllte.

## Königskinder

ROMANVON WOLFGANG MARKEN

URMESEER-RECHTSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

6. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

"Papa . . . du weißt . . . da kommen wir net unter einen Hut . . . ich kann da net mit! Die Familie . . . well's jo ist it? Niemand werden wir alle von allein. Papa, ganz ohne Verdienst."

Da schwieg der Fürst. Er war tief betrübt, daß Gilli in allen Fragen der Tradition nicht mit ihm ging. Sie verstand ihn einfach nicht. Sie war absolut unverdorben und das war seltsam, denn sie war immer nur in ihrem Kreise gewesen, kam nie mit einfacheren Volksschichten in Berührung. Nur der alte Adel war um sie.

"Bist mit böse, Papa?" fragte die Prinzessin leise.

"Hast mit wehg'tan, Gilli," gestand der Fürst.

"Köch's nummer! Über ich hab' dich zu gern, Papa, als daß ich dich befügen möchte!"

Min nächsten Tage!

Dem Fürsten von Gevers-Stassen wurde das Regiment vorgeführt. Im Trab, im Schritt, im Galopp wurde ergeriert und alles schien wunderlich zu klappen.

Fürst von Gevers-Stassen schien sehr freundlicher.

Er ritt zu dem Obersten heran und sagte ihm ein paar fuldvolle Worte, dann ritt er die Front des Regiments ab. Die Pferde standen wie angewachsen.

Die erste Schwadron.

Ah . . . das war er ja, der Leutnant Dieter Graf vom Berge.

Der Fürst verließ seinen Rappen.

"Leutnant vom Berge?"

"Egzellenz!"

Wit einem Schenkelruck trieb Dieter seinen Rappen heran. Der Fürst musterte Dieter lange. Ein charaktervolles, schönes Gesicht, das eigentlich gar nicht so leichtfertig auslachte. Große schöne Augen, energisch geschnittener Mund.

"Sie sind seit einigen Wochen beim Regiment!"

"Ich hoffe, daß Sie sich der hohen Tradition der Ritterlichen Dragoner wert zeigen, Herr Leutnant."

"Ich bin bemüht, Egzellenz," kam es kurz und ruhig aus Dieters Mund.

Der Fürst nickte und ritt weiter.

Er ritt zur dritten Schwadron.

Ah . . . das war der andere der Grafen vom Berge, ein bibbüchter Mensch, nur boller und lächerlich als sein Bruder.

Aus den Augen strahlte kraftvolle Bebenlust, um keinen weichen Mund summte ein Lachen. "Wie die feihaftes

Jugend." dachte Fürst von Gevers-Stassen in dem Augenblick.

"Graf vom Berge!"

"Zu Befehl, Egzellenz!"

"Sie sind erst einige Wochen beim Regiment?"

"Noch nicht ganz acht, Egzellenz!"

"Wie gefällt es Ihnen in Wien, Herr Leutnant?"

"Ausgezeichnet, Egzellenz," gestand Fritz offen.

"Sie verheben ja auch zu leben, Herr Leutnant," sagte der Fürst mit etwas Schärfe im Ton. "Gena Wien red' von dem . . . tollen Grafen."

Die in der Nähe befindlichen Offiziere lachten gespannt.

Wie würde die Antwort des Grafen ausfallen?

"Egzellenz," entgegnete der Leutnant ruhig, "mein edler Vorgesetzter findet das nicht!"

Der Fürst war im Augenblick um das Wort verlegen.

"So," sagte er dann ruhig, "und sagen's, Herr Leutnant wer ist denn Ihr höchster Vorgesetzter?"

"Der Herrgott!" kam's ganz ruhig aus Fritz' Mund.

Fürst von

**Den Minootgeraden**, daß sämtlichen Tieren bis auf einen jungen Bullen die Schwänze, einzelnen davon sogar mehrfach, gebrochen waren. Der Verdacht, die abscheuliche Tat begangen zu haben, lenkte sich sofort auf den Vorläufer Hartungs, den 33 Jahre alten Oberstschweizer Röckstroh aus Göppeln, gegen den ein Verfahren wegen Sachbeschädigung und Tierquälerei eingestellt wurde. Am 2. Juli erzielte er vom Amtsgericht Dresden eine Gefängnisstrafe von drei Wochen außer Amt. Das Urteil stützte sich auf das Gutachten des als Sachverständigen gehörten Bezirkstierarztes Dr. Otto, der bei 18 Kühen und einer Kuh insgesamt 29 Schwanzbrüche festgestellt hatte, die seiner Meinung nach in einem derartigen Umfang niemals durch Sachbeschädigung eingetreten sein können. Röckstroh, der bestreit, socht das Urteil an, und auch die Staatsanwaltschaft, die eine Erhöhung der Strafe erforderte, legte Berufung ein. Die Hauptverhandlung vor der neunten Strafkammer des Landgerichtes Dresden verlief in der gleichen Weise wie in der Vorinstanz. Der Angeklagte war nicht in der Lage, seine Unschuld zu beweisen. Das Urteil kam nach längerer Beratung auf die Verurteilung beider Berufungen, so daß es bei der vom Amtsgericht festgesetzten Strafe bleibt.

## Dertliches und Sächsisches.

Miesa, den 29. September 1930.

\* Keine Verhinderung der Steuererhebung. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Wie sich aus Pressemeldungen ergibt, wird der in Nr. 18 des Ministerialblattes für die sächsische innere Verwaltung abgedruckten Verordnung des Finanzministeriums vom 17. September 1930 über Erhebung der Staatsgrundsteuer und Aufwertungssteuer in der Deffensivlichkeit eine wesentlich andere Bedeutung beigemessen, als ihr kommt. Es ist nicht der Zweck dieser Verordnung, die Steuerbehörden zu veranlassen, bei der Erhebung der Landessteuern gegen Steuerabfaller, die sich in bevorstehender wirtschaftlicher Notlage befinden, fünftig schwächer als bisher vorgezogenen. Das Finanzministerium hat vielmehr stets die Auffassung vertreten, daß beim Vorliegen einer besonderen wirtschaftlichen Notlage der Steuerabfaller bei der Einhebung der Steuern mit der gebotenen Rücksicht entgegenzukommen ist. In diesem Sinne sind auch die Steuerbehörden wiederholt angewiesen worden. Es ist keineswegs beabsichtigt, hierin eine Änderung einzutreten zu lassen. Wohl aber liegt es im Interesse aller Steuerpflichtigen, daß die Landessteuern dort, wo ihre Einhebung keine besondere Rücksicht darstellt, auch schwächer eingezogen werden. Nach den Beobachtungen des Finanzministeriums ist dies jedoch nicht allenthalben der Fall gewesen. Zuweilen ist stillschweigend von der Einhebung der Steuern Abstand genommen worden, ohne daß Erfolg oder Stundungsfreude vorgelegen haben. Mehrfach ist die Mietzinsteuer für vermietete Gebäudeteile nicht bei dem Grundstückseigentümer eingezogen worden, obwohl dieser die Steuer von einem Mieter erhalten hatte. Im wesentlichen aber trifft die Verordnung die Fälle, in denen Steuerbehörden mit der Ableitung verhinderter Steuerbeträge an die zuständige Polizeistelle häufig waren. Diese Beobachtungen haben den Anstoß zum Erlass der Verordnung vom 17. September gegeben. Ihr Zweck ist insbesondere, die Steuerbehörden bei der Ableitung vereinheitlicht Steuerbeträge und bei der ordnungsgemäßen Durchführung des Steuergeschäfts schärfer als bisher zu überwachen.

\* Beschäftigung im Bahnhofunterhaltungsbetrieb. Nachdem überzählig gewordene Arbeitskräfte des Betriebs-, Verkehrs-, Betriebsmaschinen- und Werkstättenbetriebes der Reichsbahn in nicht unerheblicher Zahl bei der Bahnhofunterhaltung untergebracht worden sind, erfordert die Frage der dauernden und möglichst langen Beschäftigung dieser Arbeitskräfte eine erneute vorausschauende Regelung. Nach einer Anordnung der Reichsbahn-Hauptverwaltung soll hierbei, wie die Deutsche Beamtenkund-Korrespondenz hört, der Geschäftspunkt vorangestellt werden, daß der Verwaltung die für sie besonders wertvollen, also insbesondere die für den Beamtdienst ausgebildeten Arbeitskräfte dauernd und möglichst lange erhalten bleiben. Hiermit würde es nicht in Einklang stehen, wenn zu den neuen Arbeiten, statt sie durch eigene Kräfte (Stammarbeiter, Tarifarbeiter, aus dem Betriebe übernommene Betarbeiter) erledigen zu lassen, nur deshalb andere Arbeiter (gewöhnliche Betarbeiter) oder Unternehmer herangezogen würden, um eine an sich erwünschte rasche und wirtschaftliche Abwicklung zu erfüllen. Es wird daher angeordnet, daß die Einkellung neuer Betarbeiter oder die Übertragung von Arbeiten an Unternehmer bis auf weiteres der vorherigen Einwilligung der Reichsbahn-Hauptverwaltung bedarf. Auf diese Zustimmung ist nur in den Fällen zu rechnen, in denen die Unterbringung der eigenen Arbeitskräfte an der Regierung scheiter, als Betarbeiter tätig zu sein. Wo trotzdem Entlassungen notwendig werden, ist eingehend zu prüfen, ob nicht die aus dem Betriebs-, Verkehrs- oder Betriebsmaschinenbetrieb übernommenen Kräfte, soweit sie für die Verwaltung besonders wertvoll sind, im Falle ihrer Eignung ins Stammarbeiterverhältnis überführt und dafür weniger geeignete bisherige Stammarbeiter entlassen werden können.

\* Warnung vor gewerblicher Schwarzarbeit. Der Landesauschuss des Sächsischen Handwerks wendet sich in einer Bullekt gegen die nebengewerbliche Tätigkeit oder sog. Schwarzarbeit, die wiederum in beauftragtem Maße überhand genommen habe. Bislang handele es sich hierbei um sog. Doppelberedner, die schon anderweitig aus Lohnarbeit ein anständiges Einkommen beziehen, vielfach auch um Personen, die Arbeitslosenunterstützung erhalten und einen lohnenden Nebenerwerb aus der Schwarzarbeit machen, ohne dieses, wie gefestigt vorgeschrieben, zur Anmeldung zu bringen. Sie liefern dem Publikum durchweg Pfuscharbeit. Der Kunde ist der Leidtragende und muß infolge der sich bald zeigenden Wängel und notwendigen Reparaturen nur zu schnell erfahren, daß die so „billige“ Arbeit in Wirklichkeit viel zu teuer ist, und von einer guten, zuellen Beziehung keine Rede sein kann. Oft werden bei solchen Arbeiten auch Werkzeuge und Material des Arbeitgebers verwendet. Der private kann sich daher bei Beschäftigung von Schwarzarbeitern gegebenenfalls noch der Deliktschuldhaft machen, die mit Gefängnis und im Falle der Gewohnheitsmäßigkeit mit Bußgeld bestraft wird. Nicht eindeutig genug kann das Publikum über die großen Schäden und Gefahren, die die Pfuscharbeit stets mit sich bringt, aufgeklärt werden. Gerade mit Wirklichkeit darauf, daß sie die Arbeitslosigkeit verschärft, muß die weiteste Deffensivität an der Bekämpfung dieses Missstandes mitwirken. Das Publikum sollte deshalb im eigenen Interesse, um sich vor Schaden und Überverteilung zu schützen, sämtliche handwerklichen Arbeiten und Aufträge nur dem selbständigen Handwerker oder Fachmann übertragen, der für eine dauerhafte, gediegene und damit billige Qualität arbeit Gewähr leistet. Sowohl Falle von Pfuscharbeit bekannt werden, ist eine Verständigung der zuständigen Behörden (Arbeitsamt, Gewerbeamt, Steuerbehörde) angebracht.

\* Resselsdorf. Dies stieß früh in der 5. Stunde der Bergmann Vanier mit seinem Fahrrad mit einem Wiederkäufers zusammen. Er erlitt schwere Kopfverletzungen. Er blieb die Sechstel des einen Auges einklemmt. Der Unfall ist umso bedauerlicher, als V. auch auf dem anderen Auge nur geringe Sehkraft besitzt.

\* Dresden. Autobrand. Am Sonnabendmittag gegen 2 Uhr geriet an der Fahrstraße einer Motorabfertigung an der Marienstraße bei Motor eines Möbeltransportwagens in Brand. Das Feuer machte von der Feuerwehr gelöscht werden. Das Fahrzeug wurde abgeschleppt.

\* Dresden. Unfall des Verkehrs. Am Sonnabendnachmittag fuhr auf der Stadtstraße Dresden-Borsigdorf in der Nähe von Röhrn ein Kraftwagen gegen einen Straßenbaum. Bei dem Aufprall wurde der Kraftwagenführer getötet, das Fahrzeug schwer beschädigt.

\* Dresden. Unfall in einem Steinbruch. Am Sonntag in einem Steinbruch ein schweres Unglück. Drei Arbeiter hatten sich zur Sprengung des Gesteins eine Dynamit-Garre eingesetzt und wollten sich gerade in Sicherheit begeben, als eine vorzeitige Explosion erfolgte. Durch die umherfliegenden Steinmassen wurden 2 Arbeiter getötet und der dritte schwer verletzt.

bereits eine Pflichtsprecherei mit dem Stellvertreter des Ministers des Auswärtigen, Dr. Neosta, hatte, zur Aussprache gekommen sind.

\* Ein bekannter französischer Metzgerbetrieb verunglückt. Grün. (Funkspruch.) Der bekannte französische Metzgerbetrieb Michel Doré hat beim Molard-Stollen einen schweren Unfall erlitten. Er lag vom Stahl an mit seinem Bagger an der Spur. Nach der 5. Stunde kam er über eine Kurve ins Schleudern, sein Wagen überfuhr sich, zerstörte einen Baum und begrub den Fahrer unter den Trümmern. Doré erlitt einen Beckenbruch, der innere Blutungen zur Folge hatte. Die Verletzungen werden von den behandelnden Arzten als schwer bezeichnet.

Beim Gesteinsbrechen gestorben.

\* Paris. In der Nähe von Corcelonne ereignete sich am Sonntag in einem Steinbruch ein schweres Unglück. Drei Arbeiter hatten sich zur Sprengung des Gesteins eine Dynamit-Garre eingesetzt und wollten sich gerade in Sicherheit begeben, als eine vorzeitige Explosion erfolgte. Durch die umherfliegenden Steinmassen wurden 2 Arbeiter getötet und der dritte schwer verletzt.

Miesa Schadenauer in Rondeau.

\* Paris. Am Sonntag brach in einem Baumwollschuppen in Rondeau ein Schadenauer aus, das bald große Ausdehnung annahm. Durch das Feuer wurden 5000 Ballen Baumwolle vernichtet. Der Schaden wird auf über 1,8 Millionen Mark geschätzt.

Eine argentinische Stadt durch Erdbeben zerstört.

\* Paris. Die Agentur Radio meldet aus Salta in Argentinien, daß die argentinische Stadt Santa Rosa durch ein Erdbeben völlig zerstört worden sei. Seit dem 25. September sollen nicht weniger als 88 Erdbeben in der Stadt verzeichnet worden sein. Auch andere in der Nähe gelegene Städte sollen Schaden gelitten haben.

Tagung der sozialen nationaldemokratischen Partei, Warschau. (Funkspruch.) In Thorn fand gestern eine Tagung der nationaldemokratischen Partei statt, an der Roman Dmowski, General Haller, der ehemalige Außenminister Segda und der Vorsitzende der Sejmfraktion Rybarski teilnahmen. Etwa 5000 Personen waren anwesend. In einer Entschließung wird zunächst die Befreiung der Westgrenze gefordert. Dann wird darauf hingewiesen, daß Armee und Gericht nicht zu innerpolitischen Zwecken mißbraucht werden würden und energisches Vor gehen gegen die Minderheiten verlangt. Ginen breiten Raum nimmt in der Resolution die schwere Wirtschaftslage Polens ein.

Entlassung von 2600 Bergarbeitern in England.

\* Seaham (Grafschaft Durham). Alle Bergarbeiter der hierigen Kohlengruben, 2600 an der Zahl, wurden berichtigt, daß sie wegen der Wirtschaftskrise in 14 Tagen entlassen werden.

Der Kaiserkönig Daniel Guggenheim gestorben.

\* New York. Der bekannte amerikanische Finanzmann und Kaiserkönig Daniel Guggenheim ist am Sonntag im Alter von 74 Jahren gestorben.

## Sitzung des Reichswahlausschusses.

\* Berlin. (Funkspruch.) Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters Scheimann hielt heute Montag mittag der Reichswahlausschuß eine Sitzung ab, um das endgültige Ergebnis der Reichstagswahl festzustellen. Als Beisitzer waren u. a. anwesend die Abg. Dittmann (SPD), Torgler (SPD) und Laverrenz (DNat). Nachdem die amtlichen Ergebnisse aus den Wahlkreisen vorliegen, besteht die Aufgabe des Reichswahlausschusses nur noch darin, die Verrechnung der Rechtsstimmen für die Reichstagswahl vorzunehmen. Die Verrechnung, deren Ergebnis im einzelnen der Deffensivlichkeit bekannt ist, wurde vom Reichswahlausschuß genehmigt. Im übrigen ist aus dem amtlichen Wahlergebnis noch festzuhalten, daß die Wahlbeteiligung 82 Prozent betrug. Insgesamt wurden 24 956 723 gültige Stimmen abgegeben, ferne 267 741 ungültige. Der neue Reichstag wird, wie bereits bekannt, aus 577 Abgeordneten bestehen.

In der Sitzung des Reichswahlausschusses wandten sich, wie das Nachrichtenbüro des Pds. hört, die Abgeordneten Dittmann (SPD) und Laverrenz (DNat) gegen die Art der Verteilung der Rechtsstimmen bei dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Konseriativen, des Landvolkes und der Danoveraten. Diele Verrechnung entspreche nicht dem Sinn und dem Geiste des Wahlgesetzes, das verlange, daß zunächst ein Mandat in einem Wahlkreisverband erreicht werde, ehe ein weiteres auf den Reichswahlausschuß hinzuzeige.

Präsident Wagemann stellte sich, daß hier eine Rübe im Wahlrecht vorliege, daß kein direktes Verbot eines jüdischen Zusammenganges enthalte. Es wurde noch angekündigt, daß sich auch das Wahlprüfungsgericht mit dieser Frage beschäftigen werde.

## Der Winterfahrrplan

### der staatlichen Kraftwagenlinie.

Am 5. Oktober 1930 tritt auch für die staatlichen Kraftwagenlinien der Wintersfahrrplan in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt wird, wie alljährlich, der Betrieb auf einer Reihe von Linien, die nur im Sommer gefahren werden, eingestellt. Dies betrifft die Linien Bad Elster—Bad Brambach, Bad Elster—Adorf—Hof, Johanngeorgenstadt—Oberwiesenthal, Tharandt—Grillenburg, Königstein—Sadt—Festung und Bad Schandau—Hohnstein—Bastei. Ferner werden am 30. September 1930 für den Winter eingestellt die Linien Pirna—Stolpen und Jüttau—Görlitz, Jüttau—Bad Oppelsdorf, Stadt Wehlen—Bastel und Großenhain—Seußlitz—Dessau.

Neu eröffnet werden folgende Linien: Weißbach—Wiesenburg (bereits seit 20. September in Betrieb), Reichenbach—Rößnitz am 5. Oktober und Waldheim—Grünhainchenberg an einem noch zu bestimmenden Tage im Oktober. Auch die Linie Hartmannsdorf—Burgstädt—Lunzenau wird noch vorübergehender Einstellung mit Beginn des Wintersfahrrplans wieder in Betrieb genommen.

In sonstigen bemerkenswerten Veränderungen im Linienbetrieb der staatlichen Kraftwagenverwaltung bringt der neue Fahrrplan die Verlängerung der bisherigen Linie Dippoldiswalde—Reinhardtsgrimma—Kreischa über Kleincarsdorf nach Rößnitz. Befestigten Wünschen aus Kreisen der Touristen und der Befestigten entsprechend hat die Linie Pirna—Hohnstein nun mehr mit jeder Fahrt in Pirna unmittelbar Anschluß an die Fahrten der Linie Dresden—Pirna erhalten. Die Linie Bad Schandau—Hinterhermsdorf wird im kommenden Winter nur an Sonn- und Feiertagen betrieben werden. Im Zittauer Bezirk werden in beschränktem Umfang Pendelfahrten zwischen Bernstadt und Dittersbach und von Burkersdorf über Dittersbach nach Ritsch neu aufgenommen. Sächslich möge noch erwähnt werden, daß im Rahmen der Linie Siegmari—Neukirchen—Klaßnach—Altmühl ein besonderer Ortsverkehr in Klaßnach eingerichtet wird.

## Lezte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 29. September 1930.

Das Todesurteil gegen den Hahnarzt Dr. Gutmann rechtskräftig.

\* Leipzig. (Funkspruch.) Der zweite Strafgerichtshof des Reichsgerichts bestätigte durch Verurteilung der Revision das Todesurteil des Schwarzgerichts Pirna-Lausitz gegen den Hahnarzt Dr. Gutmann aus Schkeuditz wegen Mordes.

Überprüfung des Überwachungsausschusses.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichstagsausschuss zur Wehrung der Rechte der Volksvertretung, der sogenannte Überwachungsausschuss, ist für Dienstag 4 Uhr nachmittag zu einer Sitzung einzuberufen. Auf der Tagesordnung steht die von der Regierung vorgeschlagene Verbilligung von Fleischfleisch anstelle des zollfreien Geflügelteflesches.

Die Unterschlagungen bei der Heidelberger Wohnungsbaugesellschaft.

Heidelberg. (Funkspruch.) Der frühere Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Paul Müller hat sich, wie bereits gemeldet, der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Er ist aber sofort wieder freigelassen worden, weil seine Inhaftierung nach den juristischen Bestimmungen der Schweiz nicht in Frage kommt. Es besteht nunmehr die Absicht ihn durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Heidelberg in einem badisch-schwäbischen Grenzort unter Aufsicht freien Geleit zu vernehmen zu lassen.

Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem tschechoslowakischen Außenminister.

Ges. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, fand heute vormittag eine längere Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem tschechoslowakischen Außenminister statt. Es verlautet, daß in dieser Unterredung unter anderem die Voraussetzung in Wraa, derzeit weiss der deutsche Gesandte Dr. Koch

# öffentliche Sitzung der Gemeindeverordneten zu Rüding

am 25. September 1930.

Vor Eintritt in die Tagesordnung behandelte der Vorsteher einen Antrag des Gemeinderats, Stellung dazu zu nehmen, ob der Weiterführung der Bebauungspläne Großenholz-Niefa, Niefa-Welzen, über Nünchitz-Diesbar, bis zum 31. März 1931 beigetreten werden soll. Einstimmig wird demgemäß beschlossen.

Herauf nimmt der Vorsteher Beratung voran, darauf hinzuweisen, daß der auf der Tagesordnung stehende Punkt, Aussprache über die Befreiung wirtschaftlicher Notstände des Ortes, angeregt von der sozialdemokratischen Fraktion, von außerordentlicher Bedeutung sei. Er führt hierzu aus, daß man zwar wohl nicht erwarten dürfe, daß mit einer heutigen Beschlusftaufung nun eine Befreiung in den wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten könne. Immerhin sei es Pflicht der Gemeindeverordneten, eine Sitzung der Gemeindeverordneten für diesen Zweck anzuberufen, der sich mit der Tragweite etwaiger Entscheidungen zu befassen habe.

Herauf nimmt der Gemeinderat zum Tagesordnungspunkte Stellung und entwickelt ein Bild über die gegenwärtige Wirtschaftslage des Ortes und der Gemeinde.

Er führt aus, daß es selbstverständlich sei, daß mit der Entschließung die heute geplant würde, in den nächsten Tagen nicht die wirtschaftliche Lage von einem wesentlichen Teil der Einwohner beobachtet werden könne. Es wäre ohne weiteres auszuräumen, in dieser Sicht keine Illusionen auszutragen zu lassen, trotzdem besteht aber die Verpflichtung des Gemeinderates den gesamten Notstand einer Befreiung zu untersetzen. Der diesjährige Haushalt, der mit einem Fehlbetrag abschließt, bedingt eine sehr vorsichtige Finanzabhandlung. Die Vorstadt dürfte aber nicht dazu führen, mitzudrosseln und die Not mit verschärfen. Gemeindeverordnete und Gemeinderat hätten bisher im Rahmen des Haushaltplanes bereits alle größeren Auslässe abgegeben. So sei der Umbau eines Gemeindegrundstücks durchgeführt, sämtliche Reparaturen in den Gemeindegrundstücken seien vorgenommen, die Inventorschaffung und andere größere Anschaffungen seien geschlossen. Im Augenblick würde weiter eine arbore Arbeit im neu dem Gemeindevermögen hinzugekommenen Grundstück Stadt ausgeführt werden. Alle diese Arbeiten seien im wesentlichen immer wieder den Einzelwirtschaften des Ortes zugute gekommen, besonders aber seien bei Berücksichtigung von Arbeitnehmern die Wohlfahrtsempfänger mit in den Vordergrund gestellt worden. Vornehmste Aufgabe des Gemeinderates sei es gewesen immer wieder in erster Linie eine Beschäftigung heranzutragen zu lassen, die sich in der traurigen Notlage mit ihren Familien befinden und breitere medrare Jahre arbeitslos sind. Er führt aus, daß der Bedarf an Wohlfahrtsunterstützungen so hoch sei, daß eigentlich innerhalb eines halben Jahres der gesamte haushaltsmäßige vorliegende Bedarf erfüllt ist. In Monaten wäre mehr als 7000 RM. Wohlfahrtsunterstützungen an rund 50 Personen zur Auszahlung gekommen. Dabei sei ein ganz wesentlicher Teil von Personen überhaupt nicht in die Unterstützung einbezogen, weil sie bei Prüfung der Bedürftigkeit auf die Taufe der Eltern oder Angehörigen verwiesen werden, so daß sich die Personen, die die Unterstützung in Empfang nehmen, die schweren Fälle darstellen. Nachdem diese Leute nun schon jahrelang ohne Verdienstmöglichkeit seien, wären ihre Kleidungsstücke herabgewirtschaftet und in keiner Weise wären sie für den Winter mit Kloben und Kartoffeln als das wichtigste Mittel im Haushalt eingedacht. Es entstehe die Frage, wie der Steuerung dieser Not beizukommen sei, zumal sich der kommende Winter sehr bedrohlich auswirken drohe.

In seinen weiteren Darlegungen empfiehlt der Gemeinderat die Aufstellung eines Notprogramms zur Durchführung bestimmter im Orte notwendiger Arbeiten, wo die Einkaltung von nicht qualifizierten Arbeitern im wesentlichen Umfang geschehen kann.

Es wäre wohl möglich, um die schwersten Fälle der Arbeitslosigkeit und des Notstandes zu lindern, wenn man evtl. an vorhandener Arbeit die Arbeitslosen heranzömmen ließe, damit sie sich einige kleine Ersparnisse machen könnten, um sich mit den wichtigsten für den Winter notwendigen Bedürfnissen auszustatten zu können. Arbeiten wären dazu soweit gefordert, daß man herangehen könnte, wenn die Gemeindeverordneten der Ausföhrung des Gemeinderates sich anschließen. Der erste und sofort mögliche Teil der Arbeit wäre die Durchführung der Anschlussarbeiten an der Langenberger Straße um sie im späteren Ausbau auf die bauplanmäßige Breite von 12 Meter zu bringen. Bekanntlich liegt die Langenberger Straße im Hochwassergebiet und muß bei einer Verbreiterung mit einer Unmenge von Massen angeschüttet werden. Die Massen würden an einer vorhandenen Stelle des Ortes abzubauen und mit Hilfe von Transportmitteln an die entsprechenden Stellen zu schaffen. Die Arbeit sei an einem Teil von der Amtsbauprämienhaft durch einen Begebautzuschuß von 4000 Reichsmark geobrigt, der noch möglicherweise um einen bestimmten Betrag erhöht werden könnte. Die Aufgabe dürfte sich auf 11–15 000 RM. einschließlich Bandabfuhr und Vermessungskosten stellen. Die Arbeit sei ausschließlich Lohnarbeit und schaffe damit nicht qualifizierte Arbeitern eine Verdienstmöglichkeit.

Eine weitere Möglichkeit sei darin zu sehen, den geplanten Ausbau der Hohenstraße durchzuführen. Dazu müßt der Gemeinderat auf die bisherigen Verhandlungen mit der Chemischen Fabrik von Heden hin, die bisher nicht zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen seien. Nicht auvergneinen sei der Standpunkt der Firma, daß sie in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen stecke. Dagegen spreche auch ihr gutes Gewinnabschluß. Bevor ein Zwang ausgeübt wird auf Grund eingegangener bauamtlicher Verpflichtungen, soll ein Mittelweg gefunden werden, der es vermeidet, ein hohes Kapital der Firma zu entziehen. Diese Möglichkeit besteht im Ausbau der Straße durch Bereinigung des Kapitals. Die Durchführung dieses Strukturprojekts würde auch im wesentlichen Rohstoff und Verdienstmöglichkeiten schaffen.

Als 3. und wesentlichstes Projekt stellt der Gemeinderat den Bau der Poststelle und des Konsumvereinsgebäudes mit 7 Wohnungen dar, daß nach den Berechnungsunterlagen im Regiebau mit etwa 120 000 RM. abschließen würde. Dazu sei zu bemerken, daß der ungenutzte Raum dieses Projekts mit etwa 60 000 RM. zu beziffern sei. Die Mittel dazu fließen aus einer noch in diesem Jahr steilen Aufwertungssumme und Landesausgleichsstoffmitteln, sowie der gleichen Mittel des Jahres 1931. Zur Durchführung des Projekts habe die Volksfürsorgeversicherungsgesellschaft Hamburg ein besonderes Darlehen gegen angemessenen Zins zur Verfügung gestellt und der Differenzbetrag zwischen erzieliger und gewollter Hypothek wäre vorbehaltlich der Verhandlung mit dem Bezirkssparkasse Niefa von dort aus zu beobachten, weil das Interesse daran mit bestrebt, eine Befreiungsstelle zu errichten. Die Mieten der Grundstücke seien so berechnet, daß sie variabel gestaltet werden können und ein Kapital von 70 000 RM. bei Sonderzinsen garantiert.

Sollte ausgeschlossen sei, doch nach Abschluß des Baues, wenn der Mieter wie bisher von den bestehenden Kosten leicht mit stark geobrigt würde, die Mieten noch etwas geobrigt werden könnten. In jedem Falle sei bei der Durchführung des Projekts ein Sicherheitsfaktor mit in Rechnung gezogen worden, der während der Bauphase etwa aufsteigende Schwierigkeiten abgleiten könnte. Die Entschließung des Bezirkssparkassenviertels steht noch aus, darüber aber wohl in nächster Zeit zu erwarten sein.

Der Gemeinderat führt weiter aus, daß die Endfinanzierung so gehalten sei, daß die Zwischenfinanzierung bis zum Abschluß des Baues auf besondere Schwierigkeiten nicht mehr hohen könnte. Auch dieses Projekt durchzuführen, würde einem ganz wesentlichen Teil von Einwohnern Beschäftigung bieten. Nicht unbedeutlich sei auch, daß ein beratiges Projekt der Schlüssel für den Ort ist, der eine gewölbte Betriebe des Ortes mit sei, die im Laufe tätig würden. Vor allen Dingen sei aber die Durchführung des Projekts auch insoweit von Wichtigkeit, als auch alle übrigen Gewerbebetriebe durch die Kursteuerung von Kapital im Ort mittelbar mit betroffen würden und kleine Erleichterungen erzielen.

Zusammenfassend führt Bürgermeister Bill in seinen Darlegungen aus, daß die Durchführung aller 3 Projekte wirtschaftlich nicht unbedeutend für den Ort und für die Einwohnerchaft sei. Die Durchführung der Projekte schreite nicht an Finanzschwierigkeiten, weil, soweit es sich um die Langenberger Straße handle, die Finanzierung klar sei, die Frage des Ausbaus der Hohenstraße bei einer Bereitung des erforderlichen Kapitals ebenfalls keine bauplanmäßigen Schwierigkeiten entwidde und das große Projekt nicht im Angriff genommen würde, ohne daß die Endfinanzierung in vollem Umfang klar sei, damit alle Schwierigkeiten von vornherein möglichst ausgeschlossen bleibent. An den Gemeindeverordneten läge es, sich darüber klar zu machen, wie die wirtschaftliche Not des Ortes im Rahmen dieser 3 Programmpunkte gerecht werden sollte.

Herr GVO. Eichler nahm hierauf in eingehenden Besprechungen zu den einzelnen Programmpunkten Stellung und erklärte dabei, unter welchen Umständen und Voraussetzungen seine Fraktion es begrüße, Notstände zu befehligen und Arbeit für jeden Teil von Bevölkerung zu schaffen, der mit abseits der Arbeit stehen müßte und das abseits der Arbeit stehen müßte. Die Bitternis jener Leute sei vollständig zu verstehen und es läge an den Gemeindeverordneten, die Frage zu prüfen, in welchem Umfang es angängig erschließe, ohne Gefährdung der Gemeindewirtschaft, ein Notstandsprogramm durchzuführen. Unterstellt sei bei der Beurteilung, daß bei der Bekämpfung von Notständen auf Kosten der Gemeinde, man sich nicht an Probleme heranwagen dürfe, die wohl augenscheinlich einen Vorteil für einzelne bringen würden, die aber dann die Gesamtheit schwerer zu lösen hätte. Von den vorliegenden Programmpunkten könne man im allgemeinen sagen, daß sie mit Vorsicht aufgestellt seien und tragbar wären. Der Zustand der Langenberger Straße sei so, daß er unbedingt einer Besserung bedarf. Wegen des Ausbaus der Hohenstraße wäre es Sache des Gemeinderates, die Rechtslage noch zu prüfen, und was das Projekt des Wohnungsbau anlangt, so sei die Auffassung die, daß man auch gewissen Notwendigkeiten des Ortes (Befreiung der Apotheke usw.) Rechnung zu tragen habe. Das kombinierte Projekt sei allemal geeignet, auf beide und bessere Weise eine immerhin unzählige Arbeit zu leisten, die Kapital in die Wirtschaftskreise fließen ließe. Seiner Auffassung nach sei aber auch zu prüfen, ein von der bürgerlichen Fraktion vorgelagter Gedankengang, der auf die Herstellung eines Apothekengebäudes in kleinerem Umfang gerichtet sei.

Herr GVO. Vorsteher Mende besprach das Projekt und begründet die Möglichkeit der Ausführung damit, daß auch im Bezirkssausschuß der Durchführung des vom Gemeinderat vorgelegten Projekts Unterstützung antrete würde, indem gewisse Garantien aus der Aufwertungssumme bestanden.



## Neubestellungen

auf das in allen Schildern der Einwohnerchaft von Niefa und Umgegend gern gelesene Niefaer Tagblatt zum Bezug nehmen jederzeit entgegen für

- Hoberlen: Frau G. Vogel, Hoberlen Nr. 72
- Glaubitz: Frau Hesse Nr. 6
- Gohlis: C. Kühne, Nr. 57
- Görlitz: L. Hombold, Streblauer Str. 17
- Biedermann, Alleestr. 4
- Michel, Olschener Str. 2
- Franz Kulte, Lützowstr. 19
- Gördel: R. Böttger, Gördel Nr. 1
- Jahnstraße-Böhlen: H. Steinberg, Paulus Nr. 8
- Görlitz: H. Steinberg, Paulus Nr. 8
- Langenberg: Otto Schaefer, Bödermeier
- Benzwitz bei Niefa: Frau Schlegel, Bentewitz Nr. 17d.
- Mergendorf: O. Schumann, Popitz 18
- Werdau: O. Thiele, Gröbner, Olschener Str. 19
- Wurzen: R. Böttger, Gördel Nr. 1
- Wurzen: H. Steinberg, Paulus Nr. 8
- Wiederitzsch: Marie Thorans, Wiefendorf. 6
- Döbeln: R. Schwerze, Döbeln Nr. 41
- Poppitz bei Niefa: R. Schumann, Nr. 18
- Braunisch: H. Steinberg, Paulus Nr. 8
- Niefa: Alle Zeitungsbücher und zur Vermittlung an die Zeitungsbuchstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
- Wöberen: Dr. Schöne, Grundstr. 18
- Görlitz: Frau Hesse, Glaubitz Nr. 6
- Görlitz: H. Steinberg, Paulus Nr. 8
- Weida (Mittl.): Dr. Kluge, Lange Str. 115
- Weida (Westl.): R. Höne, Langenstr. 20
- Zeithain-Dörl: E. Sandholz, Teplitzstr. 18
- Zeithain-Löger: Richard Schönitz, Buchhändler

Herr GVO. Eichler erklärt, daß es wort möglich sei, ein Bauprojekt für etwa 24 000 RM. durchzuführen; es seien ja bereits Häuser gebaut worden mit etwa 10 000 RM. Baukosten. Die bürgerliche Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß Baubehilfen einzelnen zugeschoben werden könnten und vom Gemeindebau abgesieben werden können.

Demgegenüber wendet Herr GVO. Vorsteher Mende ein, daß man bei der Beurteilung der ganzen Bauten auch in Erwägung ziehen müsse, ob tatsächlich Beute beschädigt worden seien, ob gesunde Tarifpolitik dabei beobachtet worden wäre und daß auf den durch Private hergestellten Bauten noch heute eine ganze Menge von Schwierigkeiten vorliegen und damit Schwierigkeiten für den Bezirksvorstand werden können.

Herr GVO. Eichler nimmt zu den Ausführungen der bürgerlichen Fraktion ebenfalls Stellung und hält der bisherigen Beurteilung des Privatbaus entgegen die grundhafte Einstellung der sozialdemokratischen Gemeindeverordnetenfraktion auf dem Gebiete des Bauwesens. Für ihn kommt in Frage, daß nicht der Meisterlohn und eingeschränkte Gewinne bei einer an sich wohl herausgearbeiteten billigen Bauweise auf Kosten der Arbeitnehmer gehe, indem man in der Hauptsache Bauarbeiter mit Beiträgen aufrecht erhält.

Bürgermeister Bill führt hierzu aus, daß die Frage über die Ausführung der Bauten, ob Gemeinde- oder Siedlungsbauten, verschiedene und nach dem örtlichen Verhältnissen zu beurteilen sei. Der Gemeindebau des Ortes sei jedenfalls vorzusehen im Gegensatz zu den Siedlungsbauten der Nachbarorte, bei welchen bestimmt Schwierigkeiten für den einzelnen durch die Grundstückslastung entstehen.

Im Anschluß an die eingehende Aussprache teilte Herr GVO. Eichler fest, daß der Ausbau der Langenberger Straße, soweit es sich um die Bodenbewegungsarbeiten handelt, durchführbar sei. Man könne die wirtschaftliche Lage nicht ändern, wenn man sich passiv verhalte und nicht selbst den Versuch der Befreiung wirtschaftlicher Notstände unternehme. Der Ausbau der Hohenstraße sei dem Gemeinderat zur weiteren Information und Verhandlung zu überlassen, während dann erst in dem zufälligen Ausmaß dazu Stellung genommen werden soll. Der Wohnungsbau mit Apotheke usw. sei in seiner Finanzierung genügend klar geholt, so daß weitere Schritte unternommen werden könnten, die im Hinblick auf die vorgesehene Jahreszeit drängen. Die nötigen Berechnungssilder müssen vorgelegt werden.

Gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion, die für die Durchführung der Langenberger Straße und der Hohenstraße mittstimmt, werden die weiteren Berechnungssilder für die Vorarbeiten zum Wohnungsbau beschlossen und das Ergebnis der Verhandlungen mit der Chemischen Fabrik von Huden über den Ausbau der Hohenstraße entgegesehen. Ebenso wird die Vorlage zeitlicher Unterlagen des in Aussicht genommenen Projekts erwartet.

## Die Not um die jugendlichen Arbeitslosen.

Mr. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Sachsen hat eine außerordentliche Höhe erreicht. Gab es schon im vergangenen Winter durchschnittlich rund 30 000 jugendliche Erwerbslose, so droht die gegenwärtig ständig sich verschärfende Wirtschaftskrise die Not noch erheblich zu verschärfen. In dieser Situation gewinnen die im Bereich des Landesarbeitsamtes Sachsen von der öffentlichen Jugendpolizei, den Arbeitsämtern, den freien Wohlfahrtsverbänden, den Jugendverbänden, Gewerkschaften und Volkshochschulen unternommenen Versuche, die jugendlichen Arbeitslosen durch geistige Ablenkung vor der Verwahrlosung zu schützen, besondere Bedeutung.

Jugendbildungskurse stehen bei diesen Bemühungen im Vordergrund. Die von der Volkshochschulbewegung verfolgten Kurse bevorzugen die volksbildnerische Richtung, während Jugendverbände und Gewerkschaften vielfach den Grundstock der körperlichen Kräftigung durch Sport und Wandern und der Belebung in der freien Natur stärker betonen. Uebertall aber haben diese regelmäßig nur 14 Tage dauernde Freizeiten die Nacht, die infolge ihrer Art eine nachhaltige Wirkung erheblicher oder fulminanter Art nicht immer gewährleisten können. Doch bedeuten sie immerhin einen Lichtblick in der niederschlägigen Eintrübung der Arbeitslosigkeit.

Das zeigt auch der starke Antritt vor allem der männlichen Jugendlichen zu den Freizeiten, dem meist bei der Gnade der zur Verfügung stehenden Mittel nicht entsprochen werden kann. Weibliche Teilnehmer finden sich weniger, wahrscheinlich wegen häuslicher Abhaltungen. Die Länge der Freizeiten gab den Leipziger und Döllauer Arbeitsämtern Veranlassung, besondere Schulungskurse einzurichten. In Leipzig sind seit Januar 1930 bis jetzt 9 Freizeitgänge abgehalten worden, deren Beiträge die wichtigsten Brüder des praktischen Lebens, des Umgangs mit Menschen, der Verkehrsordnung, Boten- und Werkheisterarbeit, Schönheit, Übungen in schriftlicher Ausdrucksfähigkeit u. a. mehr umfassen. In Döllau wurde dagegen mehr die freie Beobachtung allgemein bildender Lehrstoffe in der Art von Arbeitsgemeinschaften bevorzugt. Auch die Dresdener Volkshochschule ließ zu längeren Vortragsreihen über aktuelle Fragen sozialer und menschentümlicher Art jugendliche Arbeitslose zu.

Das Bedürfnis nach solchen kulturellen Fürsorge für die jugendlichen Arbeitslosen wird allgemein bejaht, ganz besonders für die Jugendlichen zwischen 17 und 21 Jahren, die als Ausgelernte arbeitslos werden und besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Es sind aber erst Anfänge, die nur einen kleinen Teil der bedrohten Jugendlichen zu erfassen vermögen. Ein Ausbau wäre diesen Bemühungen sehr zu wünschen.

## 13 Monate im Jahr?

b. Die Rentenreform wird jetzt ernsthaft vom Büßerkund in Angriff genommen. In den einzelnen Ländern sind Unterstufen gebildet worden, die durch Umfragen die Stimmung der Hauptinteressenten an einer Änderung unserer Leiteinteilung erkunden sollen. In Deutschland verhindert augenblicklich das Deutsche Studienkomitee für die Rentenreform Pragelogen. Zwei Pläne werden darin vorgetragen. Nach dem ersten soll das Jahr wie bisher 12 Monate umfassen, die aber 4 gleich lange Quartale haben. Die zwei Monate sind dreimal und einer ist 31 Tage lang. Der 30. Tag soll als Blanko-Tag den bisherigen Neujahrtstag ersetzen. Nach dem zweiten Plan soll das Jahr in 18 Monate von 28 Tagen geteilt werden. Dadurch wird eine große Regelmäßigkeit erzielt. Der erste fällt z. B. immer auf den Sonntag. Als Namen wird für den neuen Monat Sol, gleich Sonnenmonat, vorgeschlagen. Die Rationalisierung der Zeit ist also auf dem Platze. Für die Feststellung des Österreis tritt sogar schon der Papst ein. Warum soll nicht der Büßerkund das Kunststück fertigbringen und auch für die anderen Tage und Monate eine neue Ordnung herabreichen? Hauptfeldlager für das Jahr der 18 Monate dürfte natürlich Amerika sein, während man in Europa sicher mehr Sympathien für die gleich langen Quartale und den herrlichen Blanko-Tag aufbringen wird.

## "Graf Zeppelin" in Reichenbach.

**Reichenbach.** In Unwissenheit von weit über 100 000 Personen stand am Sonntag die Landung des Luftschiffes "Graf Zeppelin" auf dem Flugplatzgelände bei Brunn statt. Dank der umfassenden Vorbereitungen vollzog sich die Einfahrt der vielen Tausende von Fahrzeugen und der Abmarsch der Massen völlig geordnet. Für die Überraschungen sorgten etwa 550 Polizeibeamte aus Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau und etwa 100 Feuerwehrleute.

Das Luftschiff war kurz nach 8 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen und traf gegen 2 Uhr über dem Landungsplatz ein. Der erste Landungsversuch mißglückte wegen der starken Bodenwinde. Der Auftrieb überstieg zweimal den Platz, überall mit stürmischen Hochrufen und Lüdersturzflügen begrüßt. Punkt 2,45 Uhr lag das Luftschiff fest und wurde von etwa 250 Mann der Sportverbände aus Reichenbach gehalten. Während die Passagiere, insgesamt 56, das Luftschiff verließen, wurde Dr. Ecken er vom Ministerpräsident Dr. Schieck begrüßt. Anwesend war auch Innensenator Richter. Der Ministerpräsident hieß das Luftschiff und seine Mannschaft im Auftrag der Regierung und des sächsischen Volkes willkommen und führte aus: Der Luftschifftrajet die Verkörperung des deutschen Aufbauwillens dar. Die Freude sei besonders groß, weil es die erste Landung eines Zeppelins auf sächsischem Boden sei. Das sächsische Land habe an der Entwicklung des Lebenswerkes des Grafen Zeppelin immer einen Anteil genommen. Er wisse sehr wohl, daß es der tapfsten Tätigkeit der berühmten Mitarbeiter des Grafen Zeppelin zu verdanken sei, daß dessen Werk auch nach dem Kriege wieder wie ein Phönix aus der Asche erstanden sei. Sachsen und seine Regierung nehme an der Weiterentwicklung der Luftschiffahrt regen Anteil und hoffe, daß sie zu einem Schnellverkehrsinstanz werden möge. Durch das Überstiegen des Erdballs habe "Graf Zeppelin" der Welt gezeigt, daß deutscher Wagemut noch nicht vergessen sei.

Oberbürgermeister Dr. Kühl erbot im Namen der Stadt Reichenbach herzliche Willkommensgrüße. Anschließend wurde Dr. Ecken ein Ehrentum überreicht. Weitere Willkommensgrüße entbot der Vorsitzende des Deutschen Luftfahrtverbandes Reichenbach, Kaufmann Telge e. M. Plau, dabei versichernd, daß im Vogtland weitergearbeitet werde zum Wohl der deutschen Luftfahrt. Er schloß mit einem Hoch auf die deutsche Luftfahrt und ihren Ehrenpräsidenten Dr. Ecken. Dieser dankte herzlich für den feierlichen Empfang und betonte, daß aus den Zehntausenden von Zuschriften aus dem sächsischen Volk so recht hervorgehe, welches Interesse man der Luftschiffahrt entgegenbringe. Der herzliche Empfang nicht nur in Reichenbach, sondern auch beim Ueberfliegen der Städte und Gemeinden Westfachsens sei ein rührendes Erlebnis gewesen, und auch er freue sich, die vogtländische Bevölkerung begrüßen zu können, und er erinnere sich gern der Spenden, die für den Aufbau des Luftfahrtwesens aus dem Vogtland eingegangen sind. Er hoffe, daß man dem deutschen Volk bald wieder den Platz einräume, den es beanspruchen kann. — Kaufmann Telge ehrt Dr. Ecken und seine Mannschaft durch eine Erinnerungsgabe, bestehend aus Erzeugnissen der vogtländischen Stickereiindustrie. — Nach einem halbstündigen Aufenthalt stieg das Luftschiff, nochmals stürmisch begrüßt, mit 28 Passagieren über Plauen und Hof seinem Heimatshafen zu, wo es um 7 Uhr abends glatt landete.

## Aus den Nachbarstaaten.

### Terhorst in Frankreich?

**Halle.** Der ehemalige Generaldirektor des Heimstättentaubundes e. G. m. b. H., Halle, Terhorst, der nach großen Unterschlagungen flüchtig geworden ist, soll sich in Frankreich aufhalten. Terhorst soll am Tage seiner Flucht in einer westdeutschen Stadt gelehnt worden sein. Eine hierfür Firma hat von ihm durch Vermittlung seiner Helfershelfer einen Brief erhalten, der in Halle zur Post gegeben ist und in dem Terhorst mitteilt, daß er sich in Frankreich befindet. Die Polizei geht diesen Spuren nach.

### Unregelmäßigkeiten im Mieterverein Halle

**Halle.** Im Mieterverein Halle ist man Unregelmäßigkeiten des geschäftsführenden Vorsitzenden Karl Langheimrich auf die Spur gekommen. Langheimrich ist bereits vor Monaten wegen Untreue zum Nachteil des Vereins zu 100 RM Geldstrafe verurteilt worden. Durch eine Unterluchungskommission ist jetzt eine Reihe von Unregelmäßigkeiten des Genannten aufgedeckt worden, durch die der Verein um erhebliche Summen geschädigt worden ist. So hat L. Langheimrich für die Angestellten des Vereins an die ADK nicht abgeführt, die gegen ihn aus diesem Anlaß verhängten Strafen aus der Kasse bezahlt und veraltete Marken, von deren Existenz sonst niemand etwas bekannt war, für seinen Vorteil verkauft. Der Vorstand hat veranlaßt, Strafantrag wegen Unterschlagung und Untreue zu stellen.

### Die Neuregelung der Reichsbahndirektionsbezirke

**Halberstadt.** Wie wir von der Halberstädter Reichsbahndirektion Magdeburg erfahren, wird nach Aufhebung der Reichsbahndirektion Quedlinburg das ganze Harz- und Vorharzgebiet mit den Städten Halberstadt und Quedlinburg der Reichsbahndirektion Hannover zugewiesen werden. Lediglich Wiersleben wird Halle angegliedert.

### Das Naumburger Dreieckrennen fällt aus

**Naumburg.** Das Preußische Ministerium des Innern hatte im vorigen Jahre ein Verbot von Geschwindigkeitsrennen erlassen, die durch bewohnte Orte führen. Ausnahmen sollen nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden. Obwohl für das Rennen "Rund um Dobichau" diese Bedingungen erfüllt sind — die Strecke ist unter groben Kosten renoviert worden — wurde die Ablösung des Rennens behördlich verboten. In Naumburg herrscht darüber große Enttäuschung.

### Der Leichenfund bei Schora

**Schora** (Kr. Jerichow I). Zu dem Leichenfund im Roggendiemen in der Feldmark Schora wird jetzt weiter bekannt: Der Tote ist von der Kriminalpolizei als der leichste Jahre alte Dachdeckerlehrling Alfred Schneider aus Bitterfeld identifiziert worden. Schneider hat am 21. August infolge Differenzen mit seinem Lehrmeister Bitterfeld verlassen, um nach Hamburg zu wandern. Er hatte nur wenige RM bei sich und wollte zunächst seinen Bruder, der in der Erziehungsanstalt in Wittenberg ist, besuchen. Man nimmt an, daß Schneider von seinem Bandkollegen getötet und seiner Sachen beraubt worden ist. Über die Todesursache hat sich auch durch die Obduktion nichts Bestimmtes feststellen lassen, weil von den Fleischstellen nicht mehr viel vorhanden war. Ob eine Tötung durch Schrotgeschoss vorliegt, kann mit Sicherheit noch nicht gesagt werden; es muß erst die Sachverständigenuntersuchung der noch vorhandenen Kleidungsstücke abgeworfen werden.

## 24. Sitzung 5. Klasse 197. Sitzung. Landesdirektorium

Sitzung am 27. September 1930.  
Dienstag, 27. September 1930, 10.00 Uhr.

55000 auf Nr. 55021 bei Dr. Arnold Hirsch, Direktor.  
55000 auf Nr. 55022 bei Dr. H. Klemm, Direktor.  
55000 auf Nr. 55023 bei Dr. Werner, Direktor.  
55000 auf Nr. 55024 bei Dr. Gustav, Direktor.  
55000 auf Nr. 55025 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55026 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.  
55000 auf Nr. 55027 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.  
55000 auf Nr. 55028 bei Dr. Gustav, Direktor.  
55000 auf Nr. 55029 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55030 bei Dr. Arnold Hirsch, Direktor.

55000 auf Nr. 55031 bei Dr. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55032 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55033 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55034 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55035 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55036 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55037 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55038 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55039 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55040 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55041 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55042 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55043 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55044 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55045 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55046 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55047 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55048 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55049 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55050 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55051 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55052 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55053 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55054 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55055 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55056 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55057 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55058 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55059 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55060 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55061 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55062 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55063 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55064 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55065 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55066 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55067 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55068 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55069 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55070 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55071 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55072 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55073 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55074 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55075 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55076 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55077 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55078 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55079 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55080 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55081 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55082 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55083 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55084 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55085 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55086 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55087 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55088 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55089 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55090 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55091 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55092 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55093 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55094 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55095 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55096 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55097 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55098 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55099 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55100 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55101 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55102 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55103 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55104 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55105 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55106 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55107 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55108 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55109 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55110 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55111 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.

55000 auf Nr. 55112 bei Dr. Gustav, Direktor.

55000 auf Nr. 55113 bei Dr. Walter, Direktor.

55000 auf Nr. 55114 bei Dr. Adolf Strobel, Direktor.

55000 auf Nr. 55115 bei Dr. O. H. Klemm, Direktor.